

ISSN 0259-7446

€ 4,40

medien

Kommunikation in Vergangenheit und Gegenwart

& zeit

**Thema:
Gegenöffentlichkeit**

Ideengeschichte

**Feministische
Initiativen in der DDR**

**„Kalter Krieg“:
Propaganda in Wien
nach 1945**

**Tschechische
Minderheitenpresse**

**Gegenöffentlichkeiten
vor 1848**

**Proteste gegen die
ÖVP/FPÖ-Regierung**

1/2002

Jahrgang 17

Facultas und Kolisch im NIG

Fachbuchhandlung für Human-, Sozialwissenschaften

- alle Bücher
- alle Skripten
- Facultas Copycards
- Bürobedarf

Facultas und Kolisch im NIG

Neues Institutsgebäude der Universität Wien

Universitätsstraße 7, 1010 Wien, Tel. 406 32 21, www.facultas.at

Öffnungszeiten: Mo bis Fr 9–18 Uhr, Sa 9–12.30 Uhr

facultas. gut zu Wissen



medien & zeit

Inhalt

- „Gegenöffentlichkeit“ – Baukasten
zu einer Ideengeschichte
Paradigmatische Konzepte im
deutschsprachigen Diskurs von den
sechziger Jahren bis heute 4
Erik Bauer
- Feministische Gegenöffentlichkeit
im „Realsozialismus“ 16
Hanna Behrend
- Propaganda und Gegenpropaganda
Das „kalte“ Wechselspiel während der
alliierten Besatzung in Österreich 27
Karin Moser
- Die Wiener tschechische Presse
der Donaumonarchie
Eine bedeutende Leistung einer
unvollkommenen Gesellschaft 43
Dalibor Hýsek
- Auf zum Widerstand?
Zur Gegenöffentlichkeit in Österreich
vor 1848 53
Wolfgang Duchkowitsch
- „Wir gehen solange, bis Ihr geht“
„Widerstand“ gegen die ÖVP/FPÖ-Regierung
in Österreich 67
Elisabeth Boyer

Impressum

Medieninhaber:

Herausgeber und Verleger:

Verein „Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung
(AHK)“, A-1180 Wien, Postfach 442
<http://muz.pub.univie.ac.at>
WAP: <http://muz.pub.univie.ac.at/wap/>

© Die Rechte für die Beiträge in diesem Heft liegen beim
„Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AHK)“

Redaktion:

Edith Dörfler, Silvia Nadjivan,
Ruth Stifter-Trummer, Margit Wolfsberger

Korrespondenten:

Prof. Dr. Hans Bohrmann (Dortmund),
Univ. Prof. Dr. Hermann Haarmann (Berlin),
Prof. Ph.D. Ed Mc Luskie (Boise, Idaho),
Dr. Robert Knight (London),
Univ. Prof. Dr. Arnulf Kutsch (Leipzig),
Dr. Edmund Schulz (Leipzig),
Prof. emer. Dr. Robert Schwarz (S. Palm Beach, Florida)

Druck:

Buch- und Offsetdruckerei Fischer,
1010 Wien, Dominikanerbastei 10

Erscheinungsweise:

Medien & Zeit erscheint vierteljährlich

Bezugsbedingungen:

Einzelheft (exkl. Versand): € 4,40

Jahresabonnement:

Österreich (inkl. Versand): € 16,—
Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): € 21,80

StudentInnenjahresabonnement:

Österreich (inkl. Versand): € 11,60
Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): € 17,40

Bestellung an:

Medien & Zeit, A-1180 Wien, Postfach 442
oder über den gut sortierten Buch- und Zeitschriftenhandel

ISSN 0259-7446

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Grundlegende Richtung:

Medien & Zeit ist eine wissenschaftliche Fachzeitschrift für
historische Kommunikationsforschung. Sie will Forum für eine
kritische und interdisziplinär ausgerichtete Auseinandersetzung über
Methoden und Probleme der Kommunikationsgeschichte sein.

Medieninhaber:

Herausgeber und Verleger:

Verein „Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung
(AHK)“, A-1180 Wien, Postfach 442

Vorstand des AHK:

Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Duchkowitsch (Obmann),
Mag. Bettina Brixa (Obmann-Stv.),
Mag. Peter Karall (Obmann-Stv.),
Mag. Fritz Randl (Geschäftsführer),
Mag. Silvia Nadjivan (Geschäftsführer-Stv.),
Claudia Spitznagel (Schriftführerin),
Kathrin Auberger (Schriftführerin-Stv.),
Mag. Wolfgang Monschein (Kassier),
Bernd Beutl, Eszter Bokor, Mag. Edith Dörfler,
Dr. Norbert P. Feldinger, Gerhard Hajicsek,
Dr. Fritz Hausjell, Mag. Wolfgang Pensold,
Mag. Bernd Semrad, Dr. Thomas Steinmayer,
Mag. Ruth Stifter-Trummer, Dr. Herwig Walitsch

Editorial

Gegenöffentlichkeit – ein Begriff, der in den sechziger Jahren zum Schlagwort avancierte und in mehrdeutiger Weise existiert: Als Kritik an der bürgerlichen Öffentlichkeit. Als notwendige „Parallelstruktur“ zur Verbreitung vernachlässigter Informationen und Meinungen. Als Mittel zur Konstruktion von Gruppenidentitäten, Subkulturen und zur Stärkung der eigenen Identität. Als Instrument des Widerstands gegen Herrschaft.

Gerade die jüngsten politischen Ereignisse in Österreich wie auch im Ausland haben gezeigt, dass das Phänomen „Gegen-Öffentlichkeit“ in seiner komplexen Materie nichts an Aktualität verloren hat. Hierbei erscheint es nur konsequent, dass auch die Kommunikationswissenschaft ihren Beitrag in der Aufarbeitung dieser interdisziplinären Problematik stetig weiterführt.

Das vorliegende Schwerpunktheft von Medien & Zeit versucht an die laufende Diskussion über die Analyse gesellschaftlicher Begebnisse anzuknüpfen und den aktuellen Stand der Untersuchungen zu fokussieren.

Einleitend zeichnet Erik Bauer in seinem Beitrag die wissenschaftliche Ideengeschichte der „Gegenöffentlichkeit“ von ihren Anfängen in den sechziger Jahren bis heute kompakt und schlüssig nach. Seine Zusammenschau weist nach, dass von „einer“ Theoriegeschichte der Gegenöffentlichkeit nicht gesprochen werden kann, sondern die Begrifflichkeit vielmehr durch ihre mannigfaltigen Anschauungsperspektiven verstanden werden muss.

Die nachfolgenden Artikel veranschaulichen folgerichtig denn auch die Bandbreite der Anwendbarkeit dieses analytischen Begriffs.

Hanna Behrend beschreibt erste Schritte einer feministischen Initiative auf universitärer Ebene in den letzten Jahren der DDR. Ihre subjektive Sichtweise verdeutlicht sehr eindringlich, illustriert anhand persönlicher Korrespondenzen, die wissenschaftlichen Emanzipationsversuche in einem autoritären Machtgefüge.

Autoritäre und einflussreiche Machtsysteme bilden auch den Hintergrund des Beitrages von Karin Moser. Sie analysiert das Verhältnis von Propaganda und Gegenpropaganda in den Anfängen des Kalten Krieges im besetzten Wien,

das Ideologiekämpfen zwischen Ost und West als Austragungsort diente.

Dalibor Hýšek untersucht die Presse der Wiener tschechischen Bevölkerung als Sprachrohr einer Minderheit während der Donaumonarchie. In seinem Beitrag behandelt er insbesondere die vielgestaltigen und unterschiedlichen Periodika und ihr Urteil zu Assimilation bzw. Integration der TschechInnen in die „deutsch-österreichische“ Mehrheitsgesellschaft.

Frühen Ausformungen potenzieller Gegenöffentlichkeiten vor 1848 geht Wolfgang Duchkowitsch nach, indem er anhand der Phänomene „Zeitungssinger“, „Liederweiber“ sowie „Geschriebener Zeitungen“ und Gedichte kommunikationspolitische Rahmenbedingungen für RegimekritikerInnen im Absolutismus aufzeigt.

Zwei weitere Beiträge mit besonders aktuellem Bezug sind zur Komplettierung dieses Schwerpunktheftes gedacht: Elisabeth Boyer beschreibt den vielseitigen Einsatz von Massenmedien und Kommunikationsmitteln bei der Protestbewegung gegen die ÖVP/FPÖ-Regierung; Kunst, Kultur und Medien in reziproker Bedingtheit als Form gesellschaftlichen Aufbegehrens.

Journalistischen Widerstand thematisieren auch Cheryl Benard und Edit Schlaffer (Autorinnen des 2002 erschienenen Buches *Die Politik ist ein wildes Tier. Afghanische Frauen kämpfen um ihre Zukunft*) in ihrem Artikel „Barfußjournalismus als Widerstand gegen die Taliban“. Aufgrund des begrenzten Umfangs eines Printmediums reicht der Platz in diesem Heft für die Bestandsaufnahme der journalistisch aktiven RAWA-Frauen im Kampf gegen das Taliban-Regime nicht aus. Der Aktualität wegen möchten wir aber ihre Publikation nicht nur auf eine der folgenden Nummern verschieben, sondern vervollständigen dieses Schwerpunktheft auf der Medien & Zeit Site, wo dieser Beitrag vorab exklusiv zu lesen ist: (<http://muz.pub.univie.ac.at/1-2002/RAWA/rawa.html>)

EDITH DÖRFLER
SILVIA NADJIVAN
RUTH STIFTER-TRUMMER
MARGIT WOLFSBERGER

„Gegenöffentlichkeit“ – Baukasten zu einer Ideengeschichte

Paradigmatische Konzepte im deutschsprachigen Diskurs von den sechziger Jahren bis heute

Erik Bauer

In den 1960er und frühen siebziger Jahren scheint die theoretische Welt von „Gegenöffentlichkeit“ noch einfach – zumindest wenn man den entsprechenden Konzepten von Jürgen Habermas, Oskar Negt/Alexander Kluge oder auch Hans Magnus Enzensberger folgt, jenen auch heute noch gerne zitierten¹ Ikonen „emanzipatorischer“ Theorieproduktion im (deutschsprachigen) Diskurs.

Diese Feststellung mag zunächst verwundern. Jedoch findet sich trotz aller Komplexität der Sprache und Darstellung in „Klassikern“ wie Habermas' „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ oder Negt/Kluges „Öffentlichkeit und Erfahrung“ ein im Grunde simples Grundsche-ma: Auf der einen Seite die Sphäre „strategischer“, „repräsentativer“ oder „repressiver Kommunikation“, den Imperativen von Macht und Geld unterworfen („das System“ wie sie später Jürgen Habermas in Anlehnung an Niklas Luhmann nennen wird); auf der anderen Seite die Forderung nach einer „kritisch-kommunikativen“ (Habermas), „emanzipatorischen“ (Enzensberger) oder schlicht „Gegen-Öffentlichkeit“ (Negt/Kluge) als entsprechendem Gegenstück.

Trotz der unscharfen Bezeichnung „Gegenöffentlichkeit“ (explizit fällt der Terminus nur bei Oskar Negt und Alexander Kluge) sowie der sich um den Begriff rankenden Diskurse² sind die grundlegenden Gegensätze leicht auszumachen: ob „proletarisch“ versus „bürgerlich“, „kommunikativ“ versus „strategisch“, „emanzipatorisch“ versus „repressiv“ – in jedem Fall wird eine, wie noch zu zeigen sein wird, Form „historischer“ oder „kommunikativer“ „Wahrheit“ dem eta-

blierten Öffentlichkeitsverständnis gegenübergestellt.

Nicht nur einige der späteren Arbeiten der Autoren selbst, sondern auch die zunehmende Übersetzung und Rezeption alternierender philosophischer (z.B. Jean-Francois Lyotards „postmodernes Wissen“) oder erkenntnistheoretischer Werke (v.a. Humberto Maturanas „Erkennen“) stellen – zumindest seit ihrer deutschsprachigen Übersetzung zu Beginn der achtziger Jahre³ – die erkenntnistheoretischen, „historisch-dialektischen“ und sprachphilosophischen Grundlagen dieser – wie ich sie nennen möchte – „Wahrheitskonzepte“ in Frage.

Anerkennung finden heute schließlich auch die am – mittlerweile in die Universität Birmingham integrierten – „Center for Contemporary Cultural Studies“ (CCCS) entwickelten und freilich nur durch unsere verspätete Rezeption „neuartigen“ Konzepte der Cultural Studies.

Diese – durch die „feministische Revolution“⁴ am Birminghamer CCCS, aber auch durch Themenstellungen wie „Migration“, „Race“ und „Gender“ – heute weit ausdifferenzierte Theorie-Formation⁵ ermöglicht schließlich eine völlig andere, nicht auf „Wahrheiten“ aufgebaute Theoretisierung jenes Feldes, das sich landläufig mit „Gegen-“ oder „alternativer“ Öffentlichkeit umschreiben lässt.

Nicht zuletzt der Aufschwung des Internet gab schließlich Anlass zu – wenn auch mittlerweile sehr stark gedämpften – Hoffnungen auf eine neue „gegenöffentliche“ Praxis, erinnert die

¹ Als Beispiele siehe: Bundesverband Freier Radios 2001, www.freie.radios.de/bfr/ oder die site www.freie-medien.at

² vgl. dazu Kurt Weichler: *Die anderen Medien: Theorie und Praxis alternativer Kommunikation*. Berlin 1987.

³ Lyotards *Das postmoderne Wissen* wurde erstmals 1982 in der Wiener Zeitschrift *Theatro machinarum* abgedruckt, im gleichen Jahr Humberto Maturanas *Erkennen: Die*

Organisation und Verkörperung von Wirklichkeit. Braunschweig; Wiesbaden 1982.

⁴ Stuart Hall: *Das theoretische Vermächtnis der Cultural Studies*. In: Ders.: *Ausgewählte Schriften 3*. Hamburg 2000, 29.

⁵ vgl. Christina Lutter/Markus Reisenleitner: *Cultural Studies*. Wien 1998.

Struktur des Netzes doch auf den ersten Blick stark an Enzensbergers (und Brechts) Vision von gleichberechtigten Produzenten und Kanälen. Dem Internet ist daher ein kurzer Ausblick am Ende dieses Textes gewidmet.

Vorneweg – „eine“ oder „die“ Theoriegeschichte von Gegenöffentlichkeit – sozusagen als historisch kontinuierlicher, einheitlicher und zweifelsfrei nachvollziehbarer Diskurs – kann hier nicht vertreten werden. Abgesehen von der Frage, ob solch eine Kanonisierung im Sinn der Sache überhaupt sinnvoll wäre, steht solchem Ansinnen auch das Argument gegenüber, dass die Theorie Rezeption in der „gegenöffentlichen“ Praxis selbst eher als fragmentarisch angesehen werden muss⁶ – abgesehen vom Mangel an ausreichendem empirischen Material über Verbreitung und Rezeption verschiedener Theorien und der jeweiligen Struktur der entsprechenden und verstreuten Diskurse.

Im folgenden sollen daher hauptsächlich solche Theorieansätze aus den 60er, 70er, 80er und 90er Jahren als „Baukastenelemente“ näher skizziert werden, welche als „paradigmatische Erschütterungen“ gegenüber ihren Vorgängern angesehen werden können. Zur Reihung benutze ich dabei als pragmatisches Kriterium weitgehend die Jahreszahlen der deutschsprachigen Erstübersetzungen.

Als „Vorgeschichten“ der im folgenden dargestellten Ansätze sollen hier noch Berthold Brechts „Der Rundfunk als Kommunikationsapparat“, Walter Benjamins „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner mechanischen Reproduzierbarkeit“, Sergej Tetrajkovs „Kunst in der Revolution“ sowie vor allem Adorno/Horkheimers „Dialektik der Aufklärung“ nicht unerwähnt bleiben⁷ – jedoch zwingt Kürze zur Auswahl.

1962–1972: Habermas, Negt/Kluger, Enzensberger

Jürgen Habermas (1962)

Habermas' Habilitationsschrift „Strukturwandel der Öffentlichkeit“⁸, vom Autor selbst 1990 durch ein neues Vorwort explizit relativiert, steht Pate für viele theoretische und praktische „emanzipatorische“ Diskurse der 1960er und -70er Jahre⁹.

„Eine“ oder „die“ Theoriegeschichte von Gegenöffentlichkeit kann hier nicht vertreten werden.

Im „Strukturwandel“ entwickelt Habermas die für den Diskurs der Jahre um 1968 wohl typische (und aus heutiger Sicht schwerlich haltbare) Dichotomie aus „manipulativer“ und „kritischer“ Öffentlichkeit und Publizität (und in Folge aus „verzerrter“ und „unverzerrter“ Kommunikation¹⁰).

Die politische Öffentlichkeit des Sozialstaates ist durch zwei konkurrierende Tendenzen geprägt. Als Zerfallsgestalt bürgerlicher Öffentlichkeit gibt sie einer, von Organisationen über die Köpfe des mediatisierten Publikums entfaltenen, demonstrativen und manipulativen Publizität Raum. Andererseits hält der Sozialstaat, soweit er die Kontinuität mit dem liberalen Rechtsstaat wahrt, am Gebot einer politisch fungierenden Öffentlichkeit fest, demzufolge das von Organisationen mediatisierte Publikum, durch diese selbst hindurch, einen kritischen Prozeß öffentlicher Kommunikation in Gang setzen soll.¹¹

Kritische Publizität, welche Habermas zufolge im Idealfall alle Bereiche der Gesellschaft durchfluten soll, liege dabei mit jener „zu manipulativen Zwecken bloß veranstalteten in Streit“.¹²

⁶ Weichler, *Die anderen Medien*, 40.

⁷ Tretjakow (1932) und Benjamin (1936) beschäftigen sich mit der Rolle des Autors in der Revolution, fordern statt einer Belieferung des Apparates eine Veränderung desselben (und stellen so Ausgangspunkte für Enzensbergers Baukastentheorie dar), Adorno/Horkheimer (1947) konstatieren in der *Dialektik der Aufklärung* mit ihrem bekannten Kapitel „Kulturindustrie“ jenen „totalen Verblendungszusammenhang“, der wiederum den Ausgangspunkt für die alternierenden Überlegungen von Habermas darstellt.

⁸ Jürgen Habermas: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*.

Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Öffentlichkeit. Neuwied/Berlin 1962; Neuauflage mit einem relativierenden Nachwort, Frankfurt am Main 1990.

⁹ vgl. Weichler, *Die anderen Medien*, 38.

¹⁰ Erstmals von Habermas explizit formuliert in seiner Antrittsvorlesung „Erkenntnis und Interesse“ (1965). In: Ders.: *Technik und Wissenschaft als Ideologie*. Frankfurt am Main 1968.

¹¹ Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, 337 f.

¹² w.o., 338.

Habermas' historisch-soziologische Untersuchung der „Kategorie Öffentlichkeit“ ist, wie der Autor 1990 selber schreibt, stark beeinflusst durch radikaldemokratische sozialstaatliche Vorstellungen und wurde in einem in Anlehnung an den jungen Marx ausgearbeiteten¹³ dialektischen Rahmen konzipiert. In diesem Rahmen entfaltet der „Strukturwandel“ schließlich eine Dialektik von Widersprüchen des Begriffes „Öffentlichkeit“ in verschiedenen historischen Ausformungen, von denen Habermas einige exemplarisch untersucht:

Am Anfang der Untersuchung steht das Forum der Antike. Das öffentliche Leben der – ausschließlich männlichen – Bürger ist von der privaten Autonomie als Hausherr abhängig, in der streng getrennten Sphäre des Hauses hingegen vollzieht sich unter der Herrschaft des Hausherrn die von Frauen und Sklaven getragene (Re)produktion.

Im Mittelalter findet Habermas „Öffentlichkeit“ als zur Schau gestellte „repräsentative Öffentlichkeit“ vor. „Öffentlichkeit haben“ bedeutet hier lediglich ein Statusmerkmal, dessen Inhaber sich und seine Position öffentlich zur Schau stellt und so auf ein – allerdings lediglich passiv staunendes oder akklamierendes – „Publikum“ angewiesen ist:

Auch hier ist das Volk nicht ganz ausgeschlossen, es bleibt auf den Gassen stets gegenwärtig; Repräsentation ist immer noch auf eine Umgebung angewiesen, vor der sie sich entfaltet.¹⁴

Im Zuge der Emanzipation des aufsteigenden Finanz- und Besitzbürgertums bildet sich schließlich ein neuer Typus, die „Öffentlichkeit der räsionierenden Bürger“:

[...] diese beanspruchen die obrigkeitlich reglementierte Öffentlichkeit alsbald gegen die öffentliche Gewalt selbst, um sich mit dieser über die allgemeinen Regeln des Verkehrs in der grundsätzlich privatisierten, aber öffentlich relevanten Sphäre des Warenverkehrs und der gesellschaftlichen Arbeit auseinanderzusetzen.¹⁵

Damit tritt ein neues Medium der politischen Auseinandersetzung auf: Das öffentliche Rasonnement, gleichermaßen zu verstehen entweder als

„Berufung auf Vernunft“, aber auch als „nörgelnde Vernunftfelei“.

Aus diesen (hier nur grob wiedergegebenen) Entwicklungsschritten der „Kategorie Öffentlichkeit“ und den darin enthaltenen Widersprüchen entwickelt Habermas schließlich seine Sicht gegenwärtiger (1962!) westlicher Gesellschaften: Die moderne rechtsstaatliche Demokratie erhebe erstmalig den Anspruch auf Zugang zur Öffentlichkeit für *alle* in ihr lebenden Mitglieder. Gleichzeitig beschreibt Habermas jedoch den grundsätzlichen Widerspruch zwischen offiziellem Postulat und dem tatsächlichen Status quo: Denn nicht alle könnten tatsächlich aktiv an dieser Öffentlichkeit mitgestalten, vielmehr werde „Öffentlichkeit“ weitgehend durch Organisationen aus strategischer oder manipulativer Absicht hergestellt (und trage damit Züge „repräsentativer Öffentlichkeit“).

Mit den Begriffen „strategisch“ bzw. „manipulativ“ knüpft Habermas dabei an die von Horkheimer/Adorno beschriebene „instrumentelle“ Vernunft an, welche Mensch und Natur gleichermaßen unter dem ausschließlichen Gesichtspunkt der Verwertbarkeit zurichte. Mit dem Gegenbegriff der „kommunikativen Vernunft“ entwirft Habermas jedoch ein emanzipatorisches Gegenstück:

Das, was uns aus der Natur heraushebt, ist nämlich der einzige Sachverhalt, den wir seiner Natur nach kennen können: die Sprache. Mit ihrer Struktur ist Mündigkeit für uns gesetzt. Mit dem ersten Satz ist die Intention eines allgemeinen und ungezwungenen Konsensus unmissverständlich ausgesprochen.¹⁶

Gesellschaftliche Repression – und hierzu rechnet Habermas die moderne Form der „repräsentativen Öffentlichkeit“ – entstehe dann, wenn die instrumentelle Vernunft von Arbeit und Technik auf die soziale Sphäre der Kommunikation übergreife. Die Herstellung von Öffentlichkeit zu manipulativen Zwecken bezeichnet Habermas dabei als „manipulative Publizität“. Als Positivum dazu fällt der Terminus der „kritischen Publizität“. Letztere, welche Habermas zufolge im Idealfall alle Bereiche der Gesellschaft durchfluten soll, liege mit jener „zu manipulativen Zwecken bloß veranstalteten in Streit“.¹⁷

¹³ w.o., 21.

¹⁴ w.o., 65.

¹⁵ w.o., 86.

¹⁶ Habermas, *Erkenntnis und Interesse*. A.a.O., 165.

¹⁷ Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, 338.

	Sphäre:	Sinn:
„manipulative“ Publizität	Zweckrationales (instrumentelles und strategisches) Handeln	Steigerung der Produktivkräfte, Ausdehnung der technischen Verfügungsgewalt
„kritische Publizität“	Symbolisch vermittelte, herrschaftsfreie Kommunikation	Emanzipation, Individuierung, „unverzerrte“ Interaktion

Eine ähnlich fundamentale Gegenüberstellung wie Habermas' „Strukturwandel“ veröffentlichten

Oskar Negt und Alexander Kluge (1972)

Die in „Öffentlichkeit und Erfahrung“¹⁸ vorgestellte Dichotomie aus „bürgerlicher“ und „proletarischer“ Öffentlichkeit basiert auf einer grundlegenden Unterscheidung in „Wahrheit“ und „Schein“, allerdings in einer (im Gegensatz zur kritischen Theorie und zu Habermas) geradezu anachronistischen Rückkehr zur marxistischen Theorie.

Proletarische Öffentlichkeit bezeichnet [...] den jeweiligen Stand der Emanzipation der Arbeiterklasse; sie hat so viele Gesichter, wie es Reifegrade der proletarischen Entwicklung gibt. Proletarische Öffentlichkeit ist nicht, wie die bürgerliche Öffentlichkeit und die sie überlagernden Produktionsöffentlichkeiten, durch identische Mechanismen gekennzeichnet. Vielmehr wären die sie bestimmenden Ausdrucksformen am Ende ihrer Entwicklung mit Sicherheit andere als in der Ausgangssituation des blockierten Lebenszusammenhangs.¹⁹

Der bürgerlichen „Scheinöffentlichkeit“ als Ausdruck „falschen Bewusstseins“ stehe der „materielle Kern“ der Produktionsverhältnisse gegenüber. Öffentlichkeit als „Ausdrucksform von bürgerlich bestimmten Gebrauchswerteigenschaften“²⁰ bedinge daher die Notwendigkeit einer „Gegenöffentlichkeit“ als Ausdruck der dialektischen Widersprüche in Produktion und Erfahrung.²¹ Als Ziel und Abschluss dieser Dialektik sehen Negt/Kluge schließlich die Kategorie der

„proletarischen Öffentlichkeit“. „Gegenöffentlichkeit“ sei daher nichts anderes, als eine Vorform von proletarischer Öffentlichkeit: „Erst wenn sie [die Interessen der Arbeiter, Anm.] sich in einer proletarischen Öffentlichkeit organisieren, entfalten sie sich überhaupt als Interessen und sind nicht bloße Möglichkeiten.“²² Proletarische Öffentlichkeit entfalte sich „als Block wirklichen Lebens, der gegen das Verwertungsinteresse steht“.²³

Trotz der ermüdend wirkenden klassisch-marxistischen Terminologie lassen sich jedoch aus Negt/Kluges Werk zwei wesentliche – und bei Habermas wenig beachtete – Kriterien von „Gegenöffentlichkeit“ herausarbeiten: Jene der „Erfahrung“ und der „Produktion“.

So weisen Negt/Kluge darauf hin, dass Gegenöffentlichkeit nicht nur auf den Aspekt kritischer Information und Diskussion reduziert werden dürfe (wie etwa bei Habermas' idealistischem Diskurskonzept), sondern in einem umfassenden Kontext (wir werden dem Begriff „Kontext“ bei den Cultural Studies wieder begegnen) von sozialem, politischem und kulturellem Handeln und den darin stattfindenden Erfahrungen gedacht werden müsse.

Allerdings konstatieren Negt/Kluge – Marx folgend – eine „Blockierung der Erfahrung im proletarischen Lebenszusammenhang...“²⁴, als Ausweg bleibe nur die Fantasie als gleichzeitiger Ausdruck „verkehrten Bewusstseins“. „Der Form ihrer Produktion nach ist diese Phantasie jedoch unbewusste praktische Kritik an den entfremdeten Verhältnissen.“²⁵ Ein Interesse an „realistischem“ Bewusstsein gegenüber diesem falschen

¹⁸ Oskar Negt/Alexander Kluge: „Öffentlichkeit und Erfahrung“. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit. Frankfurt am Main 1972.

¹⁹ w.o. 66.

²⁰ w.o. 105.

²¹ w.o. 162.

²² w.o. 107.

²³ w.o. 107.

²⁴ w.o. 65.

²⁵ w.o. 67.

„Schein“ würde jedoch nur angeeignet, wenn konkrete Handlungsmöglichkeiten zur Veränderung in Aussicht gestellt sind.

Eine eingehende Betrachtung der „Produktionsseite“ von „Gegenöffentlichkeit“ findet sich auch in dem bereits zwei Jahre zuvor erschienenen Aufsatz „Baukasten zu einer Theorie der Medien“ von

Hans Magnus Enzensberger (1970)

In Anlehnung an Berthold Brechts Radiotheorie von 1932 beschäftigt sich Enzensberger vor allem mit dem Gebrauch der Medien bzw. der Produktionsseite von (Gegen-)öffentlichkeit. Dabei fällt der Terminus „emanzipatorischer Mediengebrauch“ mit seinen Implikationen „dezentralisierte Programme, jeder Empfänger ein potentieller Sender, Mobilisierung der Massen, Interaktion der Teilnehmer, Feedback, politischer Lernprozeß, kollektive Produktion, gesellschaftliche Kontrolle durch Selbstorganisation“.²⁶

Mit diesem Fokus verbunden ist Enzensbergers massive Kritik an jeder Art von „Manipulationstheorie“:

Manipulation, zu deutsch Hand- oder Kunstgriff, heißt soviel wie zielbewusstes technisches Eingreifen in ein gegebenes Material. [...] Ein unmanipuliertes Schreiben, Filmen und Senden gibt es nicht. Die Frage ist daher nicht, ob die Medien manipuliert werden oder nicht, sondern wer sie manipuliert.²⁷

Ebenso wird auch der Vorstellung einer wie auch immer gearteten „Verblendung“ durch die elektronischen Medien widersprochen:

Die elektronischen Medien verdanken ihre Unwiderstehlichkeit nicht irgendeinem abge-

feimsten Trick, sondern der elementaren Kraft tiefer gesellschaftlicher Bedürfnisse, die selbst in der heutigen depravierten Verfassung dieser Medien durchschlagen.²⁸

Die Verheißungen der „Bewusstseinindustrie“, so Enzensbergers These, seien daher nicht falsch und zu bekämpfen, sondern vielmehr kulturevolutionär einzulösen. Denn Bedürfnisse nach nicht-materieller Vielfalt und Mobilität würden von den Medien lediglich ausgebeutet, ebenso „... das Bedürfnis nach Teilnahme am gesellschaftlichen Prozeß im lokalen, nationalen und internationalen Maßstab, das Bedürfnis nach neuen Formen der Interaktion, nach Befreiung von Ignoranz und Unmündigkeit, das Bedürfnis nach Selbstbestimmung“.²⁹

Die Verheißungen der „Bewusstseinindustrie“ seien nicht zu bekämpfen, sondern kulturevolutionär einzulösen.

Nicht die Manipulateure – so Enzensbergers Credo – sollten daher zum Verschwinden gebracht, sondern jeder zum Manipulateur gemacht werden. Im Gegensatz zu der von Enzensberger konstatierten „Technikfeindlichkeit“ und „Computerfeindlichkeit“ der 68er Szene –

eine für heutige Verhältnisse geradezu anachronistisch anmutende Kritik – rückt Enzensberger neben dem Kopiergerät³⁰ vor allem die elektronischen Medien in den Vordergrund weiterer Hoffnungen und Betrachtungen.

So sei der Gegensatz zwischen Produzenten und Konsumenten den elektronischen Medien keineswegs inhärent, sondern müsse durch ökonomische und administrative Vorkehrungen ständig künstlich behauptet werden. Erst durch die Aufhebung dieser gegen die „Produktivkraft der elektronischen Medien“ gerichteten „Vorkehrungen“ – und hier schimmert dialektisches Denken durch – kämen die elektronischen „Produktivkräfte“ zu ihrem „richtigen“ Gebrauch.³¹

Explizit stützt sich Enzensberger dabei jedoch auf Berthold Brecht und dessen Radiotheorie, wenn er die (elektronischen) Medien von Distributions- in Kommunikationsapparate zurückverwandelt wissen will:

²⁶ Hans Magnus Enzensberger: *Baukasten zu einer Theorie der Medien*. In: Kursbuch Nr. 20/1970, 159-186, 186.

²⁷ w.o. 171.

²⁸ w.o. 180.

²⁹ w.o. 183.

³⁰ 1970 ist die Kopiermaschine noch eine ausschließlich in Lizenz zu vergebende neue Technik im Eigentum der Xerox-Corporation.

³¹ vgl. w.o. 177.

Der Rundfunk wäre der denkbar großartigste Kommunikationsapparat des öffentlichen Lebens, ein ungeheures Kanalsystem, das heißt, er wäre es, wenn er es verstünde, nicht nur auszusenden, sondern auch zu empfangen, also den Zuhörer nicht zu hören, sondern auch sprechen zu machen und ihn nicht zu isolieren, sondern ihn in Beziehung zu setzen...³²

Allerdings betont Enzensberger neben der direkten gesellschaftlichen Kontrolle „durch die produktiv gewordenen Massen“ die Notwendigkeit von entsprechender Organisation:

„Das Programm, das der isolierte Amateur herstellt, ist immer nur die schlechte und überholte Kopie dessen, was er ohnehin empfängt.“³³ Dagegen soll eine adäquate emanzipatorische Strategie und Organisation der Medien die Isolation der einzelnen Teilnehmer am gesellschaftlichen Lern- und Produktionsprozess aufzuheben trachten, was wiederum Selbstorganisation der Beteiligten voraussetzt:

Wer sich Emanzipation von einem wie auch immer strukturierten technologischen Gerät oder Gerätesystem verspricht, verfällt einem obskuren Fortschrittsglauben; wer sich einbildet, Medienfreiheit werde sich von selbst einstellen, wenn nur jeder einzelne sende und empfangt, geht einem Liberalismus auf den Leim, der unter zeitgenössischer Schminke mit der verwelkten Vorstellung von einer prästabilierten Harmonie der gesellschaftlichen Interessen hausieren geht.³⁴

Netzartige Strukturen und Kommunikationsmodelle sowie das Verlassen des „hauptsächlich mit sprachlich, inhaltlich und formal exklusiven Zeitschriften an eine Öffentlichkeit von Einverstandenen“ gerichteten Agierens alternativer Medienmacher sollen hingegen die Massen mobilisieren. „Mobilisieren“, so betont Enzensberger, sei aber nicht durch die totalitäre Vergangenheit misszuverstehen – „mobil machen“ meine, die einzelnen beweglicher zu machen als sie sind.

Kritik an den bisher vorgestellten Konzepten

„Neue“ Theorieansätze

Trotz aller Gegensätze weisen die bisher dargestellten Ansätze eine Gemeinsamkeit auf: Sei es das Ideal einer „unverzerrten Wahrheit“ bei Habermas, die Rückgriffe auf „Wahrheit“ im Sinn des dialektischen Materialismus bei Negt/Kluge oder auch Enzensbergers dialektische Rückführung der „Produktivkräfte“ auf ihren „richtigen“ Gebrauch – „Wahrheit“ als aufklärerisches Mittel gegen „Manipulation“, „Verzerrung“, „Verfälschung“ oder „Repression“ ist diesen Konzepten eigen.

Nicht zuletzt die Übersetzung und Rezeption neuer erkenntnistheoretischer Konzepte in den achtziger Jahren – etwa Humberto Maturanas Neurophysiologie³⁵ und der daran anknüpfende „radikale Konstruktivismus“³⁶ – stellen die Möglichkeit der Erkenntnis von „Realität“ und „Wahrheit“ mit guten Gründen jedoch radikal in Frage. „Wahrheit“ erweist sich vielmehr als – wenn auch in Kooperation mit anderen gewonnenes – „Konstrukt autopoietischer Systeme“.

Doch auch die – dem „radikalen Konstruktivismus“ in ihren Grundlagen völlig entgegengesetzten – Konzepte des französischen „Poststrukturalismus“³⁷ – allen voran jene Michel Foucaults – führen ebenfalls zu einem Bild von „Konstruktion von Wahrheit“.

Schließlich regt auch die Rezeption von „postmodernen“ Autoren wie Jean-Francois Lyotard und Jean Baudrillard einen Bruch mit bisherigen Denktraditionen an. Mag der schillernde Komplex „Postmoderne“ letztlich auch die totalitären Gehalte radikaler Aufklärung mit dem „aufklärerischen Bade“ ausschütten – die implizite Kritik Lyotards am „Terror“ einer auf Wahrheitsdiskurse gegründeten Aufklärung³⁸ und Baudrillards Konzeption einer „Hyperrealität“ stellen eine

³² Berthold Brecht: *Gesammelte Werke*. Band VIII, 1932, 129 f, 134, zit. nach Enzensberger 1970, 163.

³³ w.o. 174.

³⁴ w.o. 177.

³⁵ weiterführend auch Humberto R. Maturana: *Biologie der Realität*. F.a.M. 1998.

³⁶ vgl. dazu Stefan Weber: *Die Dualisierung des Erkennens*. Wien 1996.

³⁷ Welche entgegen der Anerkennung einer menschlichen

„Autopoiesis“ wie im rad. Konstruktivismus vielmehr variable soziale, ökonomische und kulturelle Strukturen und Formationen (zum Begriff der „Formation“ wie auch zur Konstruktion von Wahrheit in Diskursformationen vgl. Michel Foucault: *Archäologie des Wissens*. Frankfurt am Main 1981) ins Zentrum ihrer Analysen rücken.

³⁸ vgl. dazu Erik Bauer: *Emanzipation und Kommunikation*. Diss. Wien 1998.

kaum mehr zu umgehende Herausforderung für neuere Theoriebildung dar.

Bevor ich auf die, weitgehend erst in den vergangenen Jahren übersetzten, und wie ich meine, diesen Einwänden gegenüber „adäquateren“ Konzeptionen der „Cultural Studies“ eingehe, soll jedoch auch eine kritische Reflexion seitens einer „autonomen Kommunikationsinitiative“ zu Wort kommen.

a.f.r.i.c.a.:

Aus dem Bereich „gegenöffentliche Praxis“ seien hier Auszüge aus der anlässlich der „interfiction 1995“ in Kassel³⁹ präsentierten Reflexion „Gegenöffentlichkeit und soziale Praxis“ der autonomen Initiative „a.f.r.i.k.a.“ wiedergegeben. Die VerfasserInnen Luther Blisset und Sonja Brünzels bemängeln dabei nicht vorrangig einen Mangel an Gegenöffentlichkeit oder eine fehlende Zugänglichkeit zu gesellschaftskritischen Informationen, sondern deren „absolute Folgenlosigkeit“.

Ein alleiniges Bemühen um „aufklärerische“ gegenöffentliche Informationen wird in der Folge grundsätzlich in Zweifel gezogen, was jedoch nicht bedeute, die Notwendigkeit eines „Streit(s) um Fakten und Realitätsdeutungen“ in Abrede zu stellen und sich von Gegenöffentlichkeit zu verabschieden.

Allerdings müsse sich Gegenöffentlichkeit

derselben Frage stellen, die auch an jede Aktion der Kommunikationsguerilla gerichtet werden wird: Unter welchen Bedingungen, in welchen Situationen vermittelt Gegenöffentlichkeit den AdressatInnen einen kritischen Blick auf alltägliche Normalität; unter welchen Voraussetzungen und bei wem kann sie gesellschaftsveränderndes Handeln bewirken?

Daran anschließend greifen die AutorInnen Negt/Kluges Gedanken bejahend auf, dass Informationen nur aufgenommen werden und im alternativen Sinne bewusstseinsbildend wirken, sofern auch entsprechende Handlungsmöglichkeiten offen stehen:

Die Friedens-, die Anti-AKW- oder die feministischen Bewegungen boten konkrete Handlungsangebote und -zusammenhänge. Die Informationen ‚alternativer‘ Medien konnten sich vor diesem Hintergrund eines besonderen Interesses sicher sein. Darüber hinaus hatten diese Medien eine wichtige Funktion für die Vernetzung und Selbstvergewisserung innerhalb der sozialen Bewegungen. Das Problem, dass mediale Informationen ohne im Rahmen einer sozialen Praxis gegebene Handlungsmöglichkeiten zumeist wirkungslos bleiben, fiel damals gar nicht weiter auf; so konnte sich die Vorstellung halten, dass Medieninformation per se zu politischen Handeln führt.

Die Rolle bisheriger alternativer Medien als „treibende Kraft“ für diese Bewegungen wird rückblickend bezweifelt:

Wo man glaubte, durch Aufklärung weitergekommen zu sein, war es vielleicht in Wirklichkeit gar nicht die schlagende Brillanz der Argumente aus der Gegenöffentlichkeit, die bei vielen Leuten ein Interesse für bestimmte Themen und Sichtweisen und ein Bedürfnis nach entsprechenden Informationen hervorrief. Vielmehr war dieses Interesse Ausdruck von Veränderungen der eigenen Lebenszusammenhänge vor dem Hintergrund jener gesellschaftlichen Entwicklung, in deren Zuge auch die ‚neuen sozialen Bewegungen‘ ihre Bedeutung gewannen.

Letztlich treffen a.f.r.i.c.a. eine – in den oben vorgestellten Ansätzen bisher vernachlässigte – Unterscheidung in „eigene“ und „alternative“ Medien:

‚Alternative‘ Medien spiegeln sich vornehmlich an den bürgerlichen Medien, indem sie beständig eine inhaltlich korrigierende und das bestehende Informationsspektrum ergänzende Aufgabe wahrnehmen. Vor allem in den 70er und 80er Jahren gelang es ihnen, abweichende Lesarten sozialer und politischer Widersprüche bereitzustellen und so zur Konstituierung einer ‚liberalen‘ Öffentlichkeit beizutragen.

Dagegen setzten „eigene“ Medien nicht in erster Linie auf eine direkte Beeinflussung und Berei-

³⁹ „interfiction“, vom „filmladen“ veranstaltetes Dokumentations- und Videofest 1995 in Kassel mit zweitägiger Fachtagung; alle folgenden Zitate sind der

web-site www.filmladen.de/dokfest/1995/bewegung.htm entnommen.

cherung der „öffentlichen Meinung“, vielmehr, so die AutorInnen, positionieren sie sich im Unterschied zu den „alternativen“ Medien außerhalb des gesellschaftlichen Zentrums – etwa durch das Aufgreifen subkultureller Themen und Codes. Ihre Funktion liegt dabei in der Orientierung und Identitätsstabilisierung innerhalb der entsprechenden Szenen und Subkulturen.

1976⁴⁰ – 2000: Cultural Studies

Nicht zuletzt aufgrund der unorthodoxen „dekonstruktivistischen“⁴¹ Durcharbeitung so unterschiedlicher Theorieansätze wie jener von Antonio Gramsci oder Michel Foucault gewinnen Cultural Studies (CS) eine Reihe von Begrifflichkeiten, mit welchen sich eine differenziertere „Karte“ der bisher eher grob als „Öffentlichkeit“ oder „Gegenöffentlichkeit“ bezeichneten Formationen zeichnen lässt.

Wesentlich für die Theoretisierung von „Gegenöffentlichkeit“ im Rahmen der CS erscheint der grundlegende Unterschied zu den eingangs vorgestellten „Wahrheitskonzeptionen“. Denn anders, als es etwa die Rezeption eines marxistischen Autors wie Antonio Gramsci vielleicht vermuten lässt, verzichten die meisten Ansätze der Cultural Studies gänzlich auf kommunikationsphilosophische oder dialektisch-historische „Letztbegründungen“. Oder wie es Lawrence Grossberg, einer der wohl bekanntesten Autoren der CS, auf den Punkt bringt:

Es mag zwar recht schön sein, von der Abschaffung der Macht und der Ideologie zu träumen, davon, daß wir auf eine ‚wahre‘ Erfahrung zurückgreifen könnten, die es gegeben hat, bevor sie durch die Macht neu konstruiert und fehlinterpretiert wurde.

Jedoch:

Es gibt keine Erfahrung, auf die wir uns als eine Art ursprünglicher Berechtigung für unsere politische Vision berufen können. Wir können uns nur bemühen, unter den verschiedenen Artikulationen der Realität eine zu finden, die für mehr (alle) Menschen humaner ist.⁴²

Auch stellen Cultural Studies keine explizite und einheitliche Theorie, sondern – im Sinne Foucaults – eine differenzierte, bewegliche und teilweise vernetzte „diskursive Formation“ dar:

Cultural Studies weigern sich, sich an eine im vorhinein definierte Theorie zu halten. [...] Cultural Studies behandeln Theorien als Hypothesen und Ressourcen, die an das bestimmte Projekt anzupassen und mit ihm zu artikulieren sind. [...] Im Verständnis von Cultural Studies konstituieren Theorie und Kontext einander wechselseitig.⁴³

Cultural Studies sind also keineswegs einheitlich und statisch, aber auch nicht im postmodernen Sinne beliebig. Sie weigern sich „der herrschende Diskurs oder ein Metadiskurs zu sein. [...] Aber sie haben doch den Willen, sich zu verknüpfen; es steht etwas auf dem Spiel bei ihren Entscheidungen.“⁴⁴ Oder anders ausgedrückt: „Als Strategie bedeutet dies, genügend Boden unter den Füßen zu haben, um auf einer Position stehen zu können, sie aber immer so zu formulieren, dass sie auf einen Horizont un abgeschlossener Theoretisierung verweist.“⁴⁵

Um den Gegensatz „Öffentlichkeit“/„Gegenöffentlichkeit“ in die differenziertere Begrifflichkeit von CS zu übertragen, werde ich mich im Folgenden auf Texte von Stuart Hall, John Fiske und Lawrence Grossberg beschränken – zwar repräsentieren sie keineswegs die einzig(mögliche) Version von CS⁴⁶, stellen aber nach wie vor wichtige Ausgangs- und Kristallisationspunkte in dieser komplexen Formation dar.

⁴⁰ Eine erste Übersetzung eines Textes der Cultural Studies erfolgte 1976 in der Zeitschrift *Ästhetik und Kommunikation*, eine breitere Rezeption der CS, v.a. in Hinblick auf Medien, erfolgte allerdings erst in den neunziger Jahren (vgl. Lothar Mikos: *Die Rezeption des Cultural Studies Approach im deutschsprachigen Raum*. In: Andreas Hepp/Rainer Winter (Hg.): *Kultur-Medien-Macht*. Opladen; Wiesbaden 1999).

⁴¹ „dekonstruktivistisch“ bedeutet für CS in Anlehnung an Jacques Derrida, den „Bedeutungsüberschuss“ dieser

Theorien zu nutzen und weiterzuarbeiten.

⁴² Lawrence Grossberg: *Cultural Studies. Was steckt in einem Namen*. In: Ders.: *What's going on? Cultural Studies und Populärkultur*. Wien 2000. 270 f.

⁴³ w.o. 273.

⁴⁴ Hall, *Das theoretische Vermächtnis der Cultural Studies*, a.a.O. 36.

⁴⁵ w.o. 76.

⁴⁶ vgl. dazu Lutter/Reisenberger, *Cultural Studies*.

Stuart Hall (1986)⁴⁷

Durch die bereits erwähnte Auseinandersetzung mit dem italienischen Marxisten Antonio Gramsci gewinnt Hall eine Reihe grundlegender theoretischer Analysekatoren. Allen voran sei der Begriff der „gesellschaftlichen und kulturellen Hegemonie“ genannt:

*Hegemonie ist nicht nur auf das Feld der Ökonomie und der Verwaltung begrenzt, sie schließt eine Führungsposition auf den Gebieten der Kultur, der Moral, der Ethik und im Bereich des geistigen Lebens ein.*⁴⁸

Im Sinne Halls kann der Hegemoniebegriff zur Analyse der „Formierung aller führenden historischen Blöcke“ verwendet werden.

Unter dem Begriff „historischer Block“ versteht Hall einen „außergewöhnlichen, historisch spezifischen und vorübergehenden ‚Augenblick‘ im Leben einer Gesellschaft“. Entscheidender Unterschied zum „Klassenbegriff“ ist dabei, dass ein ideologisches Feld – „obwohl immer mit verschiedenen sozialen und politischen Positionen verknüpft – in seiner Form und Struktur nicht genau der Klassenstruktur der Gesellschaft entspricht oder sie widerspiegelt und auch nicht ihr Echo ist“.⁴⁹

Unter „historischem Block“ können daher keine einheitlichen und statischen Gebilde vorgestellt werden (wie beispielsweise „die Öffentlichkeit“ oder „die Gegenöffentlichkeit“), sondern vielmehr unterschiedlich verknüpfte, sich immer wieder verändernde „Formationen“, die sich in Alltagsbewusstsein, Ideologien, Ökonomie, Staat, Kunst, Recht, ökonomischen Aktivitäten und in allen individuellen und kollektiven Lebensäußerungen manifestierten. Neben Staat und Ökonomie erstrecken sich die Formationen eines „historischen Blocks“ vor allem auch in die „Zivilgesellschaft“ (Familie, traditionelle soziale Organisationen, ethnische und kulturelle Institutionen) – ein Begriff, den Hall ebenfalls von Gramsci entlehnt und weiterdenkt.⁵⁰

Mit seinem bekannten „Encoding-Decoding-Modell“⁵¹ wertet Hall schließlich die Rolle der Rezipienten auf, wobei er deren entweder „hegemoniale“ „widerständige“ oder auch „oppositionelle“ Lesarten medialer Botschaften nicht im Individuum, sondern in dessen vielschichtigem sozialen und kulturellen Kontext begründet sieht.

Auf diese neuen Kategorien gestützt, unternimmt Hall in seinem Aufsatz „Massenkultur und Staat“ schließlich einen historischen Rückblick auf die „Öffentlichkeitsentwicklung“ in Großbritannien. Ein grundlegender Unterschied zu bisherigen vergleichbaren Untersuchungen ist dabei allerdings Halls Blick auf den „stets populären Kontext“ von „hegemonialen“ als auch „widerständigen“ Lesarten, Diskursen und Kommunikationen. Insbesondere wendet sich Hall gegen das gängige mediale Selbstverständnis, das da lautet: „Was ‚populär‘ ist, kann nicht ‚ernst‘ sein. Qualität muß Macht haben. Was unterhaltend ist, kann keine ‚Qualität‘ haben...“⁵²

Eine weitere Differenzierung finden wir schließlich bei

John Fiske

Dieser greift vor allem Elemente und Begrifflichkeiten von Michel Foucault – etwa die „Diskursanalyse“ oder die „Mikrosoziologie“ von Macht und Widerstand – verstärkt auf, um sie mit „makrosoziologischen“ Ebenen zu verknüpfen, wodurch sich verschiedene Ausschnitte des alltäglichen Lebens als Wechselverhältnis zwischen kulturellen Praktiken und sozialen Kräften sowie Institutionen aufzeigen lassen.

Fiske gelangt letztlich zu einer grundlegenden Gegenüberstellung von „power block“ (wie schon bei Hall entlehnt aus den Arbeiten von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe) und „people“, wobei auch für Fiske der Unterschied dieser Konzeption zu einem „statisch-dualistischen“ Konzept wesentlich ist:

⁴⁷ die Jahreszahl bezieht sich auf die erste deutsche Übersetzung in nennenswerter Auflage, siehe Fußnote 48.

⁴⁸ Stuart Hall: *Gramscis Erneuerung des Marxismus und ihre Bedeutung für die Erforschung von „Rasse“ und Ethnizität*. In: Ders.: *Ausgewählte Schriften 1*. Hamburg 1989, 74.

⁴⁹ w.o. 83.

⁵⁰ w.o. 78 f.

⁵¹ Stuart Hall: *Encoding/Decoding*. In: ders. (Hg): *Culture, Media, Language*. London 1980.

⁵² Stuart Hall: *Die strukturierte Vermittlung von Ereignissen*. In: Hall: *Ausgewählte Schriften 1*, a.a.O., 111.

Diese Kategorien dürfen nicht essentialistisch mißverstanden werden, da sie innerhalb einer poststrukturalistischen Argumentation entwickelt wurden. In sie werden keine stabilen, strukturell vorab bestimmbar Gruppen eingeordnet, sondern sie stellen mobile strategisch und taktisch geformte Allianzen sozialer Interessen dar, die historisch und kontextuell entstehen. Die Opposition zwischen den Strategien des ‚power bloc‘ und den Taktiken der ‚people‘ läßt sich also nicht strukturell fixieren, sondern ist ein fließender, vielseitiger und widersprüchlicher sozialer Prozeß.⁵³

Mit den so ermöglichten Analysen verschiedener Oppositionsweisen zwischen jeweiligem „power bloc“ und „the people“ – welche diskursiv vermittelt sind und die sich auch auf das Geschlecht, die Bildung oder die ethnische Zugehörigkeit beziehen können – stellt dieser Ansatz einen vielschichtigen Rahmen zum Erfassen der vielfältigen Kämpfe in verschiedenen Diskusformationen bereit, wobei Foucault zufolge Macht auch unvermittelt die Fronten wechseln kann. Neben Wahrheits-, Zugangs- und Produktionsfragen (wie in den eingangs vorgestellten Ansätzen) rückt Fiskes Ansatz den gesamten kulturellen und sozialen Kontext im Kampf um Bedeutungen zwischen den verschiedenen Formationen von „power-bloc“ und „people“ in den Mittelpunkt:

So läßt sich die Berichterstattung und die öffentliche Diskussion über die Ereignisse in Los Angeles nach dem Rodney King-Prozeß als Auseinandersetzung rekonstruieren, der mittels diskursiver Mittel unterschiedliche Bedeutungen zugeschrieben wurden, die jeweils partikularen sozialen Interessen dienen. Für viele der Ghetto-Bewohner beruhten die Kämpfe, die sich im Anschluß an die Medienereignisse entfalteten, auf ihrer konkret erfahrenen Repression und Erniedrigung in einem spezifischen historischen und sozialen Kontext, ihre Darstellung in den Medien ist ein diskursiver Konflikt um die Bedeutung dieser

*Ereignisse. Waren sie ein Aufbruch, eine Rebellion, gar eine Revolution oder bloße Plünderungen?*⁵⁴

Am Beispiel Video und Videoguerillas demonstriert Fiske, wie einfache Videokameras unter Nutzung des Kontextes taktische Interventionen in Machtverhältnisse erlaubten, als „VideoaktivistInnen“ bzw. „Videoguerillas“ spektakuläre Ereignisse aufzeichneten und lokale Kabelkanäle zur Ausstrahlung nutzten. Denn im Kontext der Ghettobewohner von Los Angeles gelten „offizielle“ Nachrichten als ebenso wenig authentisch wie die „high-tech“-basierte Vermittlung von Kommunikation. „Low-tech“ wie die billigen Kameras der „Guerilla“ und die damit produzierten Bilder genossen hingegen hohe Glaubwürdigkeit.

But video has low-tech and high-tech forms and thus contradictory uses. It can be used both to bring us knowledge and to know us to give us

Produktionsweisen alternativer Öffentlichkeit hängen vom komplexen und situationsadäquaten Gefüge des jeweiligen diskursiven Feldes ab.

access to one system of power-knowledge while subjecting us to another. It is an instrument of both communication and surveillance. It can be used by the power

*bloc to monitor the comings and goings of the people, but equally its cameras can be turned 180 social degrees, to show the doings of the power bloc to the people.*⁵⁵

Produktionsweisen alternativer Öffentlichkeit können im kontextbezogenen Verständnis der CS daher auch nicht durch „eine richtige“ Variante (wie bei Enzensberger) theoretisch bestimmt werden, sondern hängen vom komplexen und situationsadäquaten Gefüge des jeweiligen diskursiven Feldes ab. In den Worten von

Lawrence Grossberg (2000)

ist „Artikulation ein fortwährender Kampf, Praktiken in einem Feld von sich ständig ändernden Kräften neu zu positionieren...“⁵⁶

⁵³ Rainer Winter: *Cultural Studies als kritische Medienanalyse*. In: Hepp/Winter (Hg.): *Kultur-Medien-Macht*.

⁵⁴ w.o. 58.

⁵⁵ John Fiske: *Media Matters*. London 1994, zit. nach Winter: *Cultural Studies als kritische Medienanalyse*,

a.a.O., 59.

⁵⁶ Lawrence Grossberg: *We gotta get out of this place*. In: Ders.: *What's going on? Cultural Studies und Populärkultur*. Wien 2000, 54.

Explizit zieht Grossberg in seinem Text „Rockin' in Conservative Times“ Schlüsse für eine oppositionelle „minoritäre“ Praxis gegenüber den hegemonialen Diskursen, wobei er die Populärkultur als Feld für eine solche „alternative“ Praxis verortet wissen will. Wichtig erscheint Grossberg dabei neben der Beachtung des jeweiligen Kontextes auch die jeweilige Sprache:

Andererseits bedeutet das, daß wir zu den Leuten in Sprachen sprechen müssen, die sie verstehen, von dort ausgehend, wo sie sind [...] Das Problem ist nicht, daß die Leute nicht verstehen können, was wir sagen; eher ist es den Leuten oftmals egal, worüber wir schreiben, und so finden sie es nicht der Mühe wert. [...] Wir müssen eine Verbindung zum affektiven Leben der Leute herstellen, [...] die kulturellen Formen verwenden, die sie ansprechen, [...] die Selbstgerechtigkeit aufgeben, die so viele der alternativen populistischen Medien charakterisiert, um etwas anderes zu produzieren, das innerhalb der Populärkultur operiert, aber diese populären Sprachen und Logiken auf neue und andere Weise, zu neuen und anderen Zwecken einsetzt. Das wäre eine populäre ‚minoritäre‘ Kultur...⁵⁷

Skeptisch steht Grossberg unter diesem Gesichtspunkt einer Organisationsform von sozialen Bewegungen gegenüber, welche sich jeweils rund um eine fragmentierte „Identität“ konstituiert: „Ich möchte nicht die Bedeutung der Fragen von Identität zurückweisen, [...] nur deren Zweckhaftigkeit als Organisationsprinzip.“ Hintergrund dieser Skepsis ist einerseits Grossbergs Befürchtung, ein solcher „Partikularismus der Identitäten“ könne letztlich im hegemonialen Diskurs auf ein Problem von „special interests“ reduziert und damit unwirksam gemacht werden; andererseits aber auch die Betonung der sozialen Konstruiertheit von „Identität“ in den Ansätzen der Cultural Studies:

„Wir müssen fragen, wo diese fragmentierten und hybriden Identitäten herkommen“, denn:

[...] es gibt einige unheimliche Ähnlichkeiten zwischen der Lifestyle-Marketsegmentierung und

⁵⁷ Lawrence Grossberg: *Rockin' in Conservative Times*. In: Ders.: *What's going on?*

⁵⁸ Lawrence Grossberg: „I'd rather Feel Bad than Not Feel Anything at All“. *Rock'n'Roll, Lust und Macht*. In: Ders.: *What's going on?*

⁵⁹ Saskia Sassen: *Konzentration und die neue Definition des Zentrums*. 1995, übers. von Florian Rötzer/Telepolis – Magazin der Netzkultur, www.heise.de/tp/deutsch/specialsam/605/4.html

den Individualitäten, die von den neuen politischen Bewegungen der 80er hervorgebracht wurden.⁵⁸

Gegenöffentlichkeit und Internet – ein kurzer Ausblick

Nicht zuletzt in Hinblick auf die Konzepte Brechts und Enzensbergers schien das Internet gerade in seinen Anfängen eine optimale Struktur für eine neue Form von „Gegenöffentlichkeit“ bereitzustellen. Eine optimistische Sichtweise, die freilich spätestens seit der erfolgten Kommerzialisierung des Internet nicht zu Unrecht stark gedämpft wurde, wie etwa Saskia Sassen im Zuge ihrer Untersuchungen deutlich macht:

Wir neigen dazu, den vernetzten Raum mit dem Merkmal einer verteilten Macht und dem Fehlen von Hierarchie zu versehen. Das Internet ist vermutlich der bekannteste vernetzte Raum. Seine spezifischen Eigenschaften haben den Begriff der verteilten Macht hervorgebracht: Dezentralisierung, Offenheit, Expansionsmöglichkeit, keine Hierarchie, kein Zentrum, keine Voraussetzungen für autoritäre oder monopolistische Kontrolle. [...] Aber wir müssen sehen, daß die Netzwerke auch andere Machtformen ermöglichen.⁵⁹

Wird sich die Zukunft des Internet in neuen Kontrollmechanismen durch Provider, Konzerne, Organisationen und Regierungen erschöpfen, in einer Verstärkung des von Johanna Dorer in Anlehnung an Foucault dargelegten „Kommunikationsdispositives“⁶⁰ als neuer Form von (Selbst-) Kontrolle, oder gar im von Jean Baudrillard gleichermaßen beschriebenen und wohl auch herbeigesehnten „coolen“ Rausch der Hyperrealität⁶¹?

Eine Ideengeschichte von Gegenöffentlichkeit muss eine Theorie der Zukunft freilich schuldig bleiben. Statt dessen seien zwei Zitate – nochmals aus Texten der Kasseler „interfiction“⁶² – an den Schluss meiner Betrachtungen gestellt:

⁶⁰ vgl. Johanna Dorer: *Das Internet und die Genealogie des Kommunikationsdispositives*. In: Hepp/Winter: *Kultur-Medien-Macht*, 295-306.

⁶¹ vgl. Jean Baudrillard: *Cool Killer oder der Aufstand der Zeichen*. Berlin 1978 sowie Ders.: *Das Andere selbst*, Wien 1994.

⁶² siehe Fußnote 39 sowie www.filmladen.de/1995/theorie.htm

* Besteht die Aussicht, sich in diesem Rahmen selbstbestimmte Orte zu schaffen, ‚temporäre autonome Zonen‘, in denen die gesellschaftlichen Regeln zumindest zeitweise außer Kraft gesetzt (bzw. noch gar nicht verbindlich formuliert) sind? Und wenn ja, welche Auswirkungen hat das auf die soziale Existenz außerhalb der Netze?

(a.f.r.i.c.a.: Don't believe the Hype)

* Es geht also darum, so schlau als möglich zu sein, um dem Zauber des medialen König Midas zu entkommen. Der Kontaktzauber ‚Universal-

medium‘ verwandelt bekanntlich alles in Gold. Im Kontext Datennetz bedeutet dies, daß jede ‚emanzipatorische‘ Chance in einen weiteren Vorteil für Werbeagenturen, Medienkonzerne und zivile und militärische Planungsstäbe umwandelbar ist. Die Gegenstrategien müssen den Ambivalenzen entsprechend vieldimensional angelegt sein. [...] Wichtig ist aber auch, daß schon erreichte Freiheiten nicht gefährdet werden – gerade weil die einfachen Oberflächen des IRC oder der Newsgroups auf beeindruckende Art und Weise funktionieren.

(Uwe Hermanns: Netzambivalenzen)

Als Überblick und Zusammenfassung nochmals einige Begriffspaare in „Baukasten-Anordnung“:

	„Öffentlichkeit“	„Gegenöffentlichkeit“
Negt/Kluge/(Marx):	„Verblendung“	Artikulation histor. „wahrer“ Klasseninteressen
Dialektik der Aufkl.:	Kulturindustrie/Manipulation	(zwecklos)
Habermas:	Kulturindustrie / Manipulation	unverzerrte diskursive Wahrheit mittels kritischer Publizität
Enzensberger:	repressive Produktionsweise	emanzipatorische Produktionsweise
Cultural Studies:	hegemoniale Diskurse, Strategien und Formationen, „power bloc“	minoritäre Diskurse, Strategien und Formationen, „the people“
a.f.r.i.c.a.:	„bürgerliche“ Öffentlichkeit	a.) „eigene“ (interne) Öffentlichkeiten sozialer Bewegungen b.) „alternative“ Öffentlichkeit
Internet (Ausblick):	Kontrolle u. Eigenkontrolle durch ökonomische Strukturen und inhärente Dispositive?	a.) funktionierende alternative „communities“ und Informationen? b.) autonome Zonen?

Dr. Erik BAUER (1964)

Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft/Politikwissenschaft in Wien. Seit 1985 verschiedene journalistische Tätigkeiten, besonders im Umweltbereich. Seit 2000 Lehrbeauftragter am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien; freier Kommunikationswissenschaftler mit den Schwerpunkten Kultur-, Macht- und Medientheorien, Cultural Studies, Konstruktivismus, Umwelt – Kultur – Medien.

Feministische Gegenöffentlichkeit im „Realsozialismus“

Hanna Behrend

Theoretische Prämissen

Im derzeit in Arbeit befindlichen Band 5 des von W. F. Haug herausgegebenen „Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus“ gibt es zu *Gegenöffentlichkeit* einen Entwurf von Christoph Spehr. Seine Einsichten beruhen auf marxistischen, bestimmten theoretischen Überlegungen der *Cultural Studies*¹, sowie feministischen poststrukturalistischen Positionen. Als theoretische Ausgangsposition für die Darstellung und Bewertung konkreter Prozesse bei der Bildung von Gegenöffentlichkeit scheinen mir seine folgenden Feststellungen produktiv.

Gegenöffentlichkeit ist nach Spehr „ein Ort von Auseinandersetzungs- und Verhandlungsprozessen, die in weitgehend bewußte, anerkannte und durchgesetzte Vorstellungen gesellschaftlicher Veränderung münden“. Sie entsteht, wo Menschen ihre Anliegen in der herrschenden, dominanten Interessen dienenden Öffentlichkeit nicht oder nicht frei äußern können bzw. mit ihren Äußerungen ohne Einfluss bleiben. Öffentlichkeit sei ganz allgemein,

ein Prozeß, in dem sich eine soziale Kooperation (eine Gruppe, ein Produktionszusammenhang, eine Bewegung, Arbeits- oder Lebensgemeinschaft, Gesellschaft) durch Kommunikation, Normalität und Identität konstituiert, verhandelt und verändert, sich über Regeln, Rollen, Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven vergewissert. Zu diesem Prozeß gehören Akteure, Medien und Orte; er besteht in Information und Interpretation, Repräsentation und Artikulation.

Auch eine dominante, ausgrenzende Öffentlichkeit könne „nie das gesamte, stets in Bewegung befindliche System von Öffentlichkeiten vollständig kontrollieren oder selbst produzieren“.

Die amerikanische Feministin Nancy Fraser schreibt, feministische Gegenöffentlichkeit sei ein Angriff auf die patriarchale Deutungsmacht über die Grenzen zwischen Öffentlich und Privat. Sie zielt auf die Verschiebung und Veränderung dieser Grenze, aber nicht notwendig auf ihre völlige Aufhebung.²

Ich teile Spehrs Vorstellung von multiplen Öffentlichkeiten, die ein ineinander übergehendes Geflecht von herrschenden und Gegenöffentlichkeiten bilden. Ihr Einfluss lässt sich keineswegs linear aus ihrer dominanten Position bzw. aus ihrem Status als Gegenöffentlichkeit ableiten, und ich halte Frasers Hinweis auf Gegenöffentlichkeiten, die die Grenzen öffentlicher Wahrnehmung verschieben, diese aber nicht unbedingt aufheben, ebenfalls für sinnvoll.

Der Begriff *Gegenöffentlichkeit* sei, so Spehr, in der Bundesrepublik Deutschland Ende der 60er und in den frühen 70er Jahren in der Debatte um eine alternative Medienkultur aufgekommen. In den 90er Jahren sei der Begriff „einer kritischen Überprüfung und Relativierung unterzogen“ (Spehr) worden. Die alte Dichotomie von kommerziell/nichtkommerziell, etabliert/autonom u.ä.m. sei fallen gelassen worden, da sie über die kritische Wirkung von Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit nichts aussage. Die einen wie die anderen können für unterschiedliche Interessen instrumentalisiert werden.

Jede Gegenöffentlichkeit ist daher nach Spehr „ein Ort von Auseinandersetzungs- und Verhandlungsprozessen, die in weitgehend bewußte, anerkannte und durchgesetzte Vorstellungen gesellschaftlicher Veränderung münden“.

Ich gehe davon aus, dass der entscheidende Faktor, der vor allem in der zweiten Hälfte der 90er

¹ *Cultural Studies* waren ein sowohl politisches als auch pädagogisches Reformprojekt, das aus den theoretischen Aufsätzen von politisch engagierten, in der Erwachsenenbildung tätigen britischen Geistes- und Sozialwissenschaftlern hervorging. 1963 wurde der aus Arbeiterkreisen in Leeds stammende Literaturwissenschaftler Richard Hoggart an die Universität Birmingham auf eine Englisch-Professur berufen, wo er

1964 das *Centre for Contemporary Cultural Studies*, das CCCS, gründete, das die institutionelle Basis der *Cultural Studies* in Großbritannien wurde.

² Nancy Fraser: *Sex, Lies, and the Public Sphere. Reflections on the Confirmation of Clarence Thomas*. In: Joan B. Landes (Hg.): *Feminism, the Public and the Private*. Oxford, New York 1998.

Jahre dazu führte, dass größere Teile der linken Öffentlichkeit damit begannen, auf Erkenntnisse der *Cultural Studies* zurückzugreifen und solche Dichotomien zu überwinden, der weltweite Zusammenbruch des „Realsozialismus“ war. Er forderte zum radikalen Überdenken gesellschaftstheoretischer Positionen und politischer Strategien, die mit dem gescheiterten Gesellschaftsmodell verbunden waren, unabweislich heraus und trug dazu bei, die bisher die emanzipatorische Gesellschaftskritik bestimmende relativ statische Dichotomie von progressiv/reaktionär zugunsten von transitären, multiplen, pluralistischen Vorstellungen zu untergraben.

Gegenöffentlichkeit aus der Sicht einer Zeitzeugin

Im folgenden will ich versuchen, die Vielschichtigkeit und Ambivalenz von Gegenöffentlichkeit zu demonstrieren und in einem begrenzten historischen und sozialen Umfeld zu zeigen, dass eine einfache Gegenüberstellung von dominanter und Gegenöffentlichkeit an der Realität vorbeigeht und die Wirksamkeit öffentlicher Tätigkeiten nicht erklären kann. Ich werde dies am Beispiel von Bemühungen demonstrieren, an denen ich persönlich beteiligt war und mittels der in die herrschende patriarchal-realistische Öffentlichkeit durch feministische und frauenbewegte Aktivitäten eingegriffen wurde. Das vorgestellte Material stellt keinen Beleg für offene Konfrontation mit dem staatlichen System dar. Es handelt sich daher auch nicht um Aktivitäten, die ins Visier repressiver Staatsorgane gelangten, die jedoch dennoch eine Intervention in die Deutungsmacht der patriarchal-realistischen Herrschaft darstellen, indem

sie den Herrschaftsdiskurs zu verschieben und zu verändern suchten, aber nicht notwendig seine völlige Aufhebung anstrebten. Es behandelt somit nur einen begrenzten Ausschnitt der Gegenöffentlichkeiten unter den damaligen Verhältnissen. Die hier vorgestellten Texte, Aktivitäten und Bewegungen zeigen die Ambivalenz von Öffentlichkeit/Gegenöffentlichkeit besonders deutlich, weil auch die herrschaftsstabilisierende Funktion beider sichtbar wird. Solche Formen der Gegenöffentlichkeit gehören gleichwohl, wie ich meine, zu den häufigsten Arten gesellschaftspolitischer Intervention. In allen Gesellschaftssystemen vollziehen sich zahlreiche verschiedenartige, unspektakuläre, geringfügige, wenig beachtete Aktivitäten, die aber alle in der einen oder anderen Weise quer zu den Machtinteressen der Herrschenden stehen, und früher oder später in weitgehend bewusste, anerkannte und durchgesetzte Vorstellungen gesellschaftlicher Veränderung, in widerständige Aktionen und Bewegungen münden können.

Ich greife dabei auf vielfältige Erfahrungen zurück, die ich als Hochschullehrerin an der Humboldt-Universität zu Berlin gemacht habe und benutze Auszüge aus Zeitzeugnissen wie Interviews, Korrespondenz, Berichten, Beiträgen zu Konferenzen, einschlägigen Publikationen u.ä.m. aus den

Ambivalenz von Öffentlichkeit/Gegenöffentlichkeit wird durch die herrschaftsstabilisierende Funktion beider sichtbar.

letzten Jahren der Existenz der DDR, aus einer Zeit, als die Machtstrukturen in der DDR zunächst noch relativ intakt waren und der Repressionsapparat funktionierte, die Akzeptanz des Regimes jedoch auch unter dem antikapitalistisch orientierten Teil der Öffentlichkeit³ dahinschwand (Ende der 70er/zweite Hälfte der 80er Jahre).

³ Der Opposition in der DDR ging es bis Anfang 1990 in ihrer Mehrheit um „die Entwicklung von Demokratie und Sozialismus“. Von Anbeginn gehörten auch führende Mitglieder der SED, der regierenden Partei, zu denjenigen, die einen Sozialismus einforderten, der Demokratie und Menschenrechte einschloss (Rudolf Herrstadt, Wolfgang Harich, Robert Havemann u.a.m.). Dazu kamen „Zehntausende einfacher Mitglieder und FunktionärInnen der Partei, die aus unterschiedlichen Gründen und zu unterschiedlichen Zeiten gegen die Parteiführung aufbegehren. Sie standen meist allein, hatten vom kapitalistischen Teil Deutschlands keine Hilfe zu erwarten und wurden häufig für ihr Vorgehen schwer bestraft. Angetrieben durch den permanenten Widerspruch zwischen sozialistischem Ideal und

marxistischer Weltanschauung einerseits, der politischen Realität einer bürokratischen Diktatur andererseits, fanden sich in der SED immer wieder neue StreiterInnen für oppositionelle Ziele“ (Manfred Behrend: *Ostdeutsche Parteien und Bewegungen vor und nach der ‚Wende‘ von 1989*. In: Hanna Behrend (Hg.): *Die Abwicklung der DDR. Wende und deutsche Vereinigung von innen gesehen*. Köln: ISP 1996, 59). Aber selbst die im September 1989 gegründete rechtsstehende oppositionelle Gruppe „Demokratischer Aufbruch“ (DA) bekundete noch am 24. Oktober 1989 durch ihre Vertreter, die Pfarrer Reiner Eppelmann (inzwischen CDU) und Friedrich Schorlemmer (inzwischen SPD), dass es ihnen „um die Entwicklung von Demokratie und Sozialismus in unserem Land“ gehe (w.o. 62).

Feminismus wurde in der DDR offiziell als eine „kleinbürgerliche Ideologie“ verteufelt, die für Frauen keine Bedeutung habe, weil dort die Gleichberechtigung der Geschlechter längst verwirklicht sei. Die These von Friedrich Engels,

[...] daß die Befreiung der Frau, ihre Gleichstellung mit dem Manne, eine Unmöglichkeit ist und bleibt, solange die Frau von der gesellschaftlichen produktiven Arbeit ausgeschlossen und auf die häusliche Privatarbeit beschränkt bleibt,⁴

sowie die marxistische Auffassung vom Primat des Ausbeutungsverhältnisses einer (Haupt-)Klasse durch die andere (Haupt-)Klasse, das auf der Aneignung des von der einen Klasse geschaffenen Mehrwerts durch die andere, die Produktionsmittel besitzende Klasse beruht, war die Grundlage der Frauenpolitik in der DDR.

So stellte die DDR Geschlechtergleichstellung durch rechtliche, soziale und wirtschaftliche Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Mutterschaft, aber nicht von Elternschaft und Berufstätigkeit her. Die Frauen blieben weiterhin verantwortlich für den unbezahlten Bereich der Reproduktionsarbeit, wenngleich sie, insbesondere bei der Versorgung der Kinder durch preiswerte Kindereinrichtungen, bezahlte Freistellung zur Pflege kranker Kinder u.v.a.m. durch den Staat unterstützt wurden.

[...] die ‚Frauenfrage‘ war ein Nebenaspekt der als im wesentlichen gelöst angesehenen ‚sozialen Frage‘. Die in die Geschlechterverhältnisse strukturell ‚eingeschriebene‘ Hierarchie von Mann und Frau war kein Aspekt, der in den theoretischen Konzepten [...] einen wichtigen und eigenständigen Platz hatte. Die Frage, ob die – durchaus konstatierte – Benachteiligung von Frauen ihre Ursachen in den Strukturen, in sozialökono-

mischen, politischen und kulturellen Verhältnissen des Staatssozialismus hat, war ausgeklammert und die Dimension von Geschlechterverhältnissen als konkrete, alltägliche Erscheinungsform von Herrschafts- und Machtverhältnissen verschiedener Art fehlte. [...] Die Situation von Frauen schien aus dieser Sicht ‚verbesserungsbedürftig‘, aber nicht grundlegend kritik- und veränderungsbedürftig. Frauen wurden nicht als Subjekte, sondern primär unter funktionalem Gesichtspunkt betrachtet: als Arbeitskräfte, unter bevölkerungspolitischen Aspekten, als stabilisierender Faktor für Ehe und Familie. Die Tatsache einer ausgeprägten geschlechterspezifischen Arbeitsteilung in Beruf und Familie sowie einer ungebrochenen Verantwortung der Frauen für die unbezahlte Reproduktionsarbeit, wurde linear aus ökonomischen Bedingungen hergeleitet, genauer: aus der unreflektierten Akzeptanz sogenannter ‚objektiver Erfordernisse‘.⁵

Um öffentlich wahrgenommen zu werden, musste von der Legitimität der „Verbesserung der Lage der Frau“, nicht von einem strukturellen Defekt ausgegangen werden. Daher sah Kritik an der Frauenpolitik, beispielsweise an der zunehmend frauendiskriminierend beruflichen Orientierung in der DDR, wie sie etwa in Leserbriefen möglich war, wie folgt aus:

Aus Zeitzeugnissen zur Debatte um Formen beruflicher Frauen- bzw. Mädchendiskriminierung

In einer Tageszeitung für Jugend und Studenten wurden alljährlich im Frühjahr die SchülerInnen der 9. Klassen der POS⁶ in einer speziellen Berufsbildbeilage auf ihre Berufsmöglichkeiten hingewiesen. Auch in anderen Periodika spielte die Berufsorientierung für Jugendliche stets eine

⁴ Friedrich Engels: *Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates*. MEW 21. Berlin 1962, 158. Engels selbst hat die Gleichstellung der Geschlechter allerdings als „Wiedereinführung des ganzen weiblichen Geschlechts in die öffentliche Industrie“ und gleichzeitig als „Beseitigung der Eigenschaft der Einzelfamilie als wirtschaftliche Einheit der Familie“ verstanden. Daraus schlussfolgert Sabine Nathan in *Ansätze zu einer Enthierarchisierung der Begriffe Klasse und Geschlecht in Friedrich Engels' Werk ‚Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates‘*, in: *Gesellschaftswissenschaftliches Forum: Rasse, Klasse, Geschlecht*, Berlin 1993, die Implikation dieser Feststellung, die Engels allerdings nicht formuliert, [sei] die Öffentlichmachung der Funktion der Familie. Dies kommt den Positionen des marxistischen Feminismus sehr viel näher als die Feststellung, die Gleichberechtigung von

Frauen sei allein über ihre Wiedereingliederung in die öffentliche Industrie zu erreichen (S. 19).

⁵ Irene Dölling: *Situation und Perspektiven von Frauenforschung in der DDR*. In: ZiF (Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin) Bulletin 1/Juni 1990. 2 f.

⁶ Das Grundschulwesen in der DDR war eingliedrig. Es bestand in der 10-klassigen Polytechnischen Oberschule, die alle schulfähigen Kinder absolvieren mussten, die nicht aus Gründen einer Behinderung in Sonderschulen eingeschult wurden. Mit dem Zeugnis der 10. Klasse konnten SchülerInnen eine Lehrstelle antreten oder von den Schulen an die EOS (Erweiterte Oberschule) delegiert werden, wo sie das Abitur (Matura) machen konnten; dieses war die Voraussetzung für ein Hochschulstudium.

Rolle. Eine beliebte Berliner Tageszeitung gab ebenfalls jedes Jahr eine Beilage heraus, in der alle verfügbaren Lehrstellen der Stadt aufgeschlüsselt nach Betrieb, Tätigkeit, Voraussetzungen aufgeführt waren, darunter auch, ob sich die Tätigkeit für Mädchen, Jungen oder beide Geschlechter eignete. Auch für die von der offiziellen Frauenorganisation publizierte Zeitung *Für Dich* und andere Zeitungen und Zeitschriften war das Thema berufliches Fortkommen von Mädchen und Frauen ein wichtiges Anliegen. Alle diese Periodika hatten eine Leserbriefseite und auch die Leserbriefe, die nicht veröffentlicht wurden, erhielten eine Antwort. Die SchreiberInnen kamen aus einem breiten sozialen Spektrum; meist beschränkten sich die tatsächlich veröffentlichten Briefe auf Kritik an konkreten Verstößen gegen die „Gleichberechtigungspolitik“ oder auf Fragen. SoziologInnen und KulturwissenschaftlerInnen, aber auch besonders in den letzten Jahren der Existenz der DDR andere frauenpolitisch Interessierte konnten diesen Veröffentlichungen frauen- und mädchendiskriminierende Trends entnehmen; die im folgenden vorgestellten Auszüge stammen aus meinen eigenen Leserbriefen und den Antworten.

Mit ihrer Berufsbildbeilage tragen Sie zur Verfestigung des überkommenen Rollenverständnisses bei. [...] Da wird, zur Einstimmung auf S.7 ein ganzseitiger, eindrucksvoller, mit einem Bild zusätzlich attraktiv gemachter Artikel über die selbstverständlich rein männliche Familienhierarchie der E.s gegeben. Der ‚Familienclan‘ hat – dem Artikel nach – weder eine Mutter noch Töchter/Schwestern/Freundinnen/Ehefrauen, bzw. sie gehören offenbar nicht zur Familie. Arbeiten sie nicht, gibt es sie nicht oder arbeiten sie nur nicht im [genannten Betrieb]? [...] Hätte man nicht [...], auch weibliche Lehrlinge für den Beruf des Werkzeugmachers, der nun nicht mehr ‚ungeliebt (weil anstrengend)‘ ist und sich daher auch für Mädchen eignet, [...] werben [müssen], weil man bekanntlich dort werben muß, wo alte Traditionen abzubauen sind? [...] Auf den Seiten 8-10 [...] gibt es in den Kästen eine Eintragung ‚Für Mädchen nicht geeignet‘, aber keine [...] Hinweise im Text darauf, daß sich Mädchen etwa in den Berufen des Klempners, Installateurs, Schmieds, Facharbeiters für städtischen Nahverkehr etc. gut bewährt haben und diese Berufe

gern ausüben. [...] Das einzige Mädchen, das überhaupt [...] vorkommt, ist die zukünftige Backwarenfacharbeiterin Manuela K. und die begründet ihre Berufswahl [...] damit, daß ‚sie schon zu Hause gern gebacken und Rezepte ausprobiert hat‘.

(Aus meinem Leserbrief an die *Junge Welt* vom 31.3.1989)

Das zeigt einmal mehr, daß die politische und juristische Gleichberechtigung unserer Frauen das eine, die tatsächlichen Chancen zur Wahrnehmung dieser Möglichkeiten im Alltagsleben nach wie vor das andere sein muß. Es ist nach wie vor so, daß Mädchen bis zum Schulabschluß bzw. Studium gleich gute, oft sogar bessere Leistungen erreichen als Jungs. Danach kommt aber die Liebe, die Ehe, die Kinder, damit verbunden Pflichten in der Familie, die eindeutig dazu führen, daß (beispielsweise des Babyjahrs⁷ wegen) danach dann doch das hergebrachte Rollenverhalten einsetzt – die Mutter, nicht der Vater trägt die Hauptlast. Und so sind dann die jungen Männer oft erfolgreicher im Start in das Berufsleben, sie besetzen dann zum Beispiel die Leitungsfunktionen eher.

(Der stellv. Chefredakteur der Tageszeitung *Junge Welt* am 16.10.1987 in Beantwortung meines kritischen Leserbriefs)

Die Beilage der Berliner Zeitung vom 11.07.89 ergab folgendes Bild über die Verteilung von Lehrstellen in den Ausbildungsberufen zwischen den Geschlechtern: 59% der für Mädchen angebotenen Lehrstellen betrafen zwei Typen von Tätigkeiten: Büro­tätigkeiten [...] 30%; Handel/Gastronomie [...] 29%. Dieser Gruppe der traditionellen Frauenberufe [...] standen ganze 17,9% technische Lehrstellen [...] (darunter die traditionelle Tätigkeit der technischen Zeichnerin – 4,2%) gegenüber. Das restliche knappe Viertel der Lehrstellen für Mädchen verteilt sich überwiegend ebenfalls auf traditionelle Frauenberufe (Postfacharbeiterin, Bekleidungsfacharbeiterin, Modistin, Kosmetikerin, Friseurin u.a.). [...] Eine Betrachtung der letzten zehn Jahre dieser Beilage fördert zutage, daß sich dieser Trend verstärkt hat. [...] Die vorwiegend auf männliche Bewerber orientierten Berufe sind ganz allgemein die besser bezahlten, die auch häufig höhere Aufstiegschancen bieten. [...]

⁷ Babyjahr: in der DDR bezahlter Mütterurlaub von einem Jahr beim ersten, eineinhalb Jahren beim zweiten Kind

und weiteren Kindern.

Immer seltener werden Frauen ermutigt, zukunftsreiche technische Berufe zu ergreifen oder sich weiterzuqualifizieren. [...] auch haben die Betriebe ihrer Partner wenig Verständnis, wenn diese einen Teil der häuslichen Pflichten übernehmen und damit für außerhalb der Arbeitszeit liegende [betriebliche] Verpflichtungen nicht verfügbar sind. So schrumpft allmählich die Motivation junger Männer, sich an diesen Pflichten zu beteiligen. [...] in zunehmendem Maße wird diese Situation als ‚natürlich‘, bestenfalls als derzeit nicht veränderbar hingestellt und aus einer m.E. Schein-‚Not‘ eine Tugend gemacht. So werden immer häufiger in der Presse und in anderen Medien der Aufstieg junger aufstrebender Männer gezeigt, ohne ein Wort darüber zu verlieren, daß ihr berufliches Fortkommen nur möglich ist, weil ihre Frau zurücksteckt, die Kinder allein übernimmt und alle anderen Dinge des täglichen Lebens erledigt.

(Aus meinem Leserbrief an die Wochenzeitschrift *Die Weltbühne* vom Juli 1989)

[...] nach wie vor ist das Interesse von Mädchen an Technik-Berufen nicht sehr stark, selbst wenn sie sie ergreifen, ist die Fluktuation (meist in ‚weibliche‘ Berufe) sehr groß. Daran ändern auch Frauenförderungspläne wenig, die [...] von Frauen nicht selten [...] als diskriminierend empfunden werden. [...] Auch Ihre Feststellung, daß Frauenberufe schlechter bezahlt werden, stimmt in vielen ‚klassischen‘ Berufen nicht mehr [...] Der springende Punkt scheint mir zu sein, daß es viele objektive Kriterien gibt, die Frauen hindern und die durch administrative Maßnahmen kaum aus der Welt zu schaffen sind – schlechte Dienstleistungen und Versorgungslücken; der unerlässlich hohe Arbeitsaufwand für Leitungstätigkeiten und wissenschaftliche Arbeiten; die psychische Situation von Kindern; der generell zu hohe Arbeitsaufwand, der verkürzte Arbeitszeiten von Frauen und Männern nicht gestattet.

(Aus der Antwort der Redakteurin Heidemarie Hecht der Zeitschrift *Die Weltbühne* vom 9. August 1989, in der sie begründet, warum sie den Beitrag „in dieser Fassung [...] nicht veröffentlichen möchte“.)

In den offiziellen Medien, in den Antworten auf Leserbriefe oder in öffentlichen Aussprachen

wurde die berufliche und damit finanzielle Frauen- und Mädchendiskriminierung naturalisiert und damit aus der Verantwortung der Politik in die der Betroffenen geschoben. Vor der Wende wurden diese frauendiskriminierenden Praxen nur in der Fachliteratur und in der Belletristik kritisch reflektiert. Die unmittelbar nach der Wende publizierten zahlreichen kritischen Bilanzen der DDR-Frauenpolitik zeigen, dass es eine beträchtliche Anzahl vorher durch Selbst- und Fremdzensur zurückgehaltene nicht publizierte Materialien gab.

Zeitzeugnisse zu Erscheinungen des Antifeminismus an DDR-Hochschulen

Die höheren Bildungs- und Forschungseinrichtungen in der DDR, insbesondere in den Sozial-, Kunst- und Geisteswissenschaften, ließen sich nicht völlig von der kulturgeschichtlichen Entwicklung in der übrigen Welt abschotten. Die neuen Erkenntnisse feministischer Wissenschaftlerinnen demonstrierten u.a., dass die Frauendiskriminierung ein Ergebnis der patriarchalen Strukturen ist und kein „natürlicher“, den Frauen selbst anzulastender Zustand. Einer kleinen, aber zunehmenden Zahl von DDR-Akademikerinnen und einer noch kleineren Schar von Akademikern wurde klar, dass das keineswegs nur für die kapitalistische Welt zutrif. Im letzten Jahrzehnt der DDR musste der ideologische Frontalangriff auf den Feminismus etwas subtileren Formen der Ablehnung weichen:

Vor der Wende wurden frauendiskriminierende Praxen nur in der Fachliteratur und in der Belletristik kritisch reflektiert.

Das Gespräch [über ein feministisches Dissertationsthema] brachte folgende ablehnende Argumente ein: Das zu sehr landeskundlich orientierte Thema passe nicht in die [...] Forschungslinie, es sei zu umfangreich, auch hätten sie [der Doktorvater und weitere Institutsmitarbeiter] dazu nichts gelesen, weil diese Art Literatur nur eine Randerscheinung darstelle und ohnehin wohl eher einem Völkerkundler angemessen sei.

(Brief vom 20.2.1988)

Nach meinem Vortrag entspann sich eine [...] Diskussion über den konkreten Hintergrund der Arbeit. Da Marx, Engels und Bebel zur Frauenfrage nun wirklich schon genug gesagt hätten und unsere Auffassungen dazu also feststünden, sei die

Beschäftigung mit ‚race, class and gender‘ unnützlich. Die Frage sei mit ‚class‘ bereits entschieden. Ich sollte mich daher auf die Analyse einiger Romane konzentrieren und an ihnen die dargestellte Emanzipation der Frau untersuchen – ohne theoretische Abhandlungen über den für eine solche Dissertation ohnehin zu umfangreichen Feminismus zu schreiben. [...] [Es] sollte von vornherein vermieden werden, Literatur mit Begriffen wie ‚ethnisch‘ und ‚feministisch‘ abzuwerten, die dann wie störende Etiketten den Blick auf den Romancier versperrten.

(Brief der Promovendin an mich vom 2.6.88)

Institutionelle Duldung eines feministischen Projekts

[...] Aus den Reihen der letztgenannten [der ethnischen Minderheiten in Großbritannien] stammen die schwarzen Schriftstellerinnen, die jetzt auch in Großbritannien und nicht nur in den USA ihre ethnischen Anliegen, ihren Kampf gegen Rassismus, für eine multiethnische Gesellschaft und für den Weltfrieden künstlerisch gestalten. Da diese Gruppe das ungelernete Proletariat in GB mitrepräsentiert, entsteht hier eine neue britische Arbeiterliteratur, die es vorher nicht gegeben hat. In den Publikationen dieser Verlage wird das Bild des Widerstands gegen Sozialabbau und Friedensgefährdung stets mit dem Widerstand gegen die Unterdrückung der Frau verknüpft und insofern es sich durchwegs um Schriftstellerinnen handelt, werden die bedeutsamen Themen stets aus der Sicht der Sozialerfahrung und mit der Schreibweise der Frauen gestaltet. [...] Interessanterweise hat diese Thematik bei den Studenten und Nachwuchskräften viel Bereitschaft zur Mitarbeit ausgelöst.

(Vortragsmanuskript, Hanna Behrend, Mai 1988)

„Frauenliteratur und feministische Theorie“ war als ein Forschungsprojekt am Bereich Anglistik der Humboldt-Universität zu Berlin zugelassen, gehörte aber nicht zu den vom Ministerium für Volksbildung und/oder vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen geförderten Projekten. Es wurde im Rahmen der sogenannten wahlweise/obligatorischen Ausbildung (w/o A) bearbeitet, einer Lehrveranstaltung, die es Lehrkräften und StudentInnen ermöglichte, in einem

selbstgewählten Forschungsvorhaben zu kooperieren. Die Leitung dieser w/o Ausbildung lag in der Regel in den Händen eines Hochschullehrers/einer Hochschullehrerin, jedoch keineswegs immer in den Händen der Ordinarien.

In diesem Projekt erarbeiteten StudentInnen ihre Diplomarbeiten (diese entsprachen etwa einer Magisterarbeit) und, was unüblich war, auch Postgraduierte ihre Dissertationen und Habilschriften zu Themen, die Teil des Forschungsvorhabens „Frauenliteratur und feministische Theorie“ waren. Ergebnisse der Forschungen wurden von TeilnehmerInnen aus dem Lehrkörper stets in ihre übrigen Lehrveranstaltungen integriert und gegebenenfalls auch in von ihnen freiwillig geleistete Lehrerweiterbildungskurse eingebracht, die von den Schulbehörden in den Ferien organisiert wurden. Auch auf in- und ausländischen Konferenzen traten Projektteilnehmerinnen, darunter auch Studentinnen, mit Beiträgen aus ihrer Arbeit auf.

Aus dem Jahresforschungsbericht der Anglistik an der Humboldt-Universität zu Berlin von 1989

[...] Es existiert ein Forschungszirkel, an dem sich auch Studenten beteiligen, die ihre Diplomarbeit nicht aus dem Gebiet der englischen Literatur schreiben [also freiwillig teilnehmen]. Darüber hinaus wurde ein ‚Sonabendclub‘ ins Leben gerufen, zu dem sich bei Vf. regelmäßig Studenten, ehemalige Studenten, wissenschaftliche Mitarbeiter, Lehrer, u.a. treffen, um zu literarischen, literaturwissenschaftlichen, kulturwissenschaftlichen und soziologischen Problemen zu diskutieren. Die Zwanglosigkeit und Freimütigkeit des Gesprächs vereinigt die Erfahrungen von Generationen in unterschiedlichen Lebensbereichen beim Ringen um wissenschaftliche Standpunkte bei der Bewertung kulturpolitischer und künstlerischer Prozesse. Nicht zu unterschätzen ist die persönlichkeitsbildende Potenz dieser Zusammenkünfte in Bezug auf Lebensweise(n). [...] Von besonderer Bedeutung für die Einheit von Lehre und Forschung erweisen sich die Lehrveranstaltungen, [...] die von allen Projektmitgliedern des Bereichs entsprechend ihrer Forschungsschwerpunkte angeboten werden und in die die neuesten Ergebnisse unmittelbar Eingang finden. [...].⁸

⁸ Jahresforschungsbericht der Anglistik an der Humboldt-Universität zu Berlin von 1989, aus dem Beitrag des Bereiches Anglistische Literaturwissenschaft zum

Jahresforschungsbericht der Sektion Anglistik-Amerikanistik, 1. Textteil, 3 f, 1.5 Ausbildung im Rahmen der w/o A.

Auch wenn solche quer zur offiziellen Frauenpolitik stehenden Projekte die Kontinuität zu früheren Vorhaben betonten, die die Obrigkeit akzeptabel gefunden hatten, war es erst in den letzten Jahren der DDR möglich, dass sie einen solchen Grad innerbetrieblicher Öffentlichkeit erlangen konnten. Das war hauptsächlich drei Faktoren geschuldet: (1) Staat und SED-Parteiführung waren kein monolithischer Block entschlossen und imstande, jede widerständige Regung sofort niederzukartätschen. Innerhalb des hierarchisch aufgebauten Staats- und Parteiparates gab es häufig Konkurrenzkämpfe, persönliche Animositäten, Kompetenz- und Zuständigkeitsprobleme, die dazu führten, dass eine Instanz nicht wusste, was die andere, ebenfalls zuständige angeordnet hatte. Dies bot trotz zentralistischer Führung und repressiver Durchsetzung der von oben verordneten „Linie“ autonomen und subversiven Aktivitäten Raum, zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich viel. (2) Die Anglistik-Amerikanistik wurde von den Behörden als weniger politisch relevant angesehen als etwa die Germanistik oder Slawistik, weil die StudentInnen vor allem für das Lehramt ausgebildet und Englisch und Französisch an den allgemeinbildenden Schulen nur als zweite Fremdsprache neben Russisch gelehrt wurden. (3) Das politische Klima an der Anglistik-Amerikanistik in Berlin und an einigen anderen DDR-Bildungseinrichtungen zeichnete sich seit den 70er Jahren durch große Aufgeschlossenheit gegenüber neuen theoretischen Einsichten aus, darunter auch feministischen. Bestimmte Aktivitäten wurden verwässert oder gar nicht „nach oben“ gemeldet.

Vernetzung an feministischen Fragestellungen interessierter Forscherinnen

Nicht institutionell eingebunden war die im folgenden dokumentierte Vernetzung unter Kolleginnen verschiedener Universitäten und Disziplinen, die Verbindung einzelner Projektteilnehmerinnen zu Feministinnen an ausländischen Universitäten und Hochschulen, in unserem Fall meist zu Anglistinnen und Amerikanistinnen. Auch der „Sonnabendklub“ war eine private, in meiner Wohnung stattfindende relativ regelmäßige Zusammenkunft, an der neben Studentinnen und Lehrkräften auch Lehrerinnen und in anderen Berufen tätige Frauen teilnahmen.

[...] möchte ich Sie gerne fragen, ob Sie an einer Zusammenarbeit im Rahmen unseres Nachfolgeprojekts [...] interessiert wären. Es geht dabei um die Erforschung der modernen Literatur, bzw. der Aufarbeitung relevanten Erbes unter dem Einfluß der modernen Frauenbewegung. Dabei wollen wir auch die Literatur schwarzer, asiatischer und anderer ethnischer Gruppen von Frauen studieren. [...] Sollten Sie interessiert sein, würde ich Ihnen unsere ersten konzeptionellen Überlegungen zuschicken [...].

(mein Brief an eine Anglistin an einer anderen DDR-Universität vom 08.03.88)

[...] Ich bin sehr interessiert [...] Ich versuche, eine B [Habilarbeit] aus dem Thema zu machen, möchte mich auf das 20. Jahrhundert konzentrieren und habe ab August auch eventuell eine Doktorandin [...] zum Frauenroman. [...] Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit.

(Antwort vom 21.03.88)

[...] Mein Eindruck ist, daß die neuere und sehr faszinierende Literatur bei uns unbekannt und ein wenig suspekt ist. [...]

(Brief derselben Doktorandin vom 25.03.88)

[...] Wie schön, daß in R., im Unterschied zu L. und P., die Kollegen und Hochschullehrer Ihnen keine Steine in den Weg legen und über Thema sowie Zusammenarbeit mit uns nicht die Hände entsetzt über dem Kopf zusammenschlagen.

(Brief an diese vom 25.04.88)

Die informelle führte zur offiziellen Vernetzung in Gestalt von Kooperationsvereinbarungen, die von leitenden WissenschaftlerInnen der Einrichtungen unterzeichnet wurden und dann ihr von dieser genehmigtes Eigenleben führen durften.

[...] I. N. [Berliner Habildoktorandin] und ich sind sehr einverstanden, mit Ihrem Projekt eine Kooperationsvereinbarung einzugehen und gemeinsame wissenschaftliche Veranstaltungen, Material- und Informationsaustausch zu organisieren und Kontakte gemeinsam zu nutzen.

(Brief an die o.g. Doktorandin vom 03.10.88)

[...] Ich würde vorschlagen, daß wir pro Jahr für das Thema ‚Frauenliteratur‘ eine theoretische Veranstaltung planen [...]

(Antwort vom 23.09.88)

[...] Über ein Zustandekommen einer Kooperation mit der Germanistik in Berlin, mit H. Sch.,

freue ich mich sehr, da ich sie auf der Konferenz in Hamburg schätzen lernte.

(Brief einer anderen Anglistin vom 15.08.89)

In der Diskussion tauchten immer wieder Argumente auf, die die strukturelle Benachteiligung von Frauen als „natürlich“ und als freie Wahl der Frauen ansahen, die sie unabhängig von den gesellschaftlichen „Sachzwängen“ treffen.

[...] man kann nicht ‚die Frauen‘ unter einen Hut bringen. Man muß sich die Mühe machen zu differenzieren. Nicht jede will Mann und Kind/Kinder, nicht jede will sich qualifizieren, und wenn ich die naive Darstellung von Frau [...] in [...] lese, in dem die Berufswahl der Mädchen weitgehend von den Eltern/Müttern und Kindergärtnerinnen abhängt, bin ich gebremst: von Hause aus Ökonom, 10 Jahre als Auslandsmarktforscher tätig, habe ich mit alten und neuen Moralvorstellungen nur im Sinn, sie ökonomisch zu hinterfragen. [...] J.S. Mill [...] ist da hervorragend. [...]

(Brief einer Ökonomin, die Mitglied des „Sonnabendklubs“ war, vom 12.11.88)

[...] Selbstverständlich gibt es ‚die Frauen‘ ebenso wenig wie ‚die Männer‘, aber eine Genderproblematik gibt es, deren Bewältigung mit der ökonomischen Sicherstellung der Frauen im Beruf und in der Kinderaufzucht beginnt, aber [...] dort leider nicht endet. Politische Aktivität, sozialer Wandel und ökonomische Fortschrittsbewältigung ist doch ein komplexerer Prozeß als ich und viele andere es sich in den 40er und 50er Jahren vorgestellt haben, als wir meinten, der Sozialismus würde die Frauenfrage im Vorbeigehen und ohne unser spezielles Zutun lösen. [...] Natürlich haben Sie ganz recht, daß es unter den Frauen auch nicht wenige gibt, die sich mit ihrem eigenen Aufstieg, wie viele Männer auch, nur noch für die Erhaltung ihrer persönlichen Macht und Vorteile interessieren. Meinen Sie nicht, daß das zumindestens zu einem Teil an heutigen Leitungsstrukturen, an der allgemeinen politischen und ideologischen Reife u.u.a.m. liegen könnte?

(meine Antwort vom 15.12.88)

Die Kooperationsvereinbarung zwischen den Anglistik-Bereichen der beiden Universitäten zum Thema *britische und amerikanische feministi-*

sche Literatur aller Genres und feministische Literaturtheorie wurde im November 1988 unterzeichnet. Geplant waren zwei Habilarbeiten, sechs Dissertationen und 15 Diplomarbeiten zu feministischen Themen.

Ein erheblicher Teil der Vorhaben konnte bis zur Wende realisiert werden.

Die spezifische gesellschaftliche Situation der hier entstandenen Gegenöffentlichkeit

Die oben vorgestellten Textauszüge reflektieren eine in den letzten Jahren der DDR, ganz besonders seit 1985 (der Periode der von der DDR-Führung abgelehnten Perestrojkapolitik Gorbatschows) relativ verbreiteten Facette von Gegenöffentlichkeit. In der einen oder anderen Weise begannen sich in dieser Zeit vor allem fachlich qualifizierte und akademisch ausgebildete jüngere Frauen zunehmend kritisch zur Frauenpolitik und der ihr zugrunde liegenden Ideologie zu äußern.

Es waren Frauen, die die erklärten Ziele der sozialistischen Politik, z.B. die ‚Einheit von wissenschaftlich-technischen und sozialem Fortschritt‘, die ‚allseitig entwickelte Persönlichkeit‘, ‚die immer bessere Befriedigung der materiellen und kulturellen Lebensbedürfnisse‘ u.a.m. zunehmend verständnislos mit der Realität verglichen.⁹

Eine wesentliche Rolle als Vermittlerinnen dieser entstehenden feministischen Gegenöffentlichkeit spielten Schriftstellerinnen und Künstlerinnen. Die Germanistin Eva Kaufmann schreibt:

In den 70er Jahren betrachteten nicht wenige Autorinnen die realen Verhältnisse der DDR polemisch, weil sie zunehmend zu der Überzeugung gekommen waren, daß der Emanzipationsprozeß bei allem, was die Gleichberechtigungspolitik positiv gebracht hatte, kritisch bilanziert und energisch weitergetrieben werden mußte. Das war die Basis für Entwürfe eigenständiger alternativer Lebensgestaltung. In den 80ern verstärkten sich die Bedenken, ob die ursprünglichen Zukunftsvorstellungen zu realisieren wären, wenn auf dem praktizierten Weg der Gesell-

⁹ Ursula Schröter: *Die DDR-Frau und der Sozialismus – und was daraus geworden ist*. In: Eva Kaufmann/Ursula Schröter/Renate Ullrich: „Als ganzer Mensch leben“,

Lebensansprüche ostdeutscher Frauen, Bd.5, Hanna Behrend (Hg.): „Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft“. Berlin: trafoverlag 1997, 26.

schaftsentwicklung wie bisher weitergegangen würde.¹⁰

Bücher von Christa Wolf, Irmtraud Morgner, den früh verstorbenen Brigitte Reimann und Maxie Wander, von Helga Königsdorf, Helga Schubert, Helga Schütz, Gerti Tetzner und vielen anderen beförderten die kritische Wahrnehmungsfähigkeit großer Teile der weiblichen Leserschaft aller Schichten, ihre eigene Stellung in der Gesellschaft betreffend. Theaterstücke und Filme wie die Bühnenfassung von Brigitte Reimanns Roman „Franziska Linkerhand“ oder der Film „Die Legende von Paul und Paula“ und zahlreiche weitere Theater- oder Kinoereignisse wurden in Betrieben und Familien diskutiert und im Sinne kritischer Gegenwartsbetrachtungen ausgewertet.

In die Medien, die Tagespresse, in Rundfunk und Fernsehen, also in die offizielle, jeder Person zugängliche Öffentlichkeit, gelangte diese Kritik an der Frauen- und damit exemplarisch an der Politik der DDR im allgemeinen allenfalls in sehr verhüllter Form. Aber auch die dominante Öffentlichkeit konnte „nie das gesamte, stets in Bewegung befindliche System von Öffentlichkeiten vollständig kontrollieren oder selbst produzieren“ (Spehr); so konnte die Fachpresse gelegentlich als Medium dieser Gegenöffentlichkeit genutzt werden. Das System sah eine strenge Hierarchie bei der Zuteilung von Herrschaftswissen vor und daher war die Zensur bei diesen, von einer nur relativ kleinen Schicht der Bevölkerung genutzten Medien weniger rigide. So konnte Hildegard Maria Nickel ihren Aufsatz *Geschlechtersozialisation und Arbeitsteilung. Zur Kultur von Geschlechterunterschieden* in 4/1988 der *Weimarer Beiträge* veröffentlichen, in dem sie kritisch darauf verwies, dass die Möglichkeiten, „auf den ganzen Prozeß Einfluß zu nehmen und zwar im Sinne [...] der Realisierung sozialen und kulturellen Fortschritts für beide Geschlechter“ nicht ausreichend genutzt würden. Es gäbe „in unseren Erziehungs- und Bildungseinrichtungen bisher keine Erziehungsstrategien, die auf eine bewußte Aufhebung traditioneller Geschlechterverhältnisse abzielen“.¹¹

Selbst in der SED-Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, aller-

dings erst in der letzten Ausgabe (Einheit 12/89) war zu lesen:

Ohne jede Beschönigung muß festgestellt werden, daß wir in der Frauenpolitik dem Erfordernis nicht oder nur unzureichend Rechnung getragen haben, den Bedürfnissen und Ansprüchen der jungen Frauengenerationen [...] gerecht zu werden.¹²

Charakteristisch für die Tabuisierung von kritischen Äußerungen zu Aspekten der offiziellen Politik in der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglichen Medien, war es, dass ich 1989 beim offiziellen Schulbuchverlag der DDR in ein Lehrbuch für StudentInnen der Anglistik-Amerikanistik zwar diverse Texte britischer und US-amerikanischer Feministinnen aufnehmen, den oben zitierten Aufsatz von Frau Nickel jedoch nicht einmal als Übersetzungsübung ins Englische verwenden konnte.

Die Realität wurde zunehmend vielschichtiger: Frontale Angriffe, Demonstrationen und offenen öffentlichen Widerstand ahndeten die Behörden auch in den letzten Jahren der DDR mit repressiven Mitteln, auch die Observation suspekter BürgerInnen durch die Staatssicherheit nahm keineswegs ab. Aktivitäten, die jedoch nicht verboten, aber, weil mit der offiziellen politischen Zielstellung inkompatibel, eindeutig unerwünscht waren, blieben häufig von den Hütern der „Linie“ unverfolgt. Sie konnten sich vielfach nicht mehr durchsetzen und viele Aktivitäten blieben „oben“ auch unbemerkt, weil sie auf unteren und mittleren Ebenen geduldet wurden oder ihnen sogar mit Sympathie begegnet wurde. So entstanden ständig neue multiple Gegenöffentlichkeiten – darunter auch rechtskonservative bis neofaschistische. Mehrheitlich wollte die Gegenöffentlichkeit jedoch damals einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz, eine Formulierung, die im Prager Frühling entstanden war. Unter diesen demokratisch-humanistisch-ökologisch-pazifistisch-christlich-sozialistischen Gegenöffentlichkeiten spielten sozialistisch-feministische Vorstellungen unter qualifizierten und akademisch ausgebildeten Frauen eine wachsende Rolle. Diese Vorstellungen waren auch durch die neue westdeutsche, in den hier vorgelegten Zeitzeugnissen jedoch besonders durch die feministi-

¹⁰ Eva Kaufmann: *Erzählend die Welt anschauen – die kleine wie die große*. In: Kaufmann/Schröter/Ullrich: *„Als ganzer Mensch leben“*, a.a.O., 87 f.

¹¹ Hildegard Maria Nickel: *Geschlechtersozialisation und Arbeitsteilung. Zur Kultur von Geschlechterunterschieden*. In:

Weimarer Beiträge. 4/1988, 590 f.

¹² Kuhrig 1989: 1137, zit. nach: Schröter, *Die DDR-Frau und der Sozialismus*, a.a.O. Herta Kuhrig war die Leiterin der Frauenforschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR.

sche anglo-amerikanische „second wave“-Frauenbewegung befruchtet worden.

Gegenöffentlichkeit als Ort der Auseinandersetzung und Persönlichkeitsbildung

Bei all diesen künstlerischen und wissenschaftlichen feministischen Artikulationen ging es den Akteurinnen damals keineswegs um eine Abkehr von den ursprünglichen emanzipatorischen Zukunftsvorstellungen, sondern von dem praktizierten Weg der Gesellschaftsentwicklung, die immer weniger Chance bot, jene Zukunftsvorstellungen von sozial, wirtschaftlich und politisch gleichgestellten Geschlechtern, von Individuen, denen eigenständige Lebensgestaltung ermöglicht wird, zu realisieren. Christa Wolf hat diesen, dem hierarchischen und repressiven „realsozialistischen“ System geschuldeten emanzipatorischen Substanzverlust besonders eindrucksvoll in einem Gespräch mit der Germanistin Therese Hörnigk zwischen Juni 1987 und Oktober 1988 zum Ausdruck gebracht:

Als wir 15, 16 waren, mußten wir uns unter dem niederschmetternden Eindruck der ganzen Wahrheit über den deutschen Faschismus von denen abstoßen, die in diesen zwölf Jahren nach unserer Meinung durch Dabeisein, Mitmachen, Schweigen schuldig geworden waren. [...] Uns wurde dann ein verlockendes Angebot gemacht: Ihr könnt, hieß es, eure mögliche, noch nicht verwirklichte Teilhabe an dieser nationalen Schuld loswerden oder abtragen, indem ihr aktiv am Aufbau der neuen Gesellschaft teilnehmt, die das genaue Gegenteil, die einzige radikale Alternative zum verbrecherischen System des Nationalsozialismus darstellt. Und an die Stelle des monströsen Wahnsystems [...] trat ein Denkmodell mit dem Anspruch, die Widersprüche der Realität nicht zu verleugnen und zu verzerren, sondern adäquat widerzuspiegeln. [...] Wir damals Jungen waren zu lange in Vater-Sohn-, Mutter-Tochter-Beziehungen eingebunden, die es uns schwer machten, mündig zu werden. [...] viele meiner Generation [...] ließen es bei den alten beengenden, aber auch bequemen Bindungen,

anstatt im Prozeß der eigenen Reifung auch diese Beziehung [zu den alten antifaschistischen Widerstandskämpfern – H.B.] noch einmal in Frage zu stellen, sie von innen her neu zu formieren, mit einem neuen Verständnis auch für die Widersprüche, Konflikte der älteren Generation, für ihre Fehler, für die Gründe für die Fehler ihres Versagens in bestimmten Punkten.¹³

Immer tiefer wurde die Kluft zwischen Ideal und Anspruch einerseits und repressiver Realität andererseits.

Ohne Frage haben die hier geschilderten und ähnliche Aktivitäten, die in verschiedensten Zusammenhängen weitaus häufiger stattfanden als gemeinhin angenommen wird, auch insofern zur Aufrechterhaltung des moribunden politischen Systems beigetragen, als die Akteurinnen dieses

Mehrheitlich wollte die Gegenöffentlichkeit damals jedoch einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz.

ihren eigenen Fraueninteressen entsprechend modifizieren und allenfalls reformieren wollten und keineswegs im Sinne hatten, es zu beseitigen. Dennoch boten sie zugleich einer keineswegs geringen Anzahl von Frauen die Möglichkeit, sich eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, die ihnen als Ort von Auseinandersetzung und Verhandlung über das Thema Feminismus dienen konnte und den das System ihnen in der Öffentlichkeit verweigerte. Ohne diese Gegenöffentlichkeit wäre in der Zeit der Wende im Herbst 1989 wohl kaum eine so große Zahl von meist jüngeren Frauen geradezu explosionsartig an die ihnen nunmehr frei zur Verfügung stehende Öffentlichkeit getreten, hätte sich organisiert und versucht, ihre Reform- und Transformationsvorschläge zu realisieren.

Die Wende und danach

Ein nicht unbeträchtlicher Teil der damals engagierten Frauen hatte bereits vor der Wende ihrer Unzufriedenheit in der einen oder anderen Form Ausdruck verliehen, im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit wie oben dokumentiert oder außerhalb etwa unter dem Dach der Kirche oder in anderen Zusammenhängen. Die

¹³ Christa Wolf: *Reden im Herbst*. Berlin; Weimar: Aufbau Verlag 1990, 29 f. Vgl. auch: Christa Wolf: *Fortgesetzter*

Versuch. Aufsätze, Gespräche, Essays. Leipzig: Reclam 1980.

dabei gewonnenen Erfahrungen brachten sie in die zahlreichen frauenpolitischen, organisatorischen und theoretischen Nach-Wende-Projekte ein. So entstanden zwischen Ende Oktober und Ende Dezember 1989 der Unabhängige Frauenverband (UFV), die zwar kurzlebige¹⁴, aber in ihrer Blütezeit äußerst aktive unabhängige ostdeutsche feministische Organisation, die in den wenigen Monaten der „samtenen Revolution“ in allen Teilen der DDR riesigen Zulauf hatte. Unter ihrem Dach gründeten die verschiedenen Frauengruppen und -initiativen Frauenzentren, -cafés, -häuser, sie stellten Abgeordnete, Frauenbeauftragte, wirkten an den „Runden Tischen“¹⁵ mit, usw. An der Humboldt-Universität entstand das Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung, ZiF, das bereits in der ersten Nummer seines Bulletins im Juni 1990 ein Sachregister zu mehr oder weniger feministisch orientierten Forschungsarbeiten, die vor der Wende entstanden waren, von ForscherInnen aus allen Disziplinen veröffentlichte. Auch die bisher einzig zugelassene Frauenorganisation, der Demokratische Frauenbund, reformierte und öffnete sich feministischem Gedankengut.

Aus Gründen, die an dieser Stelle nicht erörtert werden können, war die Zeit eines allgemeinen demokratischen Aufbruchs, als dessen sehr aktiver Teil die neue unabhängige ostdeutsche Frauenbewegung wirkte, nicht mehr als ein kurzer

historischer Augenblick. Während die Mitfrauen des UFV noch Reformpapiere ausarbeiteten, wurden Betriebskindergärten geschlossen, die sozialen Leistungen abgebaut und Frauenarbeitsplätze in riesigem Ausmaß vernichtet. Bereits vor der Vereinigung, mit der Währungseinheit am 1. Juli 1990 begann dann auch der Niedergang der unabhängigen demokratischen Bürgerbewegungen, unter ihnen des UFV.

Die Form feministischer Gegenöffentlichkeit in der DDR hatte ihre durch die Spezifik der gesellschaftlichen Situation bedingten Eigenarten. Als das System kollabierte, schien es eine sehr kurze Zeit lang, als bedürfe es überhaupt keiner Gegenöffentlichkeit mehr, die Öffentlichkeit schien all den vielfältigen Interessen in der Bevölkerung gleichermaßen zugänglich. Wenn dieser Eindruck nicht sogar von Anfang an trog, so war er jedenfalls äußerst transitär. Ganz schnell gab es wieder eine Öffentlichkeit, die Herrschaftswissen selektierte und den multiplen Gegenöffentlichkeiten ihren Platz an der Peripherie zuwies. Damit ist Gegenöffentlichkeit allerdings nicht verschwunden. Als ein wichtiger Teil der Persönlichkeitsstruktur der AktivistInnen, der ihnen das Bewusstsein vermittelte, Subjekt und nicht Objekt der Geschichte zu sein, lebt sie fort und äußert sich an anderen Orten, zu anderen Themen und in anderen Zusammenhängen.

Dr. Hanna BEHREND (1922)

Dozentin für englische Literatur i.R., Herausgeberin der Schriftenreihe *Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft*, Veröffentlichungen zu englischer Literatur, feministischer Theorie und Frauen in der DDR/Ostdeutschland, Deutschland seit 1989.

¹⁴ Es gelang nicht, aus hoffnungsvollen Anfängen eine gesamtdeutsche Organisation oder wenigstens dauerhaft erfolgreiche Kooperationen zwischen dem UFV und westdeutschen Frauenorganisationen herzustellen. Der Frauenstreik von 1994 war die letzte gemeinsame gesamtdeutsche Aktivität, an der der UFV Anteil hatte. Als das Jahrhundert zu Ende ging (1998) hörte der UFV

als überregionale feministische Organisation auf zu existieren und auch die letzte von ihm inspirierte Frauenzeitschrift *Weiblick* gibt es nur noch im Internet. Nur noch regional bestehen einige Verbände fort.

¹⁵ Informelle Beratungen der Exekutive mit RepräsentantInnen aller politischen Parteien und Gruppierungen auf allen Ebenen.

Propaganda und Gegenpropaganda

Das „kalte“ Wechselspiel während der alliierten Besetzung in Österreich

Karin Moser

Krisen- und im speziellen Kriegszeiten führen stets zu einer Intensivierung der Propagandatätigkeit und Medienkontrolle. Dabei liegt das Prinzip vor, den politischen Gegner anzugreifen und zu demotivieren, während die eigene Klientel bzw. Bevölkerung für die partei- und/oder staatsinternen Ziele motiviert werden soll.

Im Zweiten Weltkrieg war das Vorgehen der kriegsführenden Mächte dementsprechend. Auf beiden Seiten wurden großangelegte Propagandaaktionen durchgeführt, auf beiden Seiten unterlag der gesamte Medienapparat einer strikten Kontrolle.

Unter den alliierten Mächten hatte die Sowjetunion das bereits am weitesten konzipierte Propagandasystem. Im postrevolutionären Russland wurde bereits 1918 mit dem Aufbau eines straffen Kontrollapparats begonnen, der Produktion, Zensur und Veröffentlichung von Medienprodukten der staatlichen Führung unterstellte und das bolschewistische Propagandamonopol sicherte.¹ Die Sowjetunion hatte damit einen gewaltigen Vorsprung vor den anderen alliierten Mächten, die oft erst im Verlauf des Zweiten Weltkrieges ihr mediales Kontrollsystem voll ausbauen konnten.

Eine weitere grundsätzliche Unterscheidung ergab sich durch die Wertung des Begriffs „Propaganda“ seitens der Sowjetunion und der anderen alliierten Mächte. Die ursprüngliche, aus dem Lateinischen stammende Bedeutung des Terminus „Propaganda“ – ausbreiten, verbreiten, erweitern – wurde in der politischen Praxis erweitert. Die noch relativ neutrale Wertung, wonach man unter Propaganda die Übertragung von Ideen

oder Werten von einer Person oder einer Gruppe von Personen zu anderen versteht², erfuhr in Verbindung mit dem Begriff „Manipulation“ eine pejorative Bedeutungsverschiebung. Manipulation verweist hierbei auf die missbräuchliche Nutzung der meinungsbildenden Wirkung der Massenmedien zur einseitigen Beeinflussung der Konsumenten.³

Allerdings liegt die Deutung dieser Termini stets im Auge des Betrachters und ist politisch und gesellschaftlich motiviert. Im bolschewistischen Russland waren die Begriffe „Propaganda“ und „Agitation“ durchaus positiv besetzt. Die Bolschewiken sahen sich als Propagandisten der einzig gültigen Wahrheit, die es zu verbreiten galt, um den sozialen und gesellschaftlichen Wandel im Sinne des Marxismus voranzutreiben. Die politische Manipulation fand hier ihre breite Anwendung, wurde von den Agitatoren als solche aber nicht verstanden.⁴ In den USA hingegen stand man dem Begriff „Propaganda“ bereits seit Ende des Ersten Weltkrieges sehr kritisch gegenüber. Die Amerikaner assoziierten mit dem Terminus stets den Kriegszustand. Propaganda galt als ein Phänomen des Krieges und war daher selbst negativ besetzt.⁵

Die politische und militärische Propagandaarbeit im und nach dem Zweiten Weltkrieg hatte demnach viele Erscheinungsformen und Namen. Die gegnerische Tätigkeit wurde dabei durchwegs als „Propaganda“ bezeichnet, wohingegen die eigenen Aktivitäten in den Bereich Informations-, Nachrichtendienst oder Öffentlichkeitsarbeit fielen. Speziell für die angloamerikanischen Mächte galt es, diese Begriffe zu unterscheiden. Während „propaganda“ mit negativen Inhalten operierte,

¹ Zur sowjetischen Kontrollpolitik ist folgender Sammelband erschienen: Marianna Tax Choldin/Maurice Friedberg (Hg.): *The red pencil. Artists, scholars and censors in the USSR*. London; Sydney; Wellington 1989.

² Richard Taylor: *Film Propaganda. Soviet Russia and Nazi Germany*. London; New York 1998, 7.

³ Jutta Gröschl: *Die Deutschlandpolitik der vier Besatzungsmächte in der Berichterstattung der deutschen*

Wochenschaun 1945-1949. Ein Beitrag zur Diskussion um den Film als historische Quelle. Berlin; New York 1997, 4.

⁴ Peter Kenez: *Cinema and Soviet Society 1917-1953*. Cambridge 1992, 1 f.

⁵ Siegwald Ganglmair: *Amerikanische Kriegspropaganda gegen das Deutsche Reich in den Jahren 1944/45*. Diss. Wien 1978, 9.

sollten „information“ oder „publicity“ die positiven Aspekte der eigenen Politik hervorheben.⁶ Die Bezeichnung „Information“ war dabei gut gewählt, da sie von der Definition her das positive Gegenstück zur Propaganda darstellte: „Information offers people opportunities, while propaganda tells them how to use those opportunities.“⁷

Zwischen Zusammenarbeit und Gegnerschaft – Die Propagandatätigkeit der alliierten Mächte in Österreich

In der Moskauer Deklaration über Österreich, die im Zuge der Moskauer Außenministerkonferenz im Oktober 1943 von Großbritannien, der UdSSR und den USA verabschiedet wurde, kamen die drei Mächte darüber überein, dass Österreich als das erste freie Land, das der Angriffspolitik Hitlers zum Opfer gefallen war, befreit und als unabhängiger Staat wiedererstehen sollte. In Hinblick auf ein künftiges souveränes Österreich wurden noch während des Zweiten Weltkrieges diverse Propagandaaktionen auf dieses Ziel hin ausgerichtet. Beispielsweise führte man in den Jahren 1943/44 sowohl in der Sowjetunion als auch in den USA Radiosendungen ein, die eigens für den österreichischen Raum gestaltet wurden. Diese Programme propagierten die Errichtung eines unabhängigen österreichischen Staates und unterschieden sich auch sonst in Inhalt, Aufbau und Sprache klar von jenen Sendungen, die für Deutschland vorgesehen waren.⁸

Mit Ende des Zweiten Weltkrieges wollten die alliierten Truppen möglichst schnell alle Medien unter ihre Kontrolle bringen, um sie für Zwecke der „reeducation“ und der Propagierung der Vor-

teile des eigenen Systems zu nutzen. Die nationalsozialistische Presse wurde sofort ausgeschaltet, die Redaktionen und Druckereien den Alliierten unterstellt und die Herausgabe eigener Zeitungen forciert. Rundfunkanlagen und -sender, Filmproduktionsfirmen und -ateliers wurden besetzt und im Sinne der jeweiligen alliierten Macht genutzt. Bald war der Aufbau der einzelnen alliierten Propaganda- und Informationsapparate in Österreich soweit fortgeschritten, dass die gesamte Medienlandschaft unter alliierter Kontrolle stand.

So vertrieb jede Besatzungsmacht ihre eigene Zeitung, und jede Macht hatte die Kontrolle über einen Rundfunksender und einen Filmbetrieb. Die Amerikaner verfügten über den *Wiener Kurier*, den Sender *Rot-Weiß-Rot*, das Sieveringer Filmatelier und das Film-Zentralbüro in der Siebensterngasse. Die Sowjets vertrieben die *Öster-*

Jede Bestatzungsmacht vertrieb ihre eigene Zeitung und kontrollierte einen Rundfunksender und einen Filmbetrieb.

reichische Zeitung und hatten das Wiener Funkhaus, das nach Rechtslage deutsches Eigentum war, beschlagnahmt. Für das Programm- und den Verwal-

tungsaufbau des Senders *Radio Wien* war allerdings ein von der österreichischen Bundesregierung bestellter öffentlicher Verwalter zuständig. Außerdem hatten die Sowjets die Rosenhügel-Studios und die dort ansässige Kopieranstalt übernommen. Die Briten brachten die *Weltpresse* heraus, gründeten die *Sendergruppe Alpenland* und konfiszierten das Schönbrunn-Atelier. Die Franzosen schließlich hatten in der *Welt am Abend* ihr Presseorgan, konnten über die *Sendergruppe West* operieren und über das Filmlager und -archiv in Penzing verfügen.⁹

Bereits am 1. Oktober 1945 erfolgte ein alliierter Beschluss über das Pressewesen in Österreich.

⁶ Gerda Treiber: *Großbritanniens Informationspolitik gegenüber Österreich 1945-1955. Publicity und Propaganda sowie deren Instrumente in Printmedien und Rundfunk. Dargestellt anhand britischer Dokumente.* Diss. Wien 1997, 211. Sowie Oliver Rathkolb: *Politische Propaganda der amerikanischen Besatzungsmacht in Österreich 1945-1950. Ein Beitrag zur Geschichte des Kalten Krieges in der Presse-, Kultur- und Rundfunkpolitik.* Diss. Wien 1981, 17.

⁷ Taylor, *Film Propaganda*, 12.

⁸ Reinhold Wagnleitner: *Coca-Colonisation und Kalter Krieg. Die Kulturmission der USA in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg.* Wien 1991, 136. Karl Vogelmann: *Die Propaganda der österreichischen Emigration in der Sowjetunion für einen selbständigen österreichischen*

Nationalstaat (1938-1945). Diss. Wien 1973.

⁹ Zu den genannten Medieneinrichtungen und -produkten vgl.: Marion Mittelmaier: *Die Medienpolitik der Besatzungsmächte in Österreich von 1945 bis 1955.* Dipl.-Arb. Wien 1992; Norbert P. Feldinger: *Der Nachkriegsrundfunk in Österreich. Zwischen Föderalismus und Zentralismus von 1945 bis 1957.* München; London; New York; Paris 1990; Oliver Rathkolb: *Die „Wien-Film“-Produktion am Rosenhügel. Österreichische Filmproduktion und Kalter Krieg.* In: Hans H. Fabris/Karl Luger (Hg.): *Medienkultur in Österreich. Film, Fotografie, Fernsehen und Video in der Zweiten Republik.* Wien; Köln; Graz 1988, 117-132.

Mit dem „Dekret über die Pressefreiheit in Österreich“ wurde die Vorzensur abgeschafft. Die Nachzensur blieb allerdings weiterhin in Kraft. Das Gesetz erlaubte jede Veröffentlichung, solange sie zu keiner Gefährdung der militärischen Sicherheit der Besatzungsmächte führte und keine Zwietracht unter den Alliierten säte. Zudem war die Verbreitung jedes nationalsozialistischen, großdeutschen und militaristischen Gedankengutes verboten.¹⁰ Bei allfälligen Zensur-entscheidungen beriefen sich die Mächte in der Regel auf dieses Dekret.

Die Umsetzung der alliierten Propagandaarbeit oblag den jeweiligen militärpolitischen Institutionen. Für Großbritannien und die USA wurden für den Bereich „Propaganda“ bzw. „Information“ die britische und die amerikanische *Information Services Branch (ISB)* sowie die amerikanische *Information Coordination Branch (ICB)* eingerichtet. Die *Division Information* war in der französischen Zone für den Bereich Information und Medien zuständig.¹¹ Innerhalb der politischen Hauptverwaltung der Roten Armee (GlavPURKKA)¹² war die Abteilung 7 für die Propaganda und die politische Strategie in den besetzten Gebieten verantwortlich. Ein Teil der sowjetischen Propagandastelle war der Sowjetische Informationsdienst, der die Informations- und Kulturpolitik sowie die Filmangelegenheiten koordinierte und die Leitung der sowjetischen Informationszentren, die als Gegenstück zu den Amerika-Häusern eingerichtet worden waren, überhatte.¹³ Grundsätzliche Planungen und Entscheidungen über Informations-, Propaganda- und Kulturpolitik erfolgten in den militärischen und außenpolitischen Zentralstellen (also etwa im Verteidigungs- und Außenministerium) der jeweiligen Besatzungsmacht.¹⁴

Zu Beginn der Besatzungszeit trafen sich die Propagandaziele der alliierten Mächte zumindest in

zwei eng miteinander verbundenen Bereichen: 1. Sollte der Nationalsozialismus, seine Ziele und Auswirkungen öffentlich verurteilt und bekämpft werden. 2. Sollte im österreichischen Bewusstsein die endgültige Trennung von Deutschland und die Neuorientierung in Hinblick auf einen selbständigen österreichischen Staat erfolgen. Auf dieser Ebene und aufgrund der Tatsache, dass im ersten Jahr der Besatzung noch prinzipiell Konsens unter den Besatzungsmächten herrschte, konnten die Alliierten im Bereich der Medien zunächst weitgehend kooperativ arbeiten. Journalisten aus Ost und West pflegten noch persönliche Kontakte.¹⁵ Eine Radiosendung mit Beteiligung aller Alliierten wurde kreiert und unter dem Namen „Alliierte Stunde“ von sämtlichen Rundfunkanstalten übertragen.¹⁶ Auf dem Gebiet der Filmproduktion zeigte sich die anfängliche Kooperationsbereitschaft besonders deutlich. So wurden bis ins Frühjahr 1946 alle Mitarbeiter der sowjetisch kontrollierten Rosenhügel-Studios von einer Abteilung der US-Armee bezahlt. Im Gegenzug produzierten die Rosenhügel-Studios kostenlos Filmkopien für die amerikanische ISB. Das Wiener Büro der US-Film Section betreute alle Sektoren Wiens inklusive der sowjetischen Zone und übernahm dazu den Verleih für alle deutschen konfiszierten Filme, für die britischen, französischen und selbst für die sowjetischen Produktionen.¹⁷

Der sich zunehmend abzeichnende Konflikt zwischen Ost und West erschwerte und beendete letztlich die interalliierte Kooperation auf dem österreichischen Mediensektor. Die Ereignisse der Jahre 1947-1949 – die kommunistische Machtübernahme in Ungarn und der Tschechoslowakei, der Abschluss des Brüsseler Verteidigungspaktes, der Auszug der Sowjets aus dem Alliierten Kontrollrat in Berlin anlässlich der in der Westzone eingeleiteten Währungsreform, die darauf folgende Blockade Berlins, die westalliierte Luftbrücke

¹⁰ Viktor Ergert: *50 Jahre Rundfunk in Österreich. Bd. II: 1945-1955*. Wien 1975, 54; Elfriede Sieder: *Die alliierten Zensurmaßnahmen zwischen 1945-1955. Unter besonderer Berücksichtigung der Medienzensur*. Diss. Wien 1983, 103; Mittelmaier, *Medienpolitik*, 102.

¹¹ Treiber, *Informationspolitik*, 48; Rathkolb, *Politische Propaganda*, 151-158; Barbara Porpaczy: *Besatzungspolitisches Kalkül oder Beitrag zur Identitätsstiftung? Frankreichs kulturelles Engagement in Österreich 1945-1960*. Diss. Wien 1999, 60 und 72.

¹² Glavnoe Političeskoe Upravlenije Raboče-Krest'janskoj Krasnoj Armii (Politische Hauptverwaltung der Roten Arbeiter- und Bauernarmee).

¹³ Zum Aufbau der sowjetischen Verwaltung in Österreich siehe: Wolfgang Wagner: *Die Besatzungszeit aus*

sowjetischer Sicht. Die Errichtung der sowjetischen Besatzungsmacht in Österreich von 1945 bis 1946 im Spiegel ihrer Lagerberichte. Dipl.Arb. Wien 1998, 42-80.

¹⁴ Briten und Franzosen verfügten zusätzlich noch jeweils über eine von der Information getrennte Abteilung für den Bereich Kultur. Für die amerikanische und sowjetische Besatzungsmacht gab es keine derartige organisatorische Unterteilung. Vgl.: Porpaczy, *Kalkül*, 331. Rathkolb, *Politische Propaganda*, 122.

¹⁵ Die Reihe existierte bis 1949. Vgl.: Wolfgang Müller: *Österreichische Zeitung und Russische Stunde. Die Informationspolitik der sowjetischen Besatzungsmacht in Österreich 1945-1955*. Dipl.Arb. Wien 1998, 174 f.

¹⁷ Wagnleitner, *Coca-Colonisation*, 307.

für Berlin, die Auseinandersetzungen zwischen Stalin und Tito, die erste erfolgreiche Zündung einer sowjetischen Atombombe, die Unterzeichnung des NATO-Paktes, die endgültige Teilung Deutschlands, der Konflikt in Korea und die Stalinistischen Säuberungsprozesse in Osteuropa – standen für den ersten Höhepunkt des Kalten Krieges und verlangten neue und gegensätzliche Propagandakonzepte für Ost und West.

Die Westintegration als grundlegende Komponente des Kalten Krieges in Österreich

Die Westintegration Österreichs, also die Ein- und Unterordnung der österreichischen Interessen unter das von den Amerikanern dominierte westliche Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, war die Grundvoraussetzung für die Herausbildung einer Ost-Westkonstellation im besetzten Österreich. Die Weichen dafür wurden schon im Jahr 1945 gestellt. Die anfänglich recht breite Zusammenarbeit zwischen der Regierung Renner und den sowjetischen Besatzern¹⁸ wurde zunehmend reduziert, der kommunistische Einfluss innerhalb der Regierung nachhaltig eingeschränkt und die Gründung einer österreichisch-sowjetischen Erdölgesellschaft verhindert. Der geringe Stimmenanteil der KPÖ (5,4 %) bei den Wahlen im November 1945 und die offensichtliche Distanzierung der Großparteien ÖVP und SPÖ von der kommunistischen Partei²⁰ ermöglichten die Einbindung Österreichs in das US-Hilfsprogramm. Umso mehr als im November 1947 der letzte kommunistische Minister aus der Regierung ausschied.

Das European Recovery Program (ERP), besser bekannt unter dem Namen „Marshallplan“, war auf die Rekonstruktion eines internationalen, auf amerikanische Bedürfnisse abgestimmten Wirtschaftssystems ausgerichtet. Dazu musste der politische, wirtschaftliche und militärische Einfluss der Sowjetunion möglichst eingeschränkt

werden. Die Vereinigten Staaten gingen daher daran, bilaterale Abkommen anderer Staaten mit der Sowjetunion zu verhindern, „linke“ Parteien und Gruppierungen, die bereit waren, mit der UdSSR zu kooperieren, intensiv zu bekämpfen und durch die Eingliederung möglichst vieler europäischer Staaten in die NATO die eigene militärische Position zu stärken.²¹ Österreich sollte in dieses Gesamtkonzept eingebunden werden. Auf wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Ebene waren die Amerikaner erfolgreich. Mit der Beteiligung am Marshallplan verpflichtete sich Österreich, die strikten Bedingungen des amerikanischen Wiederaufbauprogramms einzuhalten. Den USA war es so möglich, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu lenken und den eigenen Interessen unterzuordnen. Eine Besonderheit im Fall Österreichs war, dass auch die sowjetische Besatzungszone von der Marshallplanhilfe profitierte. Die Sowjetunion duldet folglich nicht nur Österreichs Teilnahme am amerikanischen Wiederaufbauprogramm, sie unterwarf ihre Zone bis zu einem gewissen Grad auch der amerikanischen Wirtschaftspolitik.²²

Die von den Amerikanern forcierte Einbindung Österreichs in ein westliches Militärbündnis wurde zwar durch die Remilitarisierung Österreichs in den Westzonen und die militärische Ausbildung österreichischer Sicherheitskräfte vorbereitet, scheiterte aber letztlich am vehementen Widerstand der Sowjetunion, die nur einen neutralen österreichischen Staat in die Unabhängigkeit entlassen wollte.²³

Mit der Westintegration Österreichs kristallisierten sich die Fronten immer deutlicher heraus. Auf der einen Seite kooperierten ÖVP und SPÖ intensiv und auf breiter Basis mit den Westalliierten. Auf der anderen Seite war die KPÖ auf das engste an die sowjetische Besatzungsmacht gebunden, auch wenn sie bei den Sowjets auf innenpolitischer Ebene weit weniger Unterstützung fand, als sie es erwartet hatte.

¹⁸ Zum Verhältnis österreichische Bundesregierung – sowjetische Besatzungsmacht siehe: Karin Moser: *Aktion und Reaktion. Strukturen der Politik der österreichischen Bundesregierung gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht 1945 bis 1955*. Dipl.Arb. Wien 2001.

¹⁹ Josef Leidenfrost: *Die Nationalratswahlen 1945 und 1949. Innenpolitik zwischen den Besatzungsmächten*. In: Günther Bischof/Josef Leidenfrost: *Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1949*. Innsbruck 1988, 134-136.

²⁰ Arnold Kopeczek: *Die amerikanischen Waffenlager, die*

„Einsatzgruppe Olah“ und die Staatspolizei im Kalten Krieg der fünfziger Jahre. In: Erwin A. Schmidl (Hg.): *Österreich im frühen Kalten Krieg 1945-1958. Spione, Partisanen, Kriegspläne*. Wien; Köln; Weimar 2000, 103 f.

²¹ Rudolf G. Ardel/Hanns Haas: *Die Westintegration Österreichs nach 1945*. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften*. Jg. 4, 1975/3, 380 f.

²² Maria Mesner: *Die Westintegration Österreichs und die österreichische Politik 1945-1948*. Dipl.Arb. Wien 1985, 103 und 109.

²³ Ardel/Haas, *Westintegration*, 392-394.

Im Zuge des Kalten Krieges konzentrierten die Westalliierten ihren Abwehrkampf auf den Kommunismus, während die Bekämpfung des Faschismus und Nationalsozialismus zugunsten der Westintegration Österreichs vernachlässigt wurde. Österreich vor dem Kommunismus zu „bewahren“ erschien den Westalliierten wichtiger.²⁴ Die Sowjetunion hingegen, die sich verglichen mit den anderen Alliierten anfangs noch am wenigsten der Frage der Nationalsozialisten widmete, forderte ab November 1945 ein rigides Vorgehen gegen die „Ehemaligen“.²⁵

Diese harte Linie brachte den sowjetischen Besatzern bei der ÖVP/SPÖ-Regierung und bei der österreichischen Bevölkerung nur wenig Sympathie ein.

Selbstdarstellung der Alliierten

Ein grundlegender Bestandteil der alliierten Propaganda lag in der Selbstdarstellung der jeweiligen Macht. Das eigene Volk, eigene Ideologien, gesellschaftliche und politische Systeme mussten in ein besonders positives Licht gerückt werden, um gegen die anderen Mächte bestehen und die spezifischen Ziele umsetzen zu können. Im folgenden werden die alliierten „Selbstbilder“ thematisiert. Es wird vor allem auf Material der Besatzungswochenschauen verwiesen, da dieses einen repräsentativen Überblick über aktuelle und kontinuierliche Bilder vermitteln kann.

Frankreich hatte erst im Jänner 1945 auf Betrei-

Wegen Abwehrkampfes gegen den Kommunismus wurde Bekämpfung von Faschismus und Nationalsozialismus vernachlässigt.

ben Großbritanniens eine Zone auf österreichischem Gebiet eingefordert. Ein Propagandakonzept für Österreich lag daher nicht vor. Die französische Politik wurde jedoch von Beginn an von Sicherheitsbestrebungen bestimmt. Der ehemals große Gegner Deutschland sollte nachhaltig geschwächt werden, weshalb Österreich politisch und geistig von Deutschland losgelöst werden musste. Man griff zu den Schlagwörtern „désannexion“ (Loslösung von Deutschland) und „réorientation“ (Neuorientierung der Bevölkerung).

Um in Österreich eine geistige Entnazifizierung zu betreiben, wollten die Franzosen neue geistige Nahrung anbieten. Denn darin sahen sie ihre

Berufung.²⁶ Militärische, finanzielle oder sonstige materielle Hilfe konnte das wirtschaftlich selbst schwer angeschlagene Frankreich nicht bieten.²⁷ Dieser Mangel sollte durch eine französische Kulturmission in Österreich kompensiert werden. Über Vorträge, Ausstellungen, Film- und Theateraufführungen zur französischen Kultur sollte auch das österreichische Kulturleben wiederbelebt werden. Umso mehr, als in der französischen Kultur- und Propagandapolitik für Österreich stets auf die geistige und mentale Verwandtschaft Frankreichs und Österreichs verwiesen wurde. Damit hob sich Frankreich in seiner Argumentation bewusst von den anderen Alliierten ab. Zugleich wurde dieses Bild der Nähe zwischen Österreich und Frankreich dem Verhältnis Deutschlands zu Österreich entgegengesetzt.²⁸

Es wurde demnach *eine kulturelle Brücke zwischen Paris und Wien geschlagen*,²⁹ wobei alle noch heute im österreichischen Bewusstsein gültigen stereotypen Bilder Frankreichs zum Einsatz kamen. Frankreich als das Land der Maler³⁰ und Litera-

²⁴ Oliver Rathkolb: *U.S.-Entnazifizierung in Österreich zwischen kontrollierter Revolution und Elitenrestauration 1945-1949*. In: *Zeitsgeschichte*. 11, Nr. 9/10, 1984, 315. Und Oliver Rathkolb (Hg.): *Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der U.S.-Militäradministration aus Österreich 1945 in englischer Originalfassung*. Wien; Köln; Graz 1985, 9.

²⁵ Oliver Rathkolb: *Historische Fragmente und die „unendliche Geschichte“ von den sowjetischen Absichten in Österreich 1945*. In: Alfred Ableitinger/Siegfried Beer/Eduard G. Staudinger (Hg.): *Österreich unter alliierter Besatzung 1945-1955*. Wien; Köln; Graz 1998, 148 und 153.

²⁶ Porpacz, *Kalkül*, 50-55.

²⁷ Elisabeth Starlinger: *Aspekte französischer Kulturpolitik in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1948)*. Dipl.Arbeit. Wien 1993, 11. Sowie Stefan Vogel: *Frankreich*

und die alliierte Besatzung in Wien 1945-1955. Dipl.Arbeit. Wien 1997, 212.

²⁸ Starlinger, *Kulturpolitik*, 68. Sowie Porpacz, *Besatzungspolitisches Kalkül*, 333.

²⁹ In Anlehnung an einen Beitrag der Austria Wochenschau Nr. 23 aus dem Jahr 1952 (AW 23/52) über einen Besuch Jean Cocteaus im Wiener Art-Club.

³⁰ PARIS – KUNST UND MODE. KOSTBARSTE MALEREI DER WELT (AW 43/52); WIEN – ALBERTINA ZEIGT WERKE MARC CHAGALLS (AW 10/53); NIZZA – HENRI MATISSE TOT, Das Weltjournal Nr. 2, 1954 (WJ 2/54); FRANKREICH – GEDÄCHTNIS-AUSSTELLUNG FÜR AUGUSTE RENOIR (WJ 30/55); PARIS – MAURICE UTRILLO TOT, Weltjournal Nr. 47, 1955 (WJ 47/55).

ten,³¹ als jenes Land, das sich in jeder Kunstform verstand – in der Kunst des Weinanbaus und der -verkostung³² und noch vielmehr in der Kunst, „die Frauenwelt noch schöner zu machen“. So widmete sich in den Jahren 1945-1955 die überwiegende Mehrzahl der Wochenschaubeiträge zu Frankreich dem Thema „Mode und Schönheit“.³³ In der Haute Couture war Frankreich maßgebend.³⁴

Frankreich setzte nach 1945 auf internationaler Ebene alles daran, seinen Rang als politische und kulturelle Kraft zurückzuerobert.³⁵ Als Besatzungsmacht sah man die Möglichkeit, durch eine kulturpolitische Etablierung in Österreich auch wieder mehr Einfluss über den östlichen Raum zu gewinnen. Österreich galt den Franzosen als „Sprungbrett in den Osten“.³⁶ Mit der Verhärtung der Ost-Westfronten wurde dieser „Sprung“ jedoch zunehmend erschwert. Frankreich zog mit den USA und Großbritannien an einem Strang und stellte sich gleichermaßen gegen die sowjetisch-kommunistische Politik. Aufgrund seiner militärischen und ökonomischen Schwäche spielte Frankreich, im Vergleich zu den beiden anderen Westmächten, jedoch nur eine Nebenrolle.

In den letzten Kriegsjahren und zu Beginn der Besatzung in Österreich war unter den Westalliierten noch Großbritannien der wichtigste Kontrahent der Sowjetunion. England versuchte mit Vehemenz jede Ausbreitung der sowjetischen Einflussphäre in Europa zu verhindern.³⁷ Ein Kalter Krieg zwischen der UdSSR und den USA war noch nicht abzusehen. Die britischen Informationsstellen waren von Beginn an darauf bedacht, ein eigenes Profil für die britische Besatzungsmacht zu entwickeln. Großbritannien stellte sich als friedliebende, starke, demokratische Nation dar, die nach Sicherheit und Wohlstand

für die ganze Welt strebte. Ein alternativer britischer Weg zu „Kapitalismus“ und „Kommunismus“ wurde angeboten – die „Third-Force-Propaganda“, mit der Großbritannien das System der Sozialdemokratie als Lösung für Europa propagierte. Der britische Sozialismus versprach die Sicherung eines höheren Lebensstandards, den Schutz vor Privilegienwirtschaft und Ausbeutung und sprach neben ideellen auch christliche Werte an, weshalb selbst die christlichen Parteien Europas diese Propagandalinie mittragen sollten.³⁸ Zielgruppe der Propaganda in Österreich war der einfache Durchschnittsbürger. Er sollte sich mit der Bevölkerung und dem politischen und sozialen System Großbritanniens identifizieren können. Um ein Gefühl der Verbundenheit zwischen Briten und Österreichern herzustellen, wurde beispielsweise in der britisch-amerikanischen Besatzungswochenschau „Welt im Film“ (WIF) auf Situationen, Lebensumstände und Bilder verwiesen, die auch der österreichischen Bevölkerung nicht fremd waren. Als eine Schlüsselfigur fungierte u. a. Mrs. Mary Kennan – *eine typische Vertreterin von Millionen englischer Hausfrauen*, wie der Kommentator feststellte.³⁹ Ein Tag in ihrem Leben zeugte davon, dass der Alltag der einfachen Briten, gleich wie in Österreich, noch ein „rationierter“ war. Das Angebot war noch gering. Mrs. Kennan muss sich in der Schlange anstellen, um zu ihrer Kartoffelration zu kommen, *allerdings funktioniert das Rationierungssystem so glatt, dass die Verteilung gerecht und gleichmäßig vor sich geht*. Auf dem Ernährungsamt holt sich Mary Kennan zusätzliche Babynahrung. Zudem wohnen die Kennans zu viert in einem Raum und hoffen schon seit geraumer Zeit auf die Zuweisung einer besseren Wohnung, weshalb die Hausfrau regelmäßig das Wohnungsamt aufsucht. Diese alltäglichen Szenen waren der österreichischen Bevölkerung sehr gut bekannt. Mit dem Beitrag wurde zugleich demonstriert, dass

³¹ PARIS – ANDRÉ GIDE TOT (AW 9/51); PARIS – FRANZÖSISCHE LITERATURPREISE, Blick in die Welt Nr. 49, 1952 (BW 49/52); STOCKHOLM – ÜBERREICHUNG DER NOBELPREISE [Nobelpreis für Literatur geht an Frankreich – Anm. der Autorin] (AW 52/52).

³² PARIS – GALA DES CHAMPAGNERWEINS (AW 29/50), FRANKREICH – DIE WEINBRÜDERSCHAFT (BW 15/51); PARIS – KRISTALLISCHER ZAUBER [Beitrag über Weinkristallgläser Anm. der Autorin] (AW 51/51).

³³ Exemplarisch nur einige Beispiele: FRANKREICH – INDISKRETIONEN ÜBER DIE PARISER FRÜHJAHRSMODEN, Les Actualités françaises Nr. 7, 1949 (AF 7/49); FRANKREICH – MODE VON JEAN BARTHET (BW 26/51); FRANKREICH – NEUE

BADEKOSTÜME (AW 16/53), WIEN – ANTONIO AUS PARIS FRISIERT (WJ 42/55).

³⁴ FRANKREICH – CHRISTIAN DIOR HAT FESTGESETZT – DIE RÖCKE WERDEN KÜRZER (AW 36/53)

³⁵ Thomas Angerer: *Frankreich und die Österreichfrage. Historische Grundlagen und Leitlinien 1945-1955*. Diss. Wien 1996, 139-141.

³⁶ Porpaczy, *Kalkül*, 54.

³⁷ Gerald Stourzh: *Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-55*. Wien; Köln; Graz 1998, 29.

³⁸ Treiber, *Informationspolitik*, 81f, 88 und 100f.

³⁹ ENGLAND – DER TAG EINER HAUSFRAU (WIF 142/48).

das britische Verteilungssystem tatsächlich ausgegogen funktioniert. Der Fortschritt und der Aufschwung des britischen Sozialstaates wurden zudem dadurch belegt, dass es den Briten, trotz noch angespannter wirtschaftlicher Lage im eigenen Land, möglich war, österreichische Kinder zu einem dreimonatigen Erholungsaufenthalt nach England einzuladen, aus dem diese letztlich „wohlgenährt“ und mit „neuen Kleidern“ versehen wieder zurückkehrten.⁴⁰ Großbritannien leistete Österreich überdies Wirtschaftshilfe, wie ein Beitrag über die Übergabe britischer Maschinen an Handelsminister Heigl unterstrich.⁴¹

Über das Thema „Wiederaufbau“ – eines der Schlagworte der österreichischen Besatzungszeit – wurde ebenso Gemeinsamkeit zwischen Großbritannien und Österreich vermittelt.⁴² Die Bilder vom zerstörten englischen Parlamentsgebäude erinnern an Aufnahmen aus dem zertrümmerten Wien. Und auch England wurde, wie der Beitrag zeigt, ganz in traditionellem, ursprünglichem Stil wieder aufgebaut.⁴³

Gleichfalls ein Symbol für die Verbundenheit zwischen Österreich und Großbritannien war, wenn auch nicht gezielt als solches eingesetzt oder erkannt, das englische Königshaus. Die britische Königsfamilie ist Teil der englischen Geschichte, Politik und Tradition und daher stets in der Berichterstattung berücksichtigt worden. Da aber gerade nach dem Zweiten Weltkrieg die Rückbesinnung auf die Habsburgermonarchie für das österreichische Selbstverständnis von grundlegender Bedeutung war, trugen die Berichte über das britische Königshaus dazu bei, das eigene österreichische Selbstbild in diesem Sinne zu stärken und sich über diese gemeinsame, traditionelle und historische Ebene mit Großbritannien verbunden zu fühlen.

Die Amerikaner, die vorerst keinerlei Interesse daran zeigten, eine Besatzungszone in Österreich zu übernehmen und sich erst auf Drängen der Sowjets letztlich doch dazu entschlossen, konnten über eine historische, kulturelle, politische oder ökonomische Identitätslinie zu Österreich, wie sie etwa die Franzosen und Briten schufen, wohl kaum operieren. Sie waren ökonomisch und finanziell viel besser gestellt als jede andere Macht – und eben diese Stärke verstanden sie auszuspielen. Die bedeutenden amerikanischen Hilfeleistungen für das Nachkriegseuropa sowie der progressive Entwicklungsprozess in Industrie und Technik waren zentrale Punkte der amerikanischen Selbstdarstellung. Immer wieder sollte demonstriert werden, dass die US-Führungsspitze geschlossen hinter der Wirtschaftshilfe für den europäischen Raum stand. General Marshall, Präsident Truman und General Eisenhower sprachen sich bei den verschiedensten Gelegenheiten nachhaltig für das US-Hilfsprogramm aus, was von der „Welt im Film“ sofort im Bild festgehalten wurde.⁴⁴ Es wurden Originaltonaufnahmen eingespielt, wodurch die Unterstützungserklärungen der Politiker noch mehr an Bedeutung gewannen. Umso mehr, da in dieser Zeit die Sprecherstimme die Beiträge dominierte und Originaltöne zu den Ansprachen nur selten zum Einsatz kamen. Truman wurde, wie ein Beitrag zeigt, nach einer Rede über das US-Hilfsprogramm vor dem Kongress in Washington von den Delegierten sogar mit „Standing Ovations“ bedacht. In diesem Bericht wurde das „amerikanische Sendungsbewusstsein“, Europa zur Hilfe zu kommen und den Weltfrieden erhalten zu müssen, besonders stark transportiert.⁴⁵

Die Auswirkungen der Marshallplanhilfe wurden vor allem in Menge und Masse demonstriert.

⁴⁰ UNSERE KINDER IN LONDON (WIF 130/47 oder 131/47) – Hier unterscheiden sich die Angaben des Wochenschauvorspanns (einzusehen im Filmarchiv Austria) und der *Österreichischen Kino-Zeitung*, Nr. 70, 29. November 1947.

⁴¹ BRITISCHE MASCHINEN FÜR ÖSTERREICH (WIF 131/47 oder 132/47) – Hier unterscheiden sich die Angaben des Wochenschauvorspanns (einzusehen im Filmarchiv Austria) und der *Österreichischen Kino-Zeitung*, Nr. 72, 13. Dezember 1947.

⁴² LONDON – DER WIEDERAUFBAU DES PARLAMENTS (WIF 146/48).

⁴³ Ein Parallelbeitrag zu den Wiederaufbauarbeiten für das österreichische Parlament findet sich im Jahr 1954. Vgl.:

WIEN – DIE SÄULENHALLE DES ÖSTERREICHISCHEN PARLAMENTS FERTIGGESTELLT (AW 50/54).

⁴⁴ USA – HILFE FÜR UNS (WIF 131/47 oder 132/47) – Hier unterscheiden sich die Angaben des Wochenschauvorspanns (einzusehen im Filmarchiv Austria) und der *Österreichischen Kino-Zeitung*, Nr. 72, 13. Dezember 1947. DIE U.S.-HILFE FÜR ÖSTERREICH (WIF 135/48), TRUMAN UND MARSHALL ZUR EUROPA-HILFE (WIF 140/48), GENERAL EISENHOWER IM FRANKLIN-INSTITUT IN PHILADELPHIA (WIF 143/48).

⁴⁵ TRUMAN UND MARSHALL ZUR EUROPA-HILFE (WIF 140/48).

Große massive Kräne waren notwendig, um die Hilfsgüter zu bewegen.⁴⁶ Arbeiter, die auf einem Berg gestapelter Saatgutsäcke stehen, wirken in der Aufnahme wie Ameisen. Die Menge der Hilfslieferung erscheint so noch riesiger.⁴⁷ Der Umfang der amerikanischen Unterstützung, deren grundlegende Bedeutung für das Vorankommen der österreichischen Wirtschaft und das Überleben der österreichischen Bevölkerung wurden im Kommentar stets betont:

*Die Hilfsmaßnahmen der Vereinigten Staaten umfassen neben Lebensmitteln, die Lieferung von Verbrauchsgütern, der verschiedensten Art. Kleidung, Medikamente, Kohle, Saatgut und Transportmittel gehören dazu. Selbst Benzin und Öl werden eingeführt. Die amerikanischen Lieferungen helfen hundert Tausenden die Zeit der Not zu überstehen.*⁴⁸

Markant für die amerikanische „Eigenpropaganda“ war der Einsatz von Superlativen. So wurde in Kalifornien *das größte Flugzeug der Welt* gebaut,⁴⁹ dieser *D-Zug der Lüfte* absolvierte schließlich einen erfolgreichen Probeflug,⁵⁰ in New York wurde in monatelanger Arbeit *das größte Spiegelteleskop der Welt* gegossen,⁵¹ *der größte und technisch innovativste Arbeitskran der Welt*⁵² wurde von den USA präsentiert und noch ein Wunder der Technik – *die größte Rechenmaschine der Welt*⁵³ – kam zum Einsatz. Unterstrichen wurden diese Sensationsmeldungen durch mehrstellige Zahlen, die das Gewicht, die Geschwindigkeit oder Leistungsfähigkeit des Produktes angaben.

Amerika stand somit für Reichtum und Modernität. Es repräsentierte aber auch ein neues Lebensgefühl. Massenwohlstand, Konsum- und

Unterhaltungskultur wurden vor allem über den amerikanischen Spielfilm und die sehr populären Rundfunkprogramme des unter US-Kontrolle stehenden Senders *Rot-Weiß-Rot* vermittelt. Jazz und Swing, Autos, Elektrogeräte und neue Genussmittel eroberten letztlich auch den österreichischen Markt.⁵⁴

Auf politischer Seite stellten sich die Vereinigten Staaten als die am besten gerüstete Schutzmacht gegen die weltweit „drohende kommunistische Gewaltherrschaft“ dar. Ihre Waffenstärke zeigte sich in Bildern von Stratosphärenraketen und Atomwaffenversuchen.⁵⁵

Die sowjetische Besatzungsmacht hatte von allen Alliierten die schwerste Ausgangsposition. Österreich war und ist ein Land mit antikommunistischer Tradition. Für die österreichische Monarchie, die sich schon seit den Türkenkriegen als Bollwerk gegen den Osten verstand,⁵⁶ bestätigte sich mit der Oktoberrevolution 1917 und der Exekution der Zarenfamilie das negative Russenbild. Zudem stellte die KPÖ selbst immer nur eine Minderheit dar. Auch in der Ersten Republik sammelten sich die „radikaleren Linken“ Österreichs vor allem um die revolutionären Sozialisten. Der Antikommunismus wurde im austrofaschistischen Ständestaat weiterverfolgt und erreichte im Nationalsozialismus durch die gezielte antibolschewistische und rassistische Propaganda („der Slawe als Untermensch“) seinen Höhepunkt. Die Ausschreitungen der Roten Armee bei ihrem Einmarsch am Ende des Zweiten Weltkrieges – die Plünderungen, Verschleppungen und Vergewaltigungen⁵⁷ – und die sowjetischen Demontagen verstärkten das ohnehin schon existente Negativbild, das viele Österreicher von „den Russen“

⁴⁶ U.S. HILFT GRIECHENLAND (WIF 131/47) – Laut Angaben des Wochenschauvorspanns (einzusehen im Filmarchiv Austria). Der Beitrag findet sich nicht in den Aufzeichnungen der *Österreichischen Kino-Zeitung*. Sowie DIE U.S.-HILFE FÜR ÖSTERREICH (WIF 135/48).

⁴⁷ SAATGUT AUS USA (WIF 146/48).

⁴⁸ DIE U.S.-HILFE FÜR ÖSTERREICH (WIF 135/48).

⁴⁹ DAS GRÖSSTE FLUGZEUG DER WELT (WIF 131/47 oder 132/47) – Hier unterscheiden sich die Angaben des Wochenschauvorspanns (einzusehen im Filmarchiv Austria) und der *Österreichischen Kino-Zeitung*, Nr. 72, 13. Dezember 1947.

⁵⁰ AMERIKAS GRÖSSTES PASSAGIERFLUGZEUG (WIF 139/48).

⁵¹ DAS ÜBER-FERNROHR (WIF 139/48).

⁵² DER GRÖSSTE ARBEITSKRAN DER WELT (WIF 142/48).

⁵³ WUNDER DER TECHNIK: DAS MECHANISCHE RECHENGENIE (WIF 145/48).

⁵⁴ vgl. dazu v.a. Wagnleitner, *Coca-Colonisation*, Kapitel: *Das Resultat: Die Kinder von Schmal(t)z und Coca-Cola*, 327-353.

⁵⁵ USA – VERSUCH MIT EINER STRATOSPÄHÄREN-RAKETE (AW 41/52), USA – DER RAKETENTOD (AW 51/54), USA – DIE TAKTISCHE ATOMBOMBE EXPLODIERT (AW 14/55), USA – ATOMBOMBEN-MANÖVER DER GESCHICHTE (AW 15/55).

⁵⁶ Wagner, *Besatzungszeit*, 34. und Ernst Hanisch: *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*. Wien 1994, 428.

⁵⁷ Klaus Dieter Mulley legt in: *Befreiung und Besatzung. Aspekte sowjetischer Besatzung in Niederösterreich 1945-1948*. In: Alfred Ableitinger/Siegfried Beer/Eduard G. Staudinger (Hg.): *Österreich unter alliierter Besatzung 1945-1955*. Wien; Köln; Graz 1998, 387-389 einige besonders erschütternde Gewaltverbrechen der Rotarmisten vor.

hatten.⁵⁸ Die Sowjets waren also von Beginn an mehr als jede andere Macht gefordert, ihr Öffentlichkeitsbild in ein positives Licht zu rücken. Die österreichische Bevölkerung sollte vorab mit den kulturellen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und sozialen Leistungen der UdSSR und ihrer Völker vertraut gemacht werden.⁵⁹

Im Zentrum stand immer das *Volk*, dem all diese Errungenschaften zugute kamen. Die Klassenunterschiede waren aufgelöst. So zeigte die Wochenschau das Zusammentreffen von kirgisischen Hirten und Künstlern des staatlichen Opern- und Ballett-Theaters.⁶⁰ Die Schauspieler kamen eigens für eine Opernaufführung in die kirgisischen Berge. Kunst und Kultur waren somit allen zugänglich.

Ein weiterer Aspekt der sowjetischen Propaganda war es, den Gemeinschaftssinn des Sowjetbürgers hervorzuheben. Jede Tätigkeit des Bürgers, ob im kulturellen, wissenschaftlichen oder wirtschaftlichen Bereich, hatte einen Mehrwert für die Allgemeinheit. Einzelne Personen wurden herausgegriffen, vorgestellt und ihre Leistungen für die Gemeinschaft präsentiert. So etwa der „Kandidat der biologischen Wissenschaften“, Jewsej Besenbiew (Evsej Besenbiew), der *in Kasachstan neue Sorten von Weizen und Roggen züchtet, die um vieles ertragreicher sind als früher*. Kolchosbauern besuchten den jungen Gelehrten, der sie über die neuen Sorten informierte, mit denen man letztlich eine Rekordernte erzielen konnte. *Die Errungenschaften der Wissenschaft werden so zu Errungenschaften der Bauern.*⁶¹

Im Gegensatz zur amerikanischen Wirtschaftsberichterstattung, deren Schwerpunkt auf dem Gebiet Industrie und Technik lag, dominierte in der sowjetischen noch der Bereich Landwirtschaft. Die propagierten Produktionssteigerungen betrafen zumeist den Ernteertrag. Die Fortschritte wurden auf das selbständige Erstellen der Arbeitspläne, auf neue Erkenntnisse im Bereich der Agrotechnik und auf den Einsatz neuer Maschinen für die Landwirtschaft zurückgeführt.⁶² Aufnahmen von der industriellen Erzeugung von Radio- und Fernsehgeräten bewiesen aber, dass auch die UdSSR erste Wege zur Massenproduktion beschritt.⁶³

Während Amerikaner, Briten und Franzosen die österreichische Bevölkerung über die Werte und Prinzipien der westlichen Demokratie informierten, gingen die Sowjets daran, die Besonderheiten der Volksdemokratie zu propagieren. In der Volksdemokratie wurden *einfache Arbeiter* wegen ihrer *hervorragenden Arbeitsleistung* von ihren Kollegen in den Obersten Sowjet der UdSSR gewählt. In diesem Fall waren die neuen Deputierten ein Grubenarbeiter und eine Textilarbeiterin.⁶⁴

Hier zeigte sich ein weiterer Aspekt der sowjetischen Propaganda – Frauen kam eine besondere Stellung zu. Ihre Erfolgchancen und ihre Leistungen im volksdemokratischen System wurden betont.⁶⁵ Die sowjetischen Wochenschaubilder vermittelten somit ein völlig anderes Frauenbild als die anderer Aktualitätsschauen der Besatzungszeit. In den nicht-sowjetischen Beiträgen war der Frau eher eine traditionelle und dekora-

⁵⁸ Heinz Gärtner: *Zwischen Moskau und Wien. Analyse einer sowjetabhängigen Kommunistischen Partei. Studien zur österreichischen und internationalen Politik. Bd. 3.* Wien 1979, 93. Auch das Image der französischen Soldaten war nach Plünderungen, Gewalttätigkeiten und Beschlagnahmen im Österreich des Jahres 1945 schwer angeschlagen. Vgl.: Vogel, *Alliierte Besatzung*, 128-141.

⁵⁹ Rathkolb, *Politische Propaganda*, 466 und 534-536.

⁶⁰ UDSSR – ZU GAST BEI DEN VIEHZÜCHTERN IN DER KIRGISISCHEN REPUBLIK (AW 40/51).

⁶¹ UDSSR – ERRUNGENSCHAFTEN DER WISSENSCHAFT AUF DEN FELDERN DER KOLCHOSEN (AW 50/50).

⁶² vgl. u.a.: GEORGIEN – ZITRONEN – UND ORANGENERNTE (AW 23/50), UDSSR – NEUE HEUMÄHMASCHINEN (AW 38/51), UDSSR – AUF DEN BAUMWOLLFELDERN USBEKISTANS (52/51), UDSSR – AUF DEN FELDERN ASERBAIDSCHANS (AW 8/52), UDSSR – MANDARINENERNTE IN GEORGIEN (AW 9/53).

⁶³ UDSSR – MASSENPRODUKTION VON FERNSEHGERÄTEN (AW 13/52), UDSSR – RADIOWERK IN RIGA (AW 8/53).

⁶⁴ UDSSR – DEPUTIERTE DES VOLKES (AW 27/50).

⁶⁵ AUSSTELLUNG „DIE FRAU IM LANDE DES SOZIALISMUS.“ In: *Wir sind dabei*, Nr. 2 aus dem Jahr 1949 (WSD 2/49), KIEW – EIN WEIBLICHER FABRIKSDIREKTOR IN KIEW (WSD 9/49), MOSKAU – VORBILDICHE ARBEITERINNEN IN MOSKAU (WSD 24/49).

⁶⁶ Vor allem der Bereich „Die Frau und die Mode“ dominieren die Wochenschauen (nicht nur in den Jahren 1945-1955). Vereinzelt gab es Veranstaltungen im Rahmen eines Frauentages. Doch hier kamen meist allgemein formulierte Ziele zur Sprache, während frauenspezifische Fragen vernachlässigt wurden. Vgl.: TIROL – DER INTERNATIONALE FRAUENTAG (AW 23/53), KÄRNTEN – JUBILÄUMSFRAUENTAG IN KLAGENFURT (AW 23/55).

tive Rolle⁶⁶ zugeordnet mit *der Familie als un-mittelbaren und naturgewollten Wirkungsbereich der Frau*.⁶⁷

Die Sowjetunion präsentierte sich in der Wochenschau nahezu nie über die militärische Ebene. Selbst bei einer der wenigen Aufnahmen von einer Militärparade, wie jene zum 36. Jahrestag der Oktoberrevolution, wurde auf die Friedfertigkeit des sowjetischen Volkes verwiesen. Der Kommentator schloss mit den Worten:

*In der anschließenden und gewaltigen Demonstration gab die Moskauer Bevölkerung ihrem entschlossenen Willen zur friedlichen Arbeit und zur Erhaltung des Friedens Ausdruck.*⁶⁸

Zu beachten ist allerdings der oft parallele Einsatz der Begriffe „Friede“ und „Kampf“. In „Wir sind dabei“, Nummer 17 des Jahres 1949 werden die Begriffe „Kampf“ und „Friede“ in Wortverbindungen oder allein stehend neun- bzw. viermal verwendet. Dabei setzte man die Termini dreimal im Schlagwort „Kampf um den Frieden“ ein.

Die sowjetischen Völker wurden den Österreichern als erstrebenswertes Vorbild präsentiert. Eine Verbundenheit der Sowjetvölker mit dem österreichischen Volk konnte aber meist nur über Veranstaltungen der Österreichisch Sowjetischen Gesellschaft (ÖSG)⁶⁹ bzw. über die österreichische kommunistische Bewegung vermittelt werden.⁷⁰ Dabei wurden aber stets Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt, wie etwa die Parteigänger von ÖVP und SPÖ und im speziellen der Kreis der ehemaligen Nationalsozialisten. Damit schaffte es die sowjetische Propaganda nicht, die österreichische Bevölkerung über eine breite Ebene, abseits von parteipolitischen Belangen, anzusprechen und für sich zu gewinnen.

Strukturen der Propagandaarbeit

Nach der Sicherung von Informations- und Medieneinrichtungen und der Etablierung eigen-

er Medienprodukte konnten die alliierten Mächte, aber auch die Vertreter der politischen Parteien ihre Propagandaarbeit beginnen. Es reichte aber nicht aus, Eigenpropaganda zu betreiben, es musste vielmehr auf ungewünschte Propaganda reagiert oder diese schon vorab verhindert werden. Hier zeigte sich sehr deutlich die Zusammenarbeit innerhalb eines Lagers und der Schlagabtausch zwischen den beiden Lagern. Im folgenden sollen daher Grundstrukturen dieser Zusammenarbeit nachgezeichnet werden. Da sowjetische und kommunistische Quellen bisher nur restriktiv zugänglich waren, muss die westalliierte und österreichische Position als Ausgangspunkt genommen werden. Die sowjetisch-kommunistische Haltung kann aber trotzdem reflektiert werden. Vor allem die ÖVP/SPÖ-Regierung führte einen recht gut dokumentierten Kampf gegen die sowjetische und kommunistische Propaganda.

Die sowjetischen Völker wurden den Österreichern als erstrebenswertes Vorbild präsentiert.

Mit Hilfe dieser Unterlagen wird zudem die aufeinander abgestimmte Propagandaarbeit von Regierung und Westalliierten ersichtlich.

Das Blockieren unerwünschter Propaganda

Eine wirksame Methode, der Verbreitung eines unliebsamen Medienprodukts Einhalt zu gebieten, war die Beschlagnahme desselben. Zeitungen und Plakate sollten auf diesem Weg aus dem Verkehr gezogen werden. Ein solches Unterfangen war aber nicht immer erfolgreich. So wollte die österreichische Bundesregierung im Jahr 1948 eine Auflage der Zeitung *Stimme der Frau* und zwei Plakate „mit Schmähungen gegen den Bundeskanzler und den Vizekanzler“ beschlagnahmen. Die sowjetische Besatzungsmacht untersagte jedoch die Einziehung der Ausgabe. Die auf österreichische Weisung entfernten Plakate mussten letztlich wieder angeschlagen werden. Die Regierung legte daraufhin Protest beim sowjetischen Hochkommissar und beim Alliierten Rat ein.⁷¹ In

⁶⁷ Entnommen dem Kommentar zu einer Veranstaltung der christlich-demokratischen Frauen: SALZBURG – INTERNATIONALE TAGUNG „FRAU UND VOLK“ (AW 37/53).

⁶⁸ UDSSR – 36. JAHRESTAG DER OKTOBERREVOLUTION (AW 51/53).

⁶⁹ WIEN – ZWEITER KONGREß DER ÖSG (WSD 2/49), Österreich – Die österreichisch-sowjetischen

Kulturwochen (WSD 17/49), Wien – Tombola der ÖSG in Floridsdorf (WSD 17/49).

⁷⁰ WIEN – VOLKSFEST DER KPÖ IN OTTAKRING (WSD 13/49), Wien – Volksstimmefest im Prater (WSD 15/49).

⁷¹ Archiv der Republik (AdR), Ministerratsprotokoll (MRP) 105, 23. März 1948.

einem anderen Fall war die Regierung erfolgreich. Die Extra-Ausgabe des kommunistischen Blattes *Der Abend* wurde am 14. Juni 1948 eingezogen, da darin ein Bericht unter dem Titel „Raub der Regierung am österreichischen Volk“ veröffentlicht worden war.⁷²

Innerhalb der Regierung überlegte man wiederholt, ob die Beschlagnahme einer kommunistischen Zeitschrift überhaupt zweckmäßig sei. Schließlich gewann das Blatt dadurch an Popularität. Doch letztlich sprachen sich die Regierungsmitglieder sogar für den vermehrten Einsatz dieser Maßnahme aus.⁷³ Parallel dazu bedienten sich die sowjetischen Besatzer derselben Mittel. Noch im Februar 1955 beschwerte sich der Verband der österreichischen Zeitungsherausgeber über die andauernden Beschlagnahmen von Zeitungen durch die sowjetische Besatzungsmacht.⁷⁴

Doch selbst sowjetische Beschlagnahmeaktionen konnten zuweilen erfolgreich sabotiert werden. Auf einem Plakat der ÖVP, das im Anschluss an die Vier-Mächte-Konferenz in Berlin affiziert wurde, waren Bilder von der Tagung zu sehen sowie ein großes „Njet“ zu lesen, womit die Schuld am neuerlichen Scheitern der Staatsvertragsverhandlungen eindeutig den Sowjets zugewiesen wurde.⁷⁵ Die sowjetischen Besatzer forderten die sofortige Entfernung des Aushangs durch Polizei und Gendarmerie und erklärten, die Beamten persönlich zur Verantwortung zu ziehen, sollten die Plakate nicht beseitigt werden. Der Innenminister lehnte dieses Verlangen ab und gab den Sicherheitsdirektoren für Niederösterreich, Burgenland und Mühlviertel die Anweisung, dem sowjetischen Befehl nicht Folge zu leisten.⁷⁶ Der Sachverhalt wurde vor den Alliierten Rat gebracht, da die Bundesregierung der Meinung war, dass die von den Sowjets geforderte Maßnahme einen einstimmigen alliierten Beschluss voraussetzte.⁷⁷ Die Westmächte schlossen sich dieser Argumentation an. Der stellvertretende sowjetische Hochkommissar machte hingegen auf den provokanten Charakter des Plakats aufmerksam, das Feindseligkeiten der österreichi-

schen Bevölkerung gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht fördern würde. Er berief sich auf die bestehende Presseverordnung, wonach Angriffe auf die Besatzungsmächte untersagt waren. Die amerikanische Unterstützung der Bundesregierung wurde in dieser Frage von ihm besonders angegriffen:

Such protection can only be explained as being inspired by the special interest of the U.S. Element in the dissemination by the Austrian authorities of hostile propaganda against one of the occupying powers.

Im Gegenzug machte der amerikanische Vertreter auf das willkürliche Zensurverhalten der Sowjets aufmerksam, zu dem sie weder berechtigt gewesen wären noch Veranlassung gehabt hätten:

In our opinion, this placard was a true reflection of the Austrian disappointment over the failure of one of the occupying powers to honour at Berlin its ten-year old commitment to grant Austria a long overdue freedom.⁷⁸

Letztlich verfassten die Westmächte eine Resolution, in der sie bestätigten, dass sich die österreichische Exekutive, in Übereinstimmung mit der österreichischen Gesetzgebung, an die Weisungen ihrer vorgesetzten und somit österreichischen Stellen zu halten hat. Nach Angaben des Innenministers wurde kein einziges dieser Plakate von einem österreichischen Organ entfernt. Die Sowjets mussten die Aushänge selbst abnehmen.⁷⁹

Ein weiteres Mittel unliebsame Propaganda vorab zu unterbinden war der Einsatz von Zensurmaßnahmen. Zu Beginn der Besatzung wurden die Zensurbestimmungen in den Westzonen noch weit rigoroser gehandhabt als im sowjetischen Teil. Vor allem die Amerikaner legten besonderen Wert auf ein gut organisiertes Zensursystem. Im Herbst 1945 begannen die Sowjets auf Betreiben der amerikanischen Besatzung Zensurmaßnahmen anzuwenden. In der Folge intensivierten die

⁷² AdR, MRP 116, 15. Juni 1948.

⁷³ AdR, MRP 105, 23. März 1948; MRP 115, 8. Juni 1948; MRP 116, 15. Juni 1948.

⁷⁴ AdR, MRP 81, 22. Februar 1955.

⁷⁵ Manfred Rauchensteiner: *Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955*. Graz 1979, 326.

⁷⁶ AdR, MRP 42, 16. März 1954 sowie *Wiener Zeitung*, 18. März 1954.

⁷⁷ AdR, MRP 43, 23. März 1954.

⁷⁸ Allied Council of the Allied Commission for Austria (ALCO) 217, Meeting, 30.4.1954.

⁷⁹ Oskar Helmer: *50 Jahre erlebte Geschichte*. Wien 1957, 257.

sowjetischen Besatzer deren Einsatz und hielten als einzige Macht bis Ende August 1953 uneingeschränkt an ihnen fest.⁸⁰

Von der Staatsspitze wurde die sowjetische Zensur im Bereich des Rundfunks besonders kritisiert.⁸¹ So verlangten die sowjetischen Besatzer 1947, vorab alle Ansprachen von Regierungsmitgliedern, die über *Radio Wien* ausgestrahlt werden sollten, zur Zensur vorgelegt zu bekommen. Von dieser Regelung sollten einzig die Vorträge des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers und des Außenministers ausgenommen sein. Diese Forderung wurde vom Ministerrat strikt abgelehnt.⁸² Trotzdem versuchten die Sowjets wiederholt, Reden der Regierungsmitglieder aus dem Rundfunkprogramm zu streichen.⁸³

Die britische Besatzungsmacht zensierte ebenso wiederholt die Reden von Mitgliedern der Kärntner Landesregierung. Ein österreichischer Protest blieb nicht aus.⁸⁴ Zumeist wurde aber die westalliierte Kontrolle und deren Zensur bei den Sendeanstalten nicht thematisiert. Es gab überwiegend Beschwerden über die sowjetische Rundfunkpolitik. Zurückzuführen ist dies auf die allgemeine Akzeptanz der westalliierten Rundfunkideologie. Die britische und amerikanische Zensur war viel unauffälliger als die sowjetische. Außerdem arbeiteten die österreichischen Programmgestalter mit den westalliierten Leitern zusammen und versuchten, deren Vorstellungen möglichst gerecht zu werden.⁸⁵

Am Beispiel der „Austria Wochenschau“, die vor ihrer Erstaustrahlung den sowjetischen Besatzungsbehörden zur Zensur vorgelegt werden musste, zeigt sich, dass die sowjetische Zensur nicht immer „gründlich“ arbeitete. Im Juli 1953, also noch vor der offiziellen Aufhebung der Zensur, brachte die „Austria Wochenschau“ einen Bericht über den Aufstand ostdeutscher Arbeiter gegen das SED-Regime.⁸⁶ Anlass dafür war die Erhöhung der Arbeitsnorm auf etwa zehn Prozent. Die Wochenschau zeigte das volle Ausmaß

der Unruhen: Kommunistische Parteigänger werden tödlich angegriffen und müssen von der Volkspolizei geschützt werden. Eine rote Fahne wird verbrannt, auf dem Brandenburger Tor wird die deutsche Flagge gehisst, Feuer wird gelegt, Fenster werden eingeworfen. Letztlich greifen die Sowjets ein. Panzer eröffnen das Feuer. Der Sprecher schließt mit den Worten: *Die Demonstrationen in Ostberlin fanden in der ganzen Sowjetzone Widerhall. Demonstrationen gleicher Art offenbarten das Gesicht eines ungeahnten Ostdeutschlands.* Dass dieser Beitrag in den Unterlagen der Austria Wochenschau nicht mit dem Vermerk „Russenzensur“ versehen worden ist und daher in unzensurierter Form erhalten blieb, ist erstaunlich.

Zensur war jedoch nicht nur auf gegnerische Medienprodukte beschränkt. So sah sich die amerikanische Besatzungsmacht veranlasst, US-Spielfilmproduktionen zu zensurieren. In der sowjetischen Besatzungszone Österreichs konnte nämlich eine recht beträchtliche Zahl von amerikanischen Spielfilmen und Wochenschauen gespielt werden. Es gab wohl auch Aufführungsbeschränkungen und -verbote für US-Filme, dabei handelte es sich aber zumeist um Willkürakte einzelner Kommandanten. Ganz anders in der britischen und amerikanischen Zone, wo ein Boykott über sowjetische Filme verhängt worden war, der nur in den seltensten Fällen aufgehoben wurde.⁸⁷ Der relativ freie Zugang für US-Filme in der Sowjetzone war den Amerikanern aber nicht ganz geheuer. Sie vermuteten, dass die Sowjets die Aufführung amerikanischer Produktionen in ihrer Zone nur deshalb zuließen, da sich die USA in diesen Filmen nicht nur von der positivsten Seite zeigten. Vor allem Gangster-, Wildwest- und sogenannte „Sexfilme“ zog man dabei in Betracht. Die US-Besatzungsbehörde entschloss sich daher, nur solche Filme in die Sowjetzone zu exportieren, die ein einwandfreies Bild der USA und seiner Gesellschaft wiedergaben. Kurioserweise zensurierten also nicht die Sowjets die US-Filme, sondern die Amerikaner selbst.⁸⁸

⁸⁰ 1953 erfolgte die offizielle Aufhebung der Zensur. Danach zensurierten die Sowjets nur noch in beschränkten Maßen. Ergert: *50 Jahre Rundfunk*. Bd. II, 111 und 180. Sieder, *Alliierte Zensurmaßnahmen*, Vorwort und 116f.

⁸¹ Zu den Zensurbestimmungen bei *Radio Wien* siehe: Müller, *Russische Stunde*, 165.

⁸² AdR, Bundesministerium für Verkehr (BMV), Zl.: 14924-Pr/1948 sowie BMV Zl. 149.284/1948. Vgl. Sieder, *Alliierte Zensurmaßnahmen*, 217. Sowie Müller, *Russische Stunde*, 198f.

⁸³ AdR, MRP 81, 26. September 1947. Österreichische

Zeitung, 13. Jänner 1949.

⁸⁴ Rainer Hilbrand: *Die Sendergruppe Alpenland 1945 bis 1954. Ein Beitrag zur Rundfunkgeschichte der Besatzungszeit dargestellt am Beispiel der britisch besetzten Steiermark*. Diss. Salzburg 1987, 93f.

⁸⁵ Ergert, *50 Jahre Rundfunk*, 28, und Sieder, *Alliierte Zensurmaßnahmen*, 118.

⁸⁶ BERLIN – DIE UNRUHEN IN OSTDEUTSCHLAND (AW 27/53)

⁸⁷ Wagnleitner, *Coca-Colonisation*, 309f.

⁸⁸ Wagnleitner, *Coca-Colonisation*, 320.

Maßnahmen gegen unerwünschte Propaganda

Missliebige Meldungen, Berichte und Bot-schaften, die bereits an die Öffentlichkeit gedrungen waren, wurden auf ganz unterschiedliche Weise bekämpft.

Vorab stellte sich die Frage, ob man auf Angriffe der gegnerischen Seite überhaupt reagieren sollte. Besondere Uneinigkeit zeigte hier die österreichische Bundesregierung. Einerseits wollte man Angriffe der kommunistischen Medien gar nicht erst kommentieren, denn so wäre diesen Aussagen mehr Bedeutung zugemessen worden. Andererseits fürchtete man durch das Ausbleiben einer Gegendarstellung den Eindruck zu vermitteln, dass die Vorwürfe doch nicht ganz unbegründet seien. Dementsprechend gegensätzlich waren auch die Weisungen des Ministerrates. *Einmal hieß es, die Regierungsparteien sollten auf kommunistische Angriffe gar nicht erst eingehen,*⁸⁹ ein anderes Mal mussten *offensichtliche Unrichtigkeiten sofort klargestellt werden.*⁹⁰

Anders verhielt es sich bei der Frage, wie man sich gegenüber kommunistisch dominierten oder initiierten Veranstaltungen verhalten sollte. Unter diese Kategorie fielen u.a. Konferenzen des Weltfriedensrats und des Weltgewerkschaftsbundes. Man legte mit den Westalliierten eine gemeinsame Strategie fest. In der Öffentlichkeit wurden die Tagungen als kommunistische Propagandaaktionen deklariert, von welchen sich die Bevölkerungen möglichst fernzuhalten hatte. Alle anderen Umstände der Konferenzen, ihre Programminhalte oder Ergebnisse, wurden auf Weisung der Regierung in den ihr nahestehenden Medien ignoriert. Die Regierungspresse, die Zeitungen der Westalliierten und selbst ausländische Agenturen verpflichteten sich, diese sogenannte

Die Deklaration und Stigmatisierung kommunistischer Propagandaaktivitäten fand in verschiedenen Medien Anwendung.

„Schweigefrist“ zu befolgen.⁹¹ In diesem Fall war die Einigkeit in der Vorgehensweise gegeben. Die amerikanischen Medien hielten sich aber nicht ganz an die Vereinbarung, weshalb sich der Bundeskanzler über die Berichte des Senders *Rot-Weiß-Rot* und des *Wiener Kurier* beim amerikanischen Hochkommissar beschwerte.⁹²

Die Deklaration und Stigmatisierung kommunistischer und sowjetischer Propagandaaktivitäten fand aber auch in anderen Medienbereichen Anwendung. So ging man bei *Radio Wien* daran, Nachrichten, Aufrufe und Sendungen sowjetischer Provenienz eigens zu kennzeichnen, selbst dann, wenn sie nicht im Rahmen der sowjetischen Informations- und Propagandasendung „Die Russische Stunde“⁹³ übertragen wurden.⁹⁴

Die amerikanischen Besatzer konnten durch die Unterstützung österreichischer Politiker genau den umgekehrten Weg einschlagen. Dem US-Informationsdienst gelang es, amerikanische Propagandameldungen gezielt in den Reden österreichischer Regierungsmitglieder zu placieren.⁹⁵ Zudem konnte man auch andere einflussreiche und meinungsbildende österreichische Persönlichkeiten dazu gewinnen, eigens vorbereitete Texte dem österreichischen Publikum vorzutragen. Die ursprüngliche amerikanische Quelle sollte und konnte dabei verdeckt bleiben.⁹⁶

Ebenso erfolgreich war die Strategie der Stigmatisierung bei den Filmproduktionen der sowjetisch kontrollierten Rosenhügel-Ateliers. Die Rosenhügelfilme, die großteils dem Genre der Musik- und Revuefilme zuzurechnen waren, wurden von der antikommunistischen Presse attackiert, vom österreichischen Publikum meist gemieden und von den heimischen Kinos boykottiert.⁹⁷ Dieser Boykott traf aber auch die Künstler, die an diesen Produktionen beteiligt waren. Sie bekamen außerhalb der Produktionen des von Kommunisten bespielten Theaters in der Scala oder der

⁸⁹ AdR, MRP 115, 8. Juni 1948.

⁹⁰ AdR, MRP 69, 20. Mai 1947.

⁹¹ AdR, MRP 265, 16. Oktober 1951; MRP 265b, 20. Oktober 1951, Verschluss; MRP 310, 29. Oktober 1952; MRP 311, 4. November 1952, Verschluss.

⁹² vgl. AdR, MRP 268, 7. November 1951.

⁹³ „Die Russische Stunde“ wurde im Jahr 1945 auf sowjetischen Wunsch eingerichtet und von Mitarbeitern des Senders im Auftrag der Besatzungsmacht gestaltet.

⁹⁴ Siehe: AdR, MRP 148, 8. März 1949, MRP 204, 23. Mai 1950, MRP 210, 4. Juli 1950, MRP 286, 25. März 1952.

⁹⁵ Rathkolb, *Politische Propaganda*, 153 f.

⁹⁶ Wagnleitner, *Coca-Colonisation*, 97.

⁹⁷ Martin Prucha: *Agfacolor und Kalter Krieg. Die Geschichte der „Wien-Film“ am Rosenhügel 1946-1955*. In: Ruth Beckermann/Christa Blümlinger (Hg.): *Ohne Untertitel. Fragmente einer Geschichte des österreichischen Kinos*. Wien 1996, 63.

„Russischen Stunde“ meist kein Engagement. Die amerikanische Besatzungsmacht führte sogar „Schwarze Listen“ über jene Künstler, die mit der KPÖ sympathisierten.⁹⁸

Die Bundesregierung war an diesem Künstler-Boycott aktiv beteiligt. Als Beispiel sei hier nur der Fall der „Faschingsakademie“ genannt. Dieses Politikabett wurde im Rahmen der „Russischen Stunde“ ausgestrahlt. Es richtete sich gegen die Displaced Persons, den Marshallplan, den VdU und griff die Korruption und Bestechlichkeit der österreichischen Polizei an.⁹⁹ Bundeskanzler Figl zeigte sich entrüstet:

[...] Die Schauspieler werden von unserem Geld bezahlt, sind in Staatstheatern u.a. tätig und sprechen von einem Saustall in Österreich. [...] Wir müssen diesmal ein Exempel statuieren, dass diesen Schauspielern und Sängern von uns aus nunmehr die Möglichkeit genommen wird, bei uns weiterzuspielen.¹⁰⁰

Der Ministerrat richtete eine Protestnote an den Alliierten Rat, suspendierte die an der „Faschingsakademie“ Mitwirkenden und leitete gegen diese ein Disziplinarverfahren ein. Außerdem brachte man eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft ein.¹⁰¹ Auf Intervention der sowjetischen Besatzer mussten die Suspendierungen wieder aufgehoben werden.¹⁰² Da die Affäre aber bereits gezielt an die Öffentlichkeit gebracht worden war, konnten das Ansehen und die Geschäfte der betroffenen Künstler nachhaltig geschädigt werden. Die Schauspieler Wolfgang Hirsch-Heinz, Karl Paryla, Otto Tausig und Eduard Loibner brachten deshalb ihrerseits Klagen gegen sämtliche Mitglieder der Bundesregierung ein, da sie durch deren Beschuldigungen standesrechtliche Nachteile und eine Schmälerung der staatsbürgerlichen Rechte zu erwarten hatten. Die Reaktion des Ministerrates beschränkte sich darauf, die Anwälte der Kläger, Dr. Kurt Heitler und

Dr. Stefan Schwamm, wegen eines Disziplinarvergehens vorzumerken.¹⁰³

Diese heftige Reaktion der Regierung war Ausdruck einer zutiefst antikommunistischen Stimmung.¹⁰⁴ Die Vertreter von ÖVP und SPÖ vertraten die Meinung, dass ein kommunistischer Agitator keinesfalls ein Österreicher sein konnte. Das „Gegensatzpaar“ kommunistisch – österreichisch wurde in Stellungnahmen der Großparteien wiederholt eingesetzt.¹⁰⁵ Ganz anders sahen dies die sowjetischen Besatzer, die der KPÖ immer wieder vorwarfen, austrokommunistisch zu agieren, während sie den internationalen Charakter der kommunistischen Bewegung vernachlässigten.¹⁰⁶

Angriff und Gegenangriff

Propaganda und Gegenpropaganda sind letztlich nicht wirklich voneinander zu unterscheiden. In einem ständigen Wechselspiel von Angriff und Gegenangriff verschieben sich diese Ebenen laufend. Erkennbar werden immer wieder kehrende Themen und verschiedene Formen der Propagandagestaltung.

Ein grundlegender Unterschied zwischen der westalliierten und der sowjetischen Informations- bzw. Propagandaarbeit lag in der Aufbereitung der Berichte. War die sowjetisch-kommunistische Berichterstattung von einer sehr aggressiven Sprache und der Verwendung immer wieder kehrender Parolen, die sich gegen „Faschisten“, „Kapitalisten“ und „Sozialkapitalisten“ wendeten, geprägt, so versuchten die westalliierten Informationsabteilungen ein gewisses Maß an Objektivität zu vermitteln. Ein absoluter „Wahrheitsbegriff“ traf aber für keine Seite zu.¹⁰⁷

Speziell die Vereinigten Staaten gingen in ihrer Berichterstattung sehr gezielt vor. Sie versuchten

⁹⁸ Wagnleitner, *Coca-Colonisation*, 137.

⁹⁹ AdR, BKA Zl. 1123-Pr.M/1950, Beilage. Auszüge des Programms finden sich weiters in der *Österreichischen Zeitung* vom 14., 15., 16., 17., 19. und 21. März 1950.

¹⁰⁰ AdR, MRP 194, 28. Februar 1950.

¹⁰¹ AdR, MRP 194, 28. Februar 1950.

¹⁰² *Die Presse*, 16. März 1950 sowie MRP 195. In Ernst Hanischs „Gesellschaftsgeschichte“ finden sich weitere Beispiele für die Verdrängung und Ächtung kommunistischer Künstler. Siehe: Hanisch, *Schatten*, 432f.

¹⁰³ AdR, MRP 256, 17. Juni 1951.

¹⁰⁴ Das radikale Einschreiten der Regierung gegen Kommunisten führte unter Umständen zum Verlust des

Arbeitsplatzes, zur Aberkennung oder Verwehrung der Staatsbürgerschaft. Im äußersten Fall wurde sogar an Ausweisung gedacht. Vgl.: AdR, MRP 124, 7. September 1948; MRP 157, 17. Mai 1949; MRP 158, 24. Mai 1949; MRP 202, 3. Mai 1950; MRP 73, 14. Dezember 1954.

¹⁰⁵ vgl. u.a.: Leopold Figl: *Reden für Österreich*. Wien 1965, 80-82.

¹⁰⁶ vgl. Rathkolb, *Politische Propaganda*, 565. Auch die Berichte der sowjetischen Propagandaabteilung kritisieren derart „abweichlerische“ Tendenzen innerhalb der KPÖ. Siehe: Wagner, *Besatzungszeit*, 117.

¹⁰⁷ Starlinger, *Kulturpolitik*, 61 f. Treiber, *Informationspolitik*, 80. Rathkolb, *Politische Propaganda*, 134 und 255.

sich auf zu erwartende publizistische Angriffe der Sowjets vorzubereiten oder der sowjetischen Berichterstattung zuvorzukommen und ihr so den Wind aus den Segeln zu nehmen.¹⁰⁸ Neben der sehr offen aggressiv geführten sowjetisch-kommunistischen Propaganda erwies sich auch deren ständige Präsenz als zutiefst kontraproduktiv. Die permanente, durch die ununterbrochene Wiederholung von Schlagwörtern monoton wirkende Propaganda verfehlte ihre Wirkung und verleitete eher zum bewussten oder unbewussten „Weg- und Überhören“. Die amerikanischen Informationseinheiten änderten dagegen mehrmals ihre Taktik und waren erfolgreich, solange sie diesen Weg beschritten. Als die Amerikaner aber zeitweilig eine zunehmend totalitäre antikommunistische Propaganda in geballtem Ausmaß betrieben, stießen auch sie bei der österreichischen Bevölkerung und der Bundesregierung auf Ablehnung. Die US-Stellen beschlossen daraufhin, die Quantität der antikommunistischen Berichterstattung wieder einzuschränken, um die Effektivität der US-Propaganda zu erhalten und einen möglichen Abstumpfungseffekt zu vermeiden.¹⁰⁹ Als sehr wirksam erschien auch die Technik der „kleinen Seitenhiebe“. Statt einer andauernden eindeutig antisowjetischen Propaganda genügte es oftmals nur in Nebenbemerkungen auf ein sowjetisches Fehlverhalten hinzuweisen. Vor allem in den Beiträgen der westalliierten und der österreichischen Wochenschauen lässt sich diese stetige „Stichelei“ gegen die sowjetisch-kommunistische Seite erkennen. Außerdem wurde in der „Welt im Film“ das „Sandwich-Prinzip“ angewendet. Jeder Propagandabeitrag über die US-Hilfe wurde in internationale und lokale Berichte eingebettet, um die Propaganda nicht zu offensichtlich in Erscheinung treten zu lassen.¹¹⁰

Gut nachvollziehen lässt sich diese unterschiedliche Propagandagestaltung der Mächte an einem zentralen Themenkomplex der Besatzungszeit in Österreich: Wirtschaft – Marshallplan – Wiederaufbau. Die amerikanische

Besatzungsmacht konnte den ökonomischen Druck, der nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Sowjetunion lastete, zu ihren Gunsten nutzen. Die wirtschaftlich geschwächte Sowjetunion wollte durch Reparationen und Demontagen diesem Druck entgegen wirken. Die Amerikaner lehnten nicht nur die sowjetischen Reparationsforderungen an Österreich ab, sie waren überdies in der Lage, Österreich innerhalb des ERP-Plans eine Wirtschaftshilfe anzubieten, der die UdSSR nichts Entsprechendes entgegenzuhalten hatte. Die Reaktion der sowjetisch-kommunistischen Berichterstattung auf die Teilnahme Österreichs am Marshallplan war dementsprechend heftig. Die US-Wirtschaftshilfe wurde als *Diktat über Österreichs Wirtschaft* entlarvt. Die österreichische Produktion ginge zurück und Österreich verschulde sich zunehmend gegenüber den USA. Das Ziel dieser US-Politik sei die *offene Diktatur der Wall Street über die Wirtschaft Österreichs*. Außerdem wurde den Amerikanern vorgeworfen, Ost-Österreich bei der Verteilung der Güter zu benachteiligen und bewusst auszuhungern.¹¹¹ Auf britisch-amerikanischer Seite wurde hingegen betont, dass die wirtschaftlichen Hilfeleistungen einen *gleichmäßigen Kaloriensatz für ganz Österreich gewährleisten* und *dass die Verteilung einer genauen Kontrolle unterliegt*.¹¹² Um dem sowjetisch-kommunistischen Vorwurf, Österreich begäbe sich in die westalliierte Abhängigkeit, entgegenzuwirken, wurden gezielt Berichte über erfolgreiche österreichische Unternehmen gebracht. In diesen wurde ausdrücklich darauf verwiesen, *dass die österreichische Produktion überwiegend auf inländischen Rohstoffen basiert, dass sich die inländischen Lieferungsbedingungen monatlich verbessern* und *dass die Einfuhr aus dem Ausland zunehmend eingeschränkt werden kann*.¹¹³ Die britische Besatzungsmacht ließ in einem Beitrag der „Welt im Film“ offen verkünden, dass mit den britischen Hilfslieferungen für Österreich keinerlei Verpflichtung verknüpft ist.¹¹⁴

Auch als eine Antwort auf die sowjetische Kritik an der westalliierten Wirtschaftspolitik in Öster-

¹⁰⁸ Rathkolb, *Politische Propaganda*, 172 und 174.

¹⁰⁹ w.o., 181-191 und 208.

¹¹⁰ Wagnleitner, *Coca-Colonisation*, 316.

¹¹¹ vgl.: „Russische Zeitschriften in Österreich“ (Bericht aus der *Neuen Zeit*, Nr. 3, 1948) 7.2.1948, und „Aus russischen Zeitschriften in Österreich“ (Bericht aus der *Stimme der Zeit*, Nr. 3, 1948) 20.3.1948; in: Alfred Klahr Gesellschaft (AKG), Zentrales Parteiarchiv (ZPA), Nachlass Heinz Hollitscher (H.H.), Manuskripte (zur *Russischen Stunde*) Jänner-Juni 1948, und „Russische Zeitschriften in Wien“ (Bericht aus der *Stimme der Zeit*,

Nr. 7, 1948), 15.7.1948; in: AKG, ZPA, Nachlass H.H., Manuskripte Juli-Dezember 1948.

¹¹² DIE U.S.-HILFE FÜR ÖSTERREICH (WIF 135/48).

¹¹³ INDUSTRIE IM AUFBAU (WIF 128/47), FÜLLHALTER-PRODUKTION (WIF 135/48), AUS FABRIK UND WERKSTATT (WIF 139/48).

¹¹⁴ BRITISCHE MASCHINEN FÜR ÖSTERREICH (WIF 131/47 oder 132/47) – Hier unterscheiden sich die Angaben des Wochenschauvorspanns (einzusehen im Filmarchiv Austria) und der *Österreichischen Kino-Zeitung*, Nr. 72, 13. Dezember 1947.

reich, die ja von der Bundesregierung mitgetragen wurde, ist ein Beitrag der staatlich gelenkten Austria Wochenschau aus dem Jahr 1955 zu sehen. Durch einen „kleinen Seitenhieb“ werden hier die sowjetischen Demontagen in Österreich angegriffen. Ein Rückblick auf das Jahr 1954 zeigt u.a. Bilder von einer Ausstellung österreichischer Schätze. Der Kommentar Heinz Conrads' richtet sich eindeutig gegen die Sowjets:

Ja, wir sind ein sehr lebenskräftiges Landl und wir haben auch noch einige, einige Schätze gerettet. [...] Schön sind die Sachen. Und gemessen an dem, was man schon aus diesem Land hinausgetragen hat, sind wir noch ganz schön reich.¹¹⁵

Zwei weitere zentrale Themen der Besatzungspropaganda, die Verhandlungen um den österreichischen Staatsvertrag und die westalliierte Rüstung, wurden von sowjetisch-kommunistischer Seite ebenfalls mit dem Marshallplan in Verbindung gebracht. England und die USA wären für das Hinauszögern der Staatsvertragsverhandlungen verantwortlich. Sie wollten Zeit gewinnen, um sich *in der österreichischen Volkswirtschaft festsetzen zu können*. Außerdem arbeite die westalliierte Fraktion durch die Weigerung, den Osten Österreichs mit Versorgungsgütern zu beliefern, an *der Zerreißung Österreichs*, um den westlichen Teil des Landes nach deutschem Vorbild *in einen militärischen Stützpunkt des anglo-amerikanischen Imperialismus* zu verwandeln.¹¹⁶

Die Gegenseite schob ihrerseits die Schuld am Nichtabschluss der Staatsvertragsverhandlungen für Österreich der Sowjetunion zu. Schon anlässlich der Londoner Verhandlungen 1948 verkündete General Marshall über die Wochenschau: *Sowjetrusland trage die volle Verantwortung für das Scheitern der Konferenz.*¹¹⁷ Die amerikanische Besatzungsmacht verstand es besonders, Einzelinteressen der Sowjets gezielt ins Spiel und in die Medien zu bringen, um die eigene Unentschlossenheit in dieser Frage zu verdecken. So auch im Jahr 1949, als die USA selbst über mehrere Monate einen Vertragsabschluss hinauszögerten, während die sowjetische Seite denselben ernsthaft forcierte. Als sich Präsident Truman im Oktober 1949 doch für einen Vertragsabschluss aussprach, hatte sich die weltpolitische Lage derart geändert, dass die UdSSR einen Rückzug der eigenen Truppen aus dem österreichischen Territorium nicht mehr in Betracht zog.¹¹⁸ Der „Schwarze Peter“ konnte in der Öffentlichkeit aber erfolgreich den Sowjets zugeschoben werden.¹¹⁹

Jede der vier Besatzungsmächte verfolgte ihre eigene Strategie der positiven Selbstdarstellung und versuchte dabei, eine Brücke zu der österreichischen Bevölkerung zu schlagen.

Der Propagandakampf zwischen Ost und West wurde in Österreich eindeutig zugunsten der Westalliierten entschieden. Die Gründen dafür sind, wie man sieht, zahlreich.

Mag. Karin MOSER (1974)

Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Filmarchivs Austria, Praktika im Österreichischen Staatsarchiv, Österreichischen Filmmuseum und im Historischen Archiv des ORF; Mitarbeiterin der Filmreihe „Film in der Zeitgeschichte“ und Gründungs- und Vorstandsmitglied der „Forschungs- und Dokumentationsstelle für österreichisch-russische Zeitgeschichte“ an besagtem Institut der Universität Wien; Forschungsschwerpunkte: Österreichische Wochenschauen, österreichische Besatzungszeit, Ost-West-Stereotypen im Film, Filmzensur in Österreich.

¹¹⁵ ÖSTERREICH – RÜCKBLICK 1954 (AW 1/55)

¹¹⁶ „Aus russischen Zeitschriften in Österreich“ (Bericht aus der *Stimme der Zeit*, Nr. 3, 1948) 20.3.1948. und „Der Weg der Provisorischen Regierung“, 17.4.1948; in: AKG, ZPA, Nachlass H.H., Manuskripte Jänner-Juni 1948.

¹¹⁷ ZUM ABBRUCH DER LONDONER KONFERENZ (WIF 135/48)

¹¹⁸ Stourzh, *Einheit und Freiheit*, 165 f.

¹¹⁹ Rathkolb, *Politische Propaganda*, 219-232.

Die Wiener tschechische Presse der Donaumonarchie

Eine bedeutende Leistung einer unvollkommenen Gesellschaft¹

Dalibor Hýsek

Assimilation und Integration

Im Herbst 2001 ratifizierte Österreich nach langem Zögern die Charta zum Schutz der Regionalsprachen, „nutzte“ aber den Spielraum, der den unterzeichnenden Staaten gewährt wurde, gänzlich aus. Man verpflichtete sich zum niedrigst möglichen Niveau.

Bei solchen Aktionen fühlt man sich ins vorige Jahrhundert zurückversetzt. In jene Zeiten, als das tschechische Schulwesen im Wien eines Bürgermeisters Lueger um das Öffentlichkeitsrecht kämpfte und die Absolventen der einzig zugelassenen privaten tschechischen „Komenský“-Schule ins südmährische Brečlav, zu deutsch Lundenburg, fahren mussten, um dort ein öffentlich anerkanntes Zeugnis zu erwerben.

Die quantitative Stärke der tschechischen Bevölkerung in Wien ist längst Vergangenheit. Viele Wiener Tschechen wurden von der alten Heimat repatriert, von der neuen gewaltsam oder sanft assimiliert. Nur den wenigsten ist es unter Aufwendung von größten persönlichen Anstrengungen gelungen, diesem Schicksal zu entgehen und zu Österreichern tschechischer Zunge zu werden. Um mittlere oder höhere Bildung in der eigenen Muttersprache zu erhalten, muss man heute genauso wie vor hundert Jahren Österreich verlassen. Daran konnte bisher kein Gesetz etwas ändern. Alte und neue Minderheiten in Österreich haben es vor allem mit dem Problem der Assimilation zu tun.

Nach der Integrationstheorie der Massenmedien handelt es sich bei der Assimilation, oder, wie es in der Definition von Maletzke heißt, der *Überintegration* um ein Beispiel für Dysfunktionalität eines Gesellschaftssystems.

[...] so ist es nun zu fragen, ob es durch die Massenmedien auch ein Zuviel an Integration, ob es eine Überintegration geben kann. Über-

integration heißt dabei: übermäßiges Vereinheitlichen, Verwischen aller Verschiedenheiten, Verlust an Pluralität.²

Als Beispiele für extreme Überintegration wären Massenmedien in autoritären Gesellschaftssystemen wie Faschismus oder Kommunismus zu nennen, die sich um Gleichschaltungen wie ethnische „Endlösungen“ (im Nationalsozialismus Herrschaft einer reinrassigen Gesellschaft, im Kommunismus des proletarischen Internationalismus) oder Ausschalten jeglicher Opposition (politische Verfolgung, Untergrundliteratur) bemühten.

Es soll der dynamische Charakter von Integration betont werden. So kommt es beispielsweise nicht nur auf den „integrationssuchenden“ Minderheitenangehörigen an. Es gibt zahlreiche Integrationsdefinitionen, die meisten von ihnen sind entweder zu allgemein oder einseitig orientiert, indem sie den Integrationsprozess als eine Einbahnstraße zwischen einer sich zu integrierenden Minderheit und der Mehrheit beschreiben. Wenn Integration gelingen soll, muss sich auch die integrationsgebende Mehrheitsgesellschaft beteiligen. Unter diesem Gesichtspunkt habe ich alle in der Österreichischen Nationalbibliothek vorhandenen Wiener tschechischen Periodika aus der Zeit der Donaumonarchie analysiert. Ob die deutschsprachigen Mehrheitsblätter der Donaumonarchie diesem Prozess förderlich oder hinderlich waren, wäre einer eigenen Untersuchung wert gewesen. Wenn man annimmt, dass jede Gesellschaftsform einen funktionellen Anspruch beinhaltet und ein demokratisches Zusammenleben von verschiedenen ethnischen Gruppen als erstrebenswert gilt, könnte man im Hinblick auf die Funktion von Massenmedien in so einer Gesellschaft folgende These formulieren:

Die Funktion von Massenmedien in einer multiethnischen Gesellschaft ist die Integration.

¹ Vorliegender Beitrag ist Gegenstand der Dissertation von Dalibor Hýsek mit dem Titel *Wiener tschechische Periodika zur Zeit der Donaumonarchie (1761 – 1918), Integrations- bzw. Assimilationsfunktion von Minderheitenmedien in*

einer multiethnischen Gesellschaft. Wien 1998.

² Gerhard Maletzke: *Bausteine zur Kommunikationswissenschaft 1949– 1984*, 144.

Und die Wiener tschechische Presse war in der Tat das Abbild dieses integrativen Bemühens. Nur die wenigsten tschechischen Periodika unter ihnen waren Verfechter der deutschsprachigen Assimilation oder des tschechischen Nationalismus.

Der Wiener tschechische Traum von der multikulturellen Donaumetropole

Insgesamt brachte es die tschechische Minderheit in Wien bis zum Zerfall des alten Vielvölkerstaates im Jahr 1918 auf 72 verschiedene Periodika. Der Schwerpunkt der tschechischen Presse lag aber eindeutig in Böhmen. Auch die bedeutendsten Wiener tschechischen Zeitungen schrieben für das tschechische Publikum „zu Hause“. Es gelang nie, ähnlich wie im politischen Leben, Schulwesen oder in der Theaterszene, einen eigenständigen Wiener tschechischen Zeitungsmarkt aufzubauen. Trotz eines quantitativ breiten Stroms der tschechischen Einwanderer nach Wien waren die tschechischen Eliten – auch nicht in den goldenen Jahren der Wiener tschechischen Minderheit in den 1920er und 1930er Jahren – für den Verbleib in Wien zu motivieren. Trotzdem war ein Teil der tschechischen Presse aktiv daran beteiligt, in Wien eine tschechische Gesellschaft aufzubauen, mit Schulen, Vereinen, politischen Parteien, kulturellen Einrichtungen, Ansätzen zu eigenen Wirtschaftskreisen. Wien um die Jahrhundertwende schöpfte Jahr für Jahr den gesamten natürlichen Zuwachs der Länder der böhmischen Krone ab, gleichzeitig sahen die heranwachsenden national selbstbewussteren tschechischen Eliten in Wien keine Zukunft und wanderten zurück. Der fehlende Wille, diese quantitativ unbedeutende, aber qualitativ maßgebliche Rückwanderung an national bewussten Künstlern und Intellektuellen nicht zu unterbinden, war und ist wahrscheinlich das größte Hindernis, aus Wien eine multikulturelle Metropole zu machen. Zum ersten Mal wies eine Wiener tschechische Zeitung auf den multikulturellen Charakter der Stadt im Revolutionsjahr 1848 hin. Der Traum sollte jedoch nie in Erfüllung gehen, die Utopie wurde geboren:

Wien ist nicht nur die Hauptstadt des österreichischen Herzogtums, es ist gleichzeitig die Hauptstadt des österreichischen Reiches und der

Sitz des österreichischen Monarchen. Und in dieser Hinsicht ist Wien nicht nur deutsch, sondern auch slawisch, ungarisch und italienisch.³

Einige Jahrzehnte später setzte der umstrittene Wiener Bürgermeister Karl Lueger mit dem Einbürgerungs-Schwur auf den „deutschen Charakter“ der Stadt eine viel einfachere Vorstellung über das Zusammenleben verschiedener Volksgruppen durch.

Parteizeitungen – Indikatoren der politischen Vielfalt

Das Wiener tschechische Periodikum mit der größten historischen Bedeutung war zweifelsohne *Dělnické Listy*, zu deutsch *Die Arbeiterblätter* (in Prag 1877 gegründet, in Wien von 1881 bis 1918 erschienen). Die sozialdemokratische Zeitung erschien anfänglich vierzehntägig mit einer Auflage von 2.200 Stück. Um die Jahrhundertwende brachte sie es auf bis zu 22.000 Exemplare täglich. *Dělnické Listy* waren das 30. Wiener tschechische Periodikum. Ihre Redakteure schrieben anfänglich fast ausschließlich für und über die Arbeiterbewegung in den böhmischen Kronländern. Das Blatt berichtete anfangs sporadisch über das Leben der Wiener Tschechen, sein Redaktionsitz befand sich eher aus strategischen als inhaltlichen Gründen in Wien und nicht in Prag. Dem tschechischen Vereinswesen, welchem die Sozialdemokratie als einem bürgerlichen und daher feindlichen nicht gerade wohlwollend gesinnt war und welches als solches von ihr bekämpft wurde, stand das Blatt ablehnend gegenüber. Erst mit der Zuspitzung des Konflikts um die Errichtung von tschechischen „Komenský-Schulen“ im Wien der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts waren die tschechischen Sozialdemokraten bereit, sich im Sinne eines eigenständigen Minderheitenlebens zu engagieren. Mit der vollzogenen Spaltung der tschechischen Sozialdemokratie der alten, gesamtösterreichischen Prägung in die Wien-freundlichen „Zentralisten“ und die Prag-freundlichen „Autonomisten“, änderten *Dělnické Listy* radikal ihren Kurs. Das Problem der kulturellen und politischen Assimilation der Wiener Tschechen wurde zum zentralen Thema des Blattes.

Alle Kriege brachten die tschechische Nation nicht um so viele Söhne und Töchter, wie die

³ Übersetzung aus dem Tschechischen durch den Autor. In: *Wjdenický Posel* (zu deutsch: *Der Wiener Bote*). Wien 1848.

Assimilation. Dieses Wort wurde unter der Arbeiterschaft erst unlängst allgemein bekannt, denn früher nannte man es Internationalität.⁴

Neben dem klassischen Feind – der Bourgeoisie – zögerte das autonomistische tschechische Blatt keinen Augenblick, auch gegen den „deutsch-nationalen“ Sozialdemokraten Viktor Adler in den Kampf zu ziehen. Doch die heftigsten Attacken richteten sich gegen jene tschechischen Sozialdemokraten, die sich dem zentralistischen Gedanken, also dem übernationalen Prinzip, verpflichtet fühlten. Der zentralistische tschechische sozialdemokratische Flügel gründete übrigens 1911 in Wien sein eigenes Periodikum mit dem Namen *Dělnický Denník*. Die im Rahmen der deutsch-österreichischen sozialdemokratischen Partei organisierten Tschechen bildeten die „Tschechoslawische sozial-demokratische Partei in Niederösterreich“. Bis heute gibt es angeblich ein organisiertes Grüppchen von ehemaligen tschechischen sozialdemokratischen Zentralisten.

Dělnické Listy hatten die Mittel, um ausführlich über die Causa „Komenský-Schule“ zu berichten, beispielsweise die Anstrengungen der Wiener Tschechen, als ethnische Minderheit in Wien gesetzlich anerkannt zu werden. Mittels einer Sammelklage der unzufriedenen Eltern tschechischer schulpflichtiger Kinder prozessierte man damals bis zum Verwaltungsgerichtshof und verlor. Tschechisch wurde nicht als „landesübliche Sprache“ in Wien anerkannt.

Dělnické Listy schilderten die Vorgänge um die national bedingte Spaltung innerhalb der österreichischen sozialdemokratischen Partei und die Gewerkschaftsorganisationen ausführlich aus tschechischer Sicht. Interessantes kann man über die eigenen Wiener tschechischen sozialdemokratischen Kandidaten „des Protests und der Anklage“, wie sie sich damals selbst nannten, erfahren. Um sie bei der Wahl zu schlagen, musste Viktor Adler im damals bevölkerungsreichsten 10. Bezirk persönlich kandidieren. *Dělnické Listy* schrieben äußerst kritisch über Praktiken bei der Wiener Volkszählung, wo es im Bezug auf die tschechische Minderheit darum ging, diese wenigstens offiziell so klein wie möglich zu halten.

Die Arbeiterblätter als Tageszeitung sind ein Fixpunkt, um den sich unterdrückte Tschechen scharen werden. Politisch gesehen gehören alle Tschechen dazu, wirtschaftlich gesehen wohl die meisten.⁵

Neben *Dělnické Listy* gab es, wie bereits erwähnt, noch andere Wiener tschechische Arbeiterzeitungen, die sich nicht zuletzt durch ihre Definition des Multikulturalismus unterschieden. *Dělnický Denník*, zu deutsch *Die Arbeiter Tageszeitung* (erschieden von 1911 bis 1918 mit einer täglichen Auflage von bis zu 8.600 Exemplaren), war das Organ der zentralistischen „tschechischen Sektion der internationalen Sozialdemokratie“. Im Jahre 1914 fusionierte *Dělnický Denník* mit *Denník České sociálně demokratické strany dělnické v Rakousku* (zu deutsch: *Tageszeitung der Tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich*) mit Sitz in Prag

Das Wiener tschechische Periodikum mit der größten historischen Bedeutung war zweifelsohne *Dělnické Listy*.

und unterhielt seither zwei verschiedene Redaktionen. Seine loyale Haltung dem zentralistischen Staat gegenüber sollte sich in besonders schwierigen Zeiten,

im Laufe des Ersten Weltkrieges, für den Leser bezahlt machen. Im Gegenteil zu anderen Wiener tschechischen Periodika trat *Dělnický Denník* aktiv für den Zusammenhalt der Donaumonarchie alten Stils ein, und war ausgesprochen loyal. Vielleicht hatte *Dělnický Denník* gerade aus diesem Grund keine Schwierigkeiten, sich in sensiblen Zeiten mit Themen wie etwa Nationalität und Neuordnung ausführlicher als jedes andere Wiener tschechische Blatt auseinanderzusetzen. Die Zentralisten bezeichneten sich selbst als „Österreicher“ und hatten für die damals übliche politische Bezeichnung „tschechoslawisch“ genauso wenig übrig, wie für die Wiederherstellung tschechischer Staatlichkeit, in welcher Form auch immer. Die Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich blieb als einzige tschechische Partei der in Prag gegen Ende 1916 gegründeten parlamentarischen Union fern und entsandte auch keinen Vertreter in den tschechischen Nationalausschuss. Die tschechischen Zentralisten sympathisierten als einzige Wiener tschechische Gruppierung überhaupt offen mit dem

⁴ Übersetzung aus dem Tschechischen. In: *Dělnické Listy*, Nr. 230, 9.10.1911.

⁵ Übersetzung aus dem Tschechischen. In: *Dělnické Listy*, Nr. 5 (122), 5.10.1900.

Anschlussgedanken Österreichs an Deutschland. Sie hatten nur Vorteile für die Arbeiterbewegung vor Augen, die sich aus dem Zusammenschluss mit der modernen Wirtschaft und fortschrittlicheren Arbeiterschaft Deutschlands ergeben würden. Obwohl überzeugte „Internationalisten“, wählten die Anhänger dieser politischen Strömung bei diversen Wahlen ausschließlich deutsche Kandidaten. Sie sahen in diesem Verhalten keinen Widerspruch. Die Begründung dafür, die via Parteipresse verbreitet wurde, liest sich wie eine Tautologie:

Man muss es nicht besonders betonen, dass wir alle die Kandidaten der deutschen Genossen wählen werden. [...] Wir werden die sozialdemokratischen Kandidaten wählen, weil es uns um den Kampf gegen Kapitalismus geht, um den Kampf für die Verwirklichung von sozialistischen Forderungen. Nicht trotz unserer unterschiedlichen Zugehörigkeit, sondern weil wir beide Sozialdemokraten sind, werden wir, die tschechischen Internationalisten in Wien, die Kandidaten deutscher Genossen wählen.⁶

Die tschechischen Zentralisten akzeptierten vorbehaltlos den „deutschen Charakter“ Wiens. In ihrem Wahlauftritt wird die anfangs beschriebene Tendenz zur Abwanderung national bewusster tschechischer Führungsköpfe deutlich.

Das nächste Periodikum, das den durchaus differenzierten Rezipientenkreis der Wiener tschechischen Arbeiterschaft bediente, waren die nationalistisch geprägten *Česko-slovanské hlasy na Dunaji*, zu deutsch *Tschecho-slawische Stimmen an der Donau* (erschienen von 1898 bis 1901 mit einer zweiwöchigen Auflage von etwa 3.000 Stück). Von 1902 erschienen die *Česko-slovanské hlasy na Dunaji* bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 unter dem neuen Titel *Česká Videaň* (zu deutsch: *Tschechisches Wien*) als das Organ der „Tschecho-slawischen national-sozialen Partei in Niederösterreich“. Das Periodikum *Česká Videaň* war von panslawistischem sowie antisemitischem Schlag und richtete sich an den eher schwach ausgeprägten nationalistischen Flügel unter der tschechischen Arbeiterschaft. Die Zeitung schrieb damals über die Schwierigkeiten, die Wiener tschechischen Wähler für den nationalistischen Gedanken zu motivieren:

Es ist ein Skandal, wenn wir uns erinnern, dass manches Wahlkomitee [der Tschecho-slawischen national-sozialen Partei in Niederösterreich, Anm. des Autors] oft mehr Mitglieder hatte, als der Kandidat an Stimmen bekam. Unter uns muss eine Säuberung stattfinden. Und deshalb, Brüder, Achtung!⁷

Eine einmalige Rolle in der Wiener tschechischen Presselandschaft spielte die konservative Zeitung *Pravda*, zu deutsch: *Die Wahrheit* (erschienen von 1908 bis 1918 mit einer wöchentlichen Auflage bis zu 6.000 Exemplaren), das Organ der Tschechischen katholischen Vereinigung. *Pravda* hielt den nationalistischen Zerreißenden zweier verschiedener politischer Strömungen innerhalb der Wiener Tschechischen katholischen Vereinigung, nämlich der katholisch-nationalen und der christlich-sozialen Partei, im Gegensatz zur sozialdemokratischen Presse stand. Während die christlich-sozial orientierten Wiener Tschechen in der deutschen Lueger Partei wiederzufinden und offen für die Assimilation waren, setzte sich der katholisch-nationale Flügel nicht minder für die Existenz umstrittener tschechischer Schulen in Wien ein. Beide konkurrierende Anschauungen fanden sich auf den Seiten der selben Zeitung wieder. Warum *Pravda* diesem inneren Zerfallsprozess im Gegensatz zu einer anderen Wiener tschechischen Zeitung, der sozialdemokratischen *Dělnický Denník*, widerstehen konnte, wäre das Thema einer eigenen Untersuchung. Vielleicht liegt ein Teil der Antwort in folgendem Zitat:

Man müsste also auf all das verzichten, was uns gegenseitig entfremdet: die verschiedenen ungezügelt Nationalismen, derer der gebürtige Wiener und der in Wien lebende Tscheche sich manchmal bedienen. Was alles blieb z.B. der „Komenský“-Schule in den letzten Jahren in Wien nicht erspart! Reizen aber auch wir Tschechen die deutschen Eingeborenen Wiens nicht sinnlos, wenn wir Wien die größte tschechische Stadt nennen, wenn wir für Wien tschechische Mittelschulen fordern etc.? [...] Mögen die Gesetze aus den Jahren 1713 und 1867 unerschütterliche Pfeiler des Reiches, die Basis eines friedlichen Zusammenlebens und Wohlstandes aller seiner Völker werden.⁸

⁶ Übersetzung aus dem Tschechischen. In: *Dělnický Denník*, Nr. 5, 3.5.1911.

⁷ Übersetzung aus dem Tschechischen. In: *Česko-slovanské*

hlasy na Dunaji, Nr. 38, 21.9.1900.

⁸ Übersetzung aus dem Tschechischen. In: *Pravda*, Nr. 15, 10.4.1915.

Bekanntlich hat es nach dem verlorenen Krieg und dem fortgeschrittenen inneren Zerfall kein Zurück mehr gegeben.

Von den damaligen katholischen Organisationen, wie der tschechischen katholischen Gewerkschaft, dem Turnverein „Orel“ (zu deutsch: „Adler“) oder des rein religiösen „Heiligen Zita Vereins“, gibt es bis heute nur noch den „Verein des heiligen Methodus“. Er ist der Besitzer und Betreiber der einzigen Wiener tschechischen Kirche des heiligsten Erlösers am Rennweg. Nach dem Zerfall der Donaumonarchie schlossen sich beide Strömungen in der Tschechischen Volkspartei in Österreich zusammen, angeblich soll es noch bis heute Reste dieser Wiener tschechischen Mini-Partei geben.

Unter den Wiener tschechischen Parteiblättern ist auch der direkte Vorgänger von *Pravda*, *Slovan*, zu deutsch *Der Slawe* (1896–1908), zu erwähnen, welcher einige Zeit als das Organ der nationalistisch orientierten Tschechoslawischen Volkspartei in Niederösterreich erschien. *Der Slawe* wurde 1893 in Mähren gegründet und übersiedelte erst 1901 vollständig nach Wien, wo er bis dahin lediglich eine Filiale unterhalten hatte. Wie schon der Zeitungsname sagt, war *Slovan* von panslawistischem bis nationalistischem Schlag, hatte daneben aber auch eine religiöse Komponente; er setzte sich für tschechische Gottesdienste in Wien ein. Als einziges Wiener tschechisches Periodikum sprach es von der gemeinsamen Region Niederösterreich-Mähren-Schlesien. *Slovan* sah darin eine geografische Einheit. In Wien und Niederösterreich gab es prozentuell zwischen der deutschen Mehrheit und der tschechischen Minderheit ähnliche Verhältnisse, wie zwischen der tschechischen Mehrheit und der deutschen Minderheit in Mähren. Der Eigentümer und Herausgeber von *Slovan*, Jan Janča, kandidierte in Wien für die tschechische Volkspartei, scheiterte aber kläglich. Im Gegensatz zu anderen Periodika beschäftigte sich *Slovan* ziemlich früh und ausführlich mit der künftigen Stellung von ethnischen Minderheiten und deren Schutz in einem unabhängigen Staat. Für die Minderheit der Wiener und der damals noch existierenden niederösterreichischen Tschechen befand sich das Muttervolk naturgemäß in Böhmen, Mähren und Schlesien und seine Rolle wäre

von größter Wichtigkeit für den Fortbestand derselben. Die Forderungen, die *Slovan* damals an die verantwortlichen Gemeinden stellte, klingen trotz der etwas utopisch anmutenden Pläne für den niederösterreichisch-mährisch-schlesischen Raum zeitgemäß. Manche von ihnen wurden in einigen ländlichen zweisprachigen, sogenannten angestammten, Gebieten im Burgenland und in Kärnten erst auf internationale Druck im Staatsvertrag von 1955 realisiert.

Wir wollen unsere Schulen. Keine privaten, aus eigener Tasche finanzierten, sondern öffentliche auf Gemeindekosten erhaltene. [...] Wir wollen, dass man in den Ämtern mit uns tschechisch spricht. Nicht über Dolmetscher, sondern direkt durch Beamte, die die tschechische Sprache beherrschen.⁹

Diesen Status sollte die Wiener tschechische Minderheit nie bekommen. Nach dem Zerfall der Donaumonarchie wurde ein Großteil der Wiener tschechischen Minderheit, darunter auch meine Vorfahren, repatriiert. Man kann sich gut vorstellen, welches Potenzial das tschechische Schulwesen zur k.u.k. Zeit hatte. *Slovan* schrieb stets von rund 20.000 schulpflichtigen Wiener tschechischen Kindern, die Schuljahr für Schuljahr „national verkrüppelt“ würden. Erst in der Ersten Republik konnte die starke Tschechoslowakei ein Schulabkommen mit Österreich schließen, wonach Wien aufhörte, das tschechische Schulwesen zu blockieren. Bis zum deutschen Einmarsch 1938 war das das goldene Zeitalter für den „Komenský“-Verein, der mit kräftiger Unterstützung des jungen tschechoslowakischen Staates, welcher beispielsweise für die Finanzierung und Rekrutierung der gesamten Lehrerschaft sorgte, insgesamt 38 Schulen (inklusive Kindergärten, Sprachschulen und auch vier Mittelschulen) betrieb. Für die geistige Elite blieb aber auch hier nur der Weg an eine der tschechischen Hochschulen und Universitäten im „Ausland“. Es bleibt zu erwähnen, dass der private Schulverein „Komenský“ nach dem Fall des „eisernen Vorhanges“ wieder stärker aktiv wurde und ein zweites Schulgebäude reaktivieren möchte. Nach mehr als 70 Jahren wird es in Wien wieder möglich sein, an einer tschechischen Schule die Matura abzulegen.

⁹ Übersetzung aus dem Tschechischen. In: *Slovan*, Nr. 34, 5.5.1897.

Sensationelle Auflagen der Illustrierten

Im tschechischen Wien drehte sich nicht alles nur um Politik oder nationale Probleme, das Bedürfnis nach Unterhaltung war sehr stark ausgeprägt, und der böhmische Prater am Wiener Laaerberg dürfte nur einen Teil dieser Bedürfnisse gestillt haben. Es scheint, als wäre die große Mehrheit gerade am Zeitungstyp der Illustrierten interessiert gewesen. Ein Vertreter dieser Gattung von belangloser Unterhaltung war *Videňský Šotek* (zu deutsch: *Der Wiener Kobold*, 1906–1925) und seine direkten Nachfolger *České ilustrované noviny* (zu deutsch: *Tschechische illustrierte Zeitung*) und *Videňské ilustrované noviny* (zu deutsch: *Die Wiener illustrierte Zeitung*), welche knapp vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges eine wöchentliche Auflage von 50.000 Stück erreichte. Eines der Mittel des tschechischen *Videňský Šotek* war es, mit Humor die schwere Zeit zu bewältigen:

Harte böhmische Schädel.

*Die Deutschen lachten –
eure Schädel sind wie aus Granit!
Der liebe Gott hat es ahnen müssen,
wie man einmal darauf hauen wird!*¹⁰

Nur ein einziges Mal in seiner Geschichte sollte sich *Videňský Šotek* ernsthafter mit dem Problem der Assimilation auseinandersetzen. Auch diesmal klingt es sehr vertraut, was den Menschen vor knapp 100 Jahren durch den Kopf ging. Man denke nur an den 2002 beschlossenen Integrationsvertrag der österreichischen Regierung und die darin enthaltene Zwangsverordnung von Deutschkursen für Zuwanderer:

František zog aus der Tasche seine schmierige Grammatik – es bestand kein Zweifel, dass er mit großem Fleiß lernte. Er wurde zum Bürger und musste schwören, den „deutschen Charakter Wiens“ zu wahren. Da aber die sorgsam und weisen Väter vom Wiener Rathaus erkannt

*haben, dass es mit seinem Deutsch schäbig aussieht, muss er, der Arme, vieles nachholen. [...] Jeden Monat muss sich jeder der frisch gebackenen Bürger im Rathaus blicken lassen, damit man sieht, dass er es ernst meint und wirklich deutsch lernt.*¹¹

Jeden Monat muss sich jeder der frisch gebackenen Bürger im Rathaus blicken lassen, damit man sieht, dass er [...] wirklich deutsch lernt.

Im Weiteren beschrieb *Videňský Šotek* Mechanismen, die oft bereits in der ersten Generation zum Verlust der nationalen Identität führten. Der Anlass für diesen bitterbösen Artikel war durchaus ein aktueller. Der damals seit Jahren andauernde Streit zwischen der tschechischen Minderheit und den Wiener, später auch höchsten österreichischen Instanzen um die Anerkennung als „alteingesessene Volksgruppe“ in Wien und Niederösterreich, wurde negativ entschieden. Erst 1977 wurden die Wiener Tschechen, gemeinsam mit anderen österreichischen Volksgruppen, vom Staat anerkannt. Der so errichtete Volksgruppenbeirat beim Bundeskanzleramt verfügt aber lediglich über eine beratende Funktion, ist nicht demokratisch legitimiert und dient de facto nur zur Verteilung der zugewiesenen Subventionen. Ein ähnliches Anerkennungsverfahren führen seit Jahren die Wiener Polen, die Regierung spricht jedoch den Polen die Eigenschaften einer alt eingesessenen Minderheit ab, ein „Gegen-Gutachten“ wird derzeit von einer polnischen Historikerin ausgearbeitet.

Eine andere Wiener tschechische Illustrierte mit dem Titel *Po denní práci* (zu deutsch: *Nach der täglichen Arbeit*, 1907–1914) brachte es gar auf 62.000 Stück wöchentlicher Auflage. Das Abonnement konnte man mit einer Art Unfallversicherung kombinieren. Die Zahl der Entschädigten stieg, nach eigenen Angaben, von 136 im Jahr 1906 auf 1736 im Jahr 1912.

Die illustrierten Blätter bedienten sich intensiv eines neuen Mediums – der Fotografie. Sie stellten eine gute Bildquelle für einige Höhepunkte des Wiener tschechischen gesellschaftlichen Lebens dar. Als einzige Wiener tschechische Periodika brachten die diversen Illustrierten Fotos von der mit Brettern vernagelten „Komenský“-Schule im 3. Wiener Bezirk, die gleich nach ihrer Fertigstellung, wohlgermerkt aus freiwilligen Spenden und vom „Komenský“-Verein errichtet,

¹⁰ Übersetzung aus dem Tschechischen. In: *Videňský Šotek*, Nr. 8, 17.5.1906.

¹¹ Übersetzung aus dem Tschechischen. In: *Videňský Šotek*, Nr. 17, 19.8.1906.

vom Wiener Magistrat wieder geschlossen wurde, ungeachtet der anders lautenden Entscheidung des Unterrichtsministeriums.

An dieser Stelle sei ein satirisches Blatt von höchstem Niveau erwähnt, ein Beispiel, welches unter den Produkten der Wiener tschechischen Presse nie mehr einen würdigen Nachfolger bekommen sollte. Es war die wahrscheinlich lustigste Zeitung der Wiener Tschechen, der *Češiček*, (zu deutsch: *Tschecklein*, 1866–1867). *Češiček* war eine humorvolle Verteidigung gegen deutsche Blätter wie *Kikiriki* oder *Hans Jörgl*, in denen man sich nicht selten und vor allem unbestraft über Tschechen, und Slawen allgemein, lustig machte. Einige Konfiszierungsberichte im Wiener Staatsarchiv besagen, *Češiček* wurde deswegen beanstandet, weil es sich zwar als eine satirische Schrift deklarierte, dem Inhalt nach es sich aber um ein politisches Blatt handelte. Kurze Gedichte gegen Jesuiten in Prag oder den Erzherzog Maximilian in Mexiko waren der Zensur dann doch zu viel, dem Blatt war leider nur eine kurze Lebensdauer beschert. In der letzten Nummer beklagte sich *Češiček* noch einmal über das mangelnde Interesse des Wiener tschechischen Publikums, welches offensichtlich die deutschen Publikationen bevorzugte:

[...] Wir verabschieden uns vom Leser und stellen damit unser öffentliches Engagement ein. Wir müssen uns zu diesem schmerzvollen Schritt entschließen. Der geringe Erfolg bei der Leserschaft und der große Widerstand seitens der k.k. Gerichte haben uns ruiniert. [...] Es ist eine bittere Erfahrung, dass mehr als 40 Tausend Wiener Tschechen nicht im Stande sind, ein einziges tschechisches Blatt am Leben zu erhalten.¹²

Tschechisches Schulwesen – damals entschieden boykottiert, heute nur noch geduldet

Unter den tschechischen Vereinen spielte zweifelsohne „Komenský“ die wichtigste Rolle. War er doch für das tschechische Schulwesen in Wien zuständig und somit ein wichtiger Garant für den Fortbestand der tschechischen Minderheit. Das gleichnamige Vereinsorgan *Komenský* (zu deutsch: *Comenius*, 1906–1918), wurde im Jahre 1910 auf *Dolnorakouský obzor* (zu deutsch: *Nie-*

derösterreichische Rundschau) umgetauft. Das Bestehen der tschechischen Minderheit manifestierte sich nirgendwo so deutlich wie in dem Verlangen nach einem eigenen, wohlgemerkt privaten, Schulwesen.

Die ersten Bemühungen, in Wien eine tschechische Schule zu errichten, reichen ins Jahr 1868 zurück. Damals wollte der „Tschechoslawische Arbeiterverein“ eine Gewerbeschule initiieren. Im Jahre 1883 kam es schließlich zur Eröffnung der ersten, und für lange Zeit auch der einzigen Wiener tschechischen Schule, die vom Wiener Landesschulrat verboten, vom Unterrichtsministerium aber dann doch bewilligt wurde, im 10. Wiener Bezirk. In der Gründungsnummer des *Comenius* vom Jänner 1906 stand dazu:

Die Stellung Österreichs als Weltmacht wäre in ihren Grundfesten erschüttert, würde man der tschechischen „Komenský“ Schule in Wien das Öffentlichkeitsrecht verleihen. A.E.I.O.¹³

Um das Öffentlichkeitsrecht für seine erste Schule zu erlangen, prozessierte der „Komenský“-Verein bis zum Obersten Verwaltungsgerichtshof, um dort erfahren zu müssen, die Tschechen seien in Wien keine alteingesessene Minderheit und tschechisch stelle daher keine „landesübliche“ Sprache dar.

„Komenský“ verfolgte aufmerksam das Geschehen um das Minderheitenschulwesen in der gesamten Donaumonarchie und brachte eine Reihe von Dokumenten in deutscher und tschechischer Sprache zu dieser Problematik heraus. Alle Bemühungen um die Erweiterung des tschechischen Schulwesens in Wien scheiterten, erst die zwanziger und dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts brachten die lang ersehnte Gleichstellung.

Heute werden vom österreichischen Staat die Lehrergehälter bezahlt, während die Betriebskosten und Lehrmittel, die etwas mehr als 1.500 Euro jährlich pro Schüler ausmachen, sich der private Verein, die Eltern sowie der tschechische Staat teilen müssen. Die österreichische Fassung der 2001 ratifizierten „Regionalsprachencharta“ ignoriert diese Bildungsinstitution völlig. Die durch den „Komenský“-Vereinsvorstand beauftragten Juristen prüfen derzeit Möglichkeiten, die die im letzten Jahr im Verfassungsrang verabschiedete so genannte „Staatszielbestimmung“ für

¹² Übersetzung aus dem Tschechischen. In: *Češiček*, Nr. 11, 1867.

¹³ Übersetzung aus dem Tschechischen. In: *Komenský*, Nr. 1, Jänner 1906.

die Schulfinanzierung bietet. Österreich hat sich darin verpflichtet, das historische Erbe seiner Minderheiten zu bewahren.

Viele Vereine, keine Politik

Was die Auflage betrifft, so konnte es mit der täglich erschienen sozialdemokratischen Zeitung *Dělnické Listy* nur eine andere aufnehmen: *Videňský dennik* (zu deutsch: *Die Wiener Tageszeitung*, 1907–1938). Als Organ der Niederösterreichischen Sektion des Tschechischen Nationalrates, einer Art Dachorganisation aller Wiener tschechischen Vereine, brachte es *Dennik* täglich auf 12.000 Exemplare, im Laufe des Ersten Weltkrieges gar auf 25.000 Stück. Im Gegensatz zu der sozialdemokratischen Konkurrenz, die großteils für die Arbeiterschaft in den böhmischen Kronländern bestimmt war, ging der überwiegende Teil dieser Auflage an das Wiener tschechische Publikum. Die Idee, eine Wiener gesamttschechische Zeitung zu schaffen, war nicht neu. Um Ähnliches bemühten sich im Jahr 1868 die Wochenzeitung *Videňský Věstník* (zu deutsch: *Der Wiener Anzeiger*), gefolgt von *Zvesti slovanské* (zu deutsch: *Slawische Nachrichten*, 1876–1877), *Ohlas od Dunaje* (zu deutsch: *Das Echo von der Donau*, 1882) und schließlich *Věstník* (zu deutsch: *Der Anzeiger*, 1883–1914). Wie Zeitungen hatte auch eine gemeinsame Wiener tschechische Dachorganisation Vorläufer. Aus dem Jahre 1861 stammt „Der österreichische Nationalitätenklub“, gefolgt vom „Ersten tschechischen politischen Verein in Wien“ (gegründet 1885) und schließlich dem direkten Vorgänger des Tschechischen Nationalrates, dem „Niederösterreichischen Nationalrat“, welcher im Jahre 1900 gegründet wurde.

Die inhaltlichen Auseinandersetzungen der Zeitungsredaktion mit der Minderheitenthematik waren beispiellos. De facto als einziges Wiener tschechisches Periodikum (mit Ausnahme von *Slovenské Noviny*, zu deutsch: *Slowakische Zeitung*, die von 1849 bis 1861 in tschechischer Sprache erschienen war) befasste sich der *Videňský Dennik* mit der Stellung der Slowaken in der ungarischen Hälfte der Donaumonarchie, brachte weiters ausführliche Berichte über die Wiener Volkszählungspraktiken, schrieb über die komplizierten Abhängigkeiten der Wiener Tschechen zum 5,5 Millionen großen (die größte slawische Nation in der Donaumonarchie, nach den Deutschen die zweitgrößte im k.k. Österreich) Muttervolk.

Als erstes Wiener tschechisches Periodikum interessierte sich der *Dennik* für das Schicksal von Abertausenden Minderheitenangehörigen in der Zeit nach der Donaumonarchie und nahm damit die spätere Reemigrationswelle vorweg, die nach 1918 tatsächlich geschätzte 150.000 bis 200.000 Wiener Tschechen umfasste. Das Blatt formulierte ein ethnisches Autonomie-Programm für Wiener Tschechen. Es beinhaltete eine schulische und wirtschaftliche Komponente und ein bescheidenes Antidiskriminierungsgesetz. Es ging beispielsweise um ethnische Schutzregelungen am Arbeitsplatz. Den *Dennik* beschäftigten Mischehen, geregelte Zuwanderung oder etwa die Minderheit der Raetoromanen in Tirol.

Bei diversen Wahlen traten Kandidaten der Dachorganisation, des Tschechischen Nationalrates, an, jedoch ohne nennenswerten Erfolg. Die Wiener Tschechen schafften es bis 1918 nicht, einen nationalen Kandidaten aus ihrer Mitte zu wählen und erwiesen sich schlussendlich als einflusslos, trotz der ständigen patriotischen bis nationalistischen Aufrufe ihrer Presseorgane.

Die Zeitung dokumentierte das dunkelste Kapitel des tschechisch-deutschen Zusammenlebens in Wien – die offene Gewalt, der neben etlichen tschechischen Schulgebäuden, Veranstaltungsräumen, Zeitungsdruckereien sowie einem Gebäude einer tschechischen Vorschusskassa auch Passanten und Tanzfestbesucher ausgeliefert waren. In der Nacht von Samstag, dem 19., auf Sonntag, den 20. Oktober 1907, wurde die Zeitungsredaktion selbst Ziel eines Anschlages. In das Zeitungsgebäude drangen mehrere Männer ein, verletzten zwei Angestellte und bedrohten die Belegschaft mit einer Pistole. Zwei Jahre später wurden die Redaktion sowie die Druckerei vom Wiener Magistrat mit der Begründung geschlossen, die Druckmaschinen würden die Ruhe der Nachbarhäuser stören. Die Zeitung wehrte sich vergeblich mit der Argumentation, die Druckerei wäre früher volle sechs Jahre in deutscher Hand gewesen und keiner hätte sich beschwert.

Von allen anderen Vereinszeitschriften sei hier noch eine erwähnt, die Frauenzeitschrift mit dem Namen *Zájmy služek* (zu deutsch: *Die Dienstmädcheninteressen*, 1911–1914). *Zájmy* waren eine regionale Wochenschrift, die sich für Rechte von in Wien beschäftigten tschechischen Dienstmädchen (angeblich bis an die 90.000 knapp vor dem Ersten Weltkrieg) und ihre gesellschaftliche, finanzielle, rechtliche und politische Emanzipation einsetzte.

Die tschechische Frau muss überzeugt sein, dass unser Kampf für die bloße Existenz des Tschechentums geführt wird. Für das Leben unserer Sprache und unser geschichtliches Gedächtnis. Wir kämpfen aber nicht um die Vorherrschaft, so wie es eine dieser freien und mächtigen Unterdrücker-Nationen tut.¹⁴

Zájmy služek war ein streng antiklerikales Blatt, welches gegen ein anderes Wiener tschechisches Periodikum, das katholische *Ráj* (zu deutsch: *Das Paradies*, 1912–1939), ankämpfte. Die Blattlinie von *Ráj* unterschied sich radikal von anderen Wiener tschechischen Periodika, die sich der Probleme von sozial Benachteiligten angenommen hatten:

Nur ein solches Reich darf sich glücklich nennen, das einen religiösen und friedvollen Herrscher hat, welcher für das Wohl seiner Untertanen wie ein guter Vater für seine Kinder sorgt. Sein Bewusstsein, dass diejenigen, die durch die göttliche Vorsehung ihm anvertraut wurden, sich zufrieden und glücklich fühlen, ist sicher seine größte Befriedigung.¹⁵

Ráj dürfte trotzdem die sozial schwachen tschechischen Dienstmädchen mehr als *Zájmy* angezogen haben. Es berichtete ständig über seine sozialen Programme, schlug aber keine, es sei denn moralische oder religiöse, Veränderungen vor. Die rechtliche und soziale Stellung dieser Berufsgruppe muss katastrophal gewesen sein. Nur ein einziges Mal äußerte sich *Ráj* vorsichtig zum Thema Wiener Tschechen. Im Artikel mit der Überschrift „Fordern wir rechtzeitig das Heimatrecht“ klärte das Blatt die wahrscheinlich nichts ahnenden Dienstmädchen auf, sich auch um die rechtliche und daher soziale Komponente ihrer Zukunft zu kümmern. Nach den damaligen Gesetzen war in sozialen Notlagen (genauso wie beim Wahlrecht) die Heimatgemeinde zuständig. Die Dienstmädchen durften in Wien zwar arbeiten, als Kranke, Arbeitslose, Pensionistinnen oder gar Wählerinnen durften sie nicht bleiben, solange sie kein Heimatrecht hatten. Erst nach zehn Jahren Aufenthalt durfte man vom Heimatrecht Gebrauch machen. Zum Thema Assimilation meinte der Artikelverfasser damals:

Es ist ein völliger Irrtum zu glauben, dass mit dem Erlangen der Zugehörigkeit die Notwendig-

keit verbunden ist, auf die eigene Nationalität zu verzichten und so vielleicht ein Angehöriger deutscher Nation zu werden. Unsere angeborene Nationalität kann uns niemand wegnehmen. Sie, der größte Schatz in uns, bleibt auch dann erhalten, wenn wir Angehörige der Stadt Wien werden.¹⁶

Religiöse Zeitschriften

Auffallend ist eine gewisse Häufigkeit von APeriodika rein katholisch-religiösen Inhalts. *Hlasatel svatého kříže* (zu deutsch: *Der Herold des heiligen Kreuzes*, 1895–1902), *Křížák* (zu deutsch: *Der Kreuzfahrer*, 1903–1913) oder das bereits erwähnte *Ráj*. Zählt man die politischen Zeitungen mit christlicher Orientierung hinzu, kommt man auf fünf verschiedene Produkte, die zwischen 1900 und 1918 eine ähnliche Zielgruppe versorgten – die Wiener tschechischen Katholiken.

Die Tradition der Wiener „tschechischen“ religiösen Presse geht tief ins 19. Jahrhundert zurück. Tschechisch unter Anführungszeichen deswegen, weil diese Periodika eigentlich für die damals noch tschechisch sprechenden Slowaken in der ungarischen Reichshälfte bestimmt waren. Andere Periodika waren für die tschechisch sprechenden Protestanten bestimmt. Sowohl *Církevní Listy* (zu deutsch: *Kirchliche Blätter*, 1863–1867) als auch *Slovenské Noviny* (zu deutsch: *Slowakische Zeitung*, 1849–1861) waren evangelische Blätter. Von diesen beiden ist vor allem die *Slovenské Noviny* erwähnenswert. Nicht nur, weil sie eine der ältesten Wiener Zeitungen in tschechischer Sprache ist, sondern weil man über sie als die einzige „offizielle“ tschechischsprachige Zeitung Staatsakten in größerem Umfang angelegt hat. Die Akten ermöglichen einen guten Einblick in die oft bedrückenden materiellen Lebensumstände von Zeitungsmitarbeitern. *Slovenské Noviny* war darüber hinaus zwischen 1851 und 1861 das einzige in Wien in tschechischer Sprache erschienene politische Periodikum. Für die österreichische Regierung stellte *Slovenské Noviny* ein geeignetes Mittel für den Kampf gegen die ungarische Unabhängigkeitsbewegung dar. Zur Erläuterung: Man pflegte damals oft nicht von Slowaken und Tschechen, sondern von Tschechoslawen zu schreiben, deren gemeinsame Sprache man

¹⁴ Übersetzung aus dem Tschechischen. In: *Zájmy služek*, Nr. 4, 17.2.1912.

¹⁵ Übersetzung aus dem Tschechischen. In: *Ráj*, Nr. 8/9,

August/September 1916.

¹⁶ Übersetzung aus dem Tschechischen. In: *Ráj*, Nr. 5, Mai 1912.

manchmal sogar „tschecho-mährisch-slowakisch“ bezeichnete – aus heutiger Sicht sicher politisch überkorrekt! Ein politisches und kulturelles Experiment, welches sich nicht durchsetzen sollte. Die Slowaken fanden ziemlich bald zu einer eigenen Hochsprache und Ungarn erreichte trotz *Slovenské Noviny* die Teilung des Reiches in zwei Hälften. Nichtsdestoweniger lieferte *Slovenské Noviny* zehn Jahre lang als das einzige in tschechischer Sprache erschienene politische Periodikum Stoff über das „tschechoslawische“ Wien, zumeist kurze Artikel über kulturelle Veranstaltungen. In einigen wenigen Stellungnahmen kritisiert die Zeitung die alltäglichen Vorurteile, mit denen ein „Tschechoslawe“ in Wien konfrontiert war. Als erstes Wiener tschechisches Periodikum beschrieb die *Slovenské Noviny* die Arbeits- und Lebensumstände der sogenannten „Ziegelböhme“ auf dem Wiener Laaerberg.

Gehst du den Südhang von Laaer- und Wienerberg hinauf, offenbart sich am Fuß des Berges eine lange Reihe von großen Ziegelfabriken. Es ist Miesbacher Inzersdorf – das tschechische Ägypten. Wie einst die Israeliten die Ziegelsteine für die Gebäude von Pharaonen brannten, so brennt hier das tschechische Volk die Ziegel für den Wiener Bau. Im Sommer arbeiten in den Inzersdorfer Ziegelfabriken etwa 6.000 Arbeiter, Frauen und Männer. Im Winter kehrt die eine Hälfte in die alte Heimat zurück, die andere bleibt in ihrer neuen. In der Nähe von jedem Ziegelofen steht eine Werkstatt und ein großes Gebäude mit zwei Gesindestuben, die durch einen kleinen Raum mit großer Feuerstätte voneinander getrennt sind. Außen gibt es auf beiden Seiten eine Holzterrasse, die auf den Dachboden führt. Das sind die Arbeiterquartiere. In einer Gesindestube wohnen mehrere Familien. Ihr Platz wird durch ein Bett und einen Tisch abgegrenzt.¹⁷

Der Verfasser dieses Artikels hielt die Geburtsstunde des modernen „Massengarbeiters“ in Österreich fest.

Multikulturelle Utopie

Im Scheitern einiger weniger Versuche des lokalen tschechisch-nationalen Flügels, so etwas wie eine globale politische Persönlichkeit des Wiener Tschechentums hervorzubringen, manifestiert sich die eigentliche Unzulänglichkeit einer Minderheit. Rückblickend kann man sagen, die einzigen politischen Persönlichkeiten unter den Tschechen waren die in Wien gewissermaßen nur „gastierenden“ Reichsratspolitiker, darunter der spätere erste Präsident der unabhängigen Tschechoslowakei Tomáš Garrigue Masaryk. Wien wurde nie wirklich zu einer multikulturellen Donaumetropole des Vielvölkerstaates, wie es sich die Wiener tschechische Minderheit wünschte. Es kam schlimmer. Wien und ganz Österreich bekamen Jahrzehnte später die Möglichkeit, die angestrebte Monokulturalität auszuüben. Der hierzulande bejubelte Anschluss an Deutschland ließ dann Österreich überhaupt von der Europakarte verschwinden. Andererseits muss man sagen, dass die nach dem Zerfall der Donaumonarchie wiedergewonnene tschechische Staatlichkeit auch nur von kurzer Dauer war. Für radikale Lösungen jeder Art lassen sich aber in der Wiener tschechischen Presse keine Befürworter ausmachen.

Wien war zwar, rein quantitativ gesehen, die größte tschechische Stadt; es gab hier tschechische Vereine, tschechische Kneipen, tschechische Chöre, Theaterensembles, eine tschechische Kirche und eine tschechische Volksschule ohne Öffentlichkeitsrecht, ja sogar tschechische Zeitungen und Druckereien. Das tschechische Wien hatte jedoch keine höheren Schulen, keine Politiker, keine professionelle Kulturszene, keine überregionalen Schriftsteller oder Komponisten. Der sprichwörtliche zweisprachige oder multikulturelle Charakter der Donaumetropole endete auf einem ziemlich niedrigen Niveau. Die Wiener tschechische Presse stellte eine bedeutende Leistung dieser unvollkommenen Gesellschaft dar.

Dr. Dalibor HÝSEK (1961, CSSR)

Österreich-Korrespondent der tschechischen Tageszeitung *Lidové noviny* und von *Radio BBC-Prag*; 1983 Flucht nach Österreich, seit 1989 Mitarbeiter der Minderheitenredaktion des ORF; 1998 Promotion an der Universität Wien zum Thema „Integrationsfunktion von Massenmedien in der multikulturellen Gesellschaft. Die Wiener tschechische Presse zur Zeit der Donaumonarchie“.

¹⁷ Übersetzung aus dem Tschechischen. In: *Slovenské Noviny*, Nr. 78, 7.7.1855.

Auf zum Widerstand?

Zur Gegenöffentlichkeit in Österreich vor 1848

Wolfgang Duchkowitsch

Vorwort

Gesetze, Verfügungen und Entscheidungen, die geschaffen worden sind, um öffentliche sowie private Kommunikationsverhältnisse zu regeln (in welcher Hinsicht und mit welchem Resultat auch immer), geben zumeist die Beschaffenheit (und Befindlichkeit) gesellschaftlicher Verhältnisse normativ wieder. Damit ist nicht gesagt, dass solche Normen stets mit den Interessen aller Medienproduzenten harmonisiert oder den Beifall aller RezipientInnen gefunden haben.¹ Die politischen Rahmenbedingungen der gesellschaftlichen Kommunikation und ihrer (Massen-)Medien sind daher nicht nur von der Verfasstheit eines gesellschaftlichen Systems – hier des Absolutismus in seiner unterschiedlichen Präsentation – aus zu betrachten und zu erklären. Ihre Wirksamkeit ist auch von der an den Tag gelegten, vorausseilenden bis lediglich gerade noch vollzogenen Willfährigkeit von Medieneigentümern sowie diesen unterstellten Journalisten oder von anderen Publizisten aus zu erfassen. Externe und interne Indikatoren ließen sich insbesondere für das Handeln von Medieneigentümern relativ leicht bilden. Eine umfassende Analyse ihres Handelns wäre dennoch in mehrere Hände zu legen – ein Projekt für die Zukunft, ein Anliegen für DiplomandInnen, die sich der Zugkraft „gängiger“ Themen verschließen, nicht aber Interessen der Neueren Geschichtswissenschaft.

Vorleistung für ein derartiges Projekt müsste sein, die Aktivitäten von Kräften der Gegenöffentlichkeit während der Ära des Absolutismus nach Erkenntnisinteressen der Kommunikationswissenschaft im Verbund mit „benachbarten“ Fächern zu erfassen und zu analysieren, nicht zuletzt mit der über die „alte“ Volkskunde hin-

ausgewachsenen Ethnologie. Das Argument für eine solche Vorleistung erscheint simpel genug. Aktivitäten der Gegenöffentlichkeit, wann auch immer sie in der Epoche des Absolutismus geschaffen wurden und wie auch immer sie materiell beschaffen waren, zeigen den Niederschlag von politischen Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Kommunikation und ihrer (Massen-)Medien deutlicher auf als die unter Aufsicht der Zensur produzierten Zeitungen und Zeitschriften. Erstere affirmierten bestehende Verhältnisse, letztere nicht immer.² Kräfte der Gegenöffentlichkeit, in den Peripheriezone herrschender Gesellschaft artikuliert, sei es in der Stadt oder auf dem Land, stellen mit ihren Mitteln dagegen zumeist ein Ferment für zukünftige Funktionsleistungen von (Massen-)Medien dar. In ihren verborgen produzierten oder dem unmittelbaren Regierungszugriff entzogenen, heimlich oder öffentlich verbreiteten, für denkensgleiche und „denkfähige“ Publika konzipierten Aussagen und Meldungen, bergen sie häufig Zündstoff für die „barocke“ oder für die „Glückseligkeit und Wohlfahrt des Staates“ versprechende Welt der weltlichen Herrschaft, die in Österreich, aber nicht nur hierzulande, den Untertanen jedes Recht auf Selbstgestaltung ihrer Lebensbereiche und Lebensäußerungen prinzipiell vorenthielt.³ Erst recht für die mehr als dreißig Jahre lang währende Kanzlerschaft des Fürsten Metternich (1815-1848), die wegen der konsequent betriebenen Unterdrückung von Presse- und Meinungsfreiheit sowie des europaweit ausgebauten Spitzelsystems als Schreckensherrschaft gilt.⁴

Ist deshalb aber schon alles als Ausdruck von Gegenöffentlichkeit zu begreifen, was in Österreich vor Ausbruch der 1848er Revolution trotz einmaligen Verbots oder mehrmaligen Untersa-

¹ Die historische Realität verwehrt eine durchgehend geschlechtsneutrale Form.

² Zweifelten sie Gefüge an oder verletzten sie diese sogar, wurde ihr weiteres Erscheinen per Dekret eingestellt: z.B. Die Zeitschrift *Der Mann ohne Vorurtheil*, verfasst von Joseph Freiherr von Sonnenfels, enger Berater Maria Theresias.

³ Erst unter Joseph II. (1780-1790) war dem Untertan ein gewisses Maß an „natürlichen“ Rechten zugestanden, v.a.

das Recht, nach den Gesetzen regiert zu werden. Weiterhin war ihm jedoch ein Anteil an staatlicher Willensbildung untersagt. Das Volk wurde nach wie vor als unmündig erachtet.

⁴ Ausgenommen für jene Sonderlinge, die sich als Apologeten Metternichs, des „Kutschers Europas“ erweisen oder verstehen wollen. Sein ausgeklügeltes System von Unterdrückung und Überwachung hinterlässt tiefe Gravuren in Teilen der österreichischen Gesellschaft.

gens auf den Marktplatz gesellschaftlicher Kommunikation gekommen ist? Eine auskömmliche Beantwortung dieser Frage auf Basis der Forschungsliteratur fällt schwer. Die Literatur älteren Datums basiert auf Quellen, löste sich von diesen aber nicht. Sie erbrachte Herrschaftsgeschichte. Dissertationen, die sich auf einzelne oder mehrere Verbotsaktionen der Obrigkeit bezogen, waren bis in die späten 70er Jahre hinein ähnlich gestaltet. Anders verhält es sich mit Arbeiten neueren Datums. Sie konzentrieren sich v.a. auf die Analyse von Intentionen und Manifestationen jakobinischer Publizistik sowie Spezifika der Gegenöffentlichkeit im Vormärz. Haben sie mit der früheren Literatur auch nichts mehr gemein, liefern ihre Resultate Einsicht in verschiedene Formen der Gegenöffentlichkeit. Die Zeit davor erscheint jedoch als „Stiefkind“ moderner Forschung. Ihr gilt das primäre Interesse des folgenden Beitrags, zumal Walter Grab die publizistischen Aktivitäten der Wiener Jakobiner ausführlich beschrieben hat.⁵ Im ersten Teil geht es vornehmlich um „Zeitungssinger“ und „Liederweiber“, im zweiten um „Geschriebene Zeitungen“ und im dritten um österreichische Exilanten sowie um das Gedicht als Mittel von Gegenöffentlichkeit.

Aktivitäten der Gegenöffentlichkeit im Absolutismus zeigen den Niederschlag von politischen Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Kommunikation.

1 „Landtfarer, Singer und Reimsprecher“, „Lieder- und Papierweiber“

Die erste Verordnung, die sich auf diese bezieht, erließ Ferdinand I. anno 1552 in einer Polizeiordnung. In der Präambel hielt er fest: „Manicherlay leichtferttig Volckh [...], die sich auf Singen und Sprüch geben“ verstehen, haben den weltlichen und den geistlichen Stand

„verächtlich“ angetastet und „zu beden Seiten gefasst“. Sie haben jeweils bei einem Stand vom anderen so gesungen, „daraus dann offit erger-nuss, zwispalt, unainigkeit und ungehorsam erwachst.“⁶ Solche singende „Landtfarer“ sind hinkünftig im Betretungsfall zu bestrafen, „doch wollen wir jhenigen so den Maister Gesang singen, hierin aussgeschlossen haben“. Außerdem verbot Ferdinand I. das Singen von „unschampere[n]“ Liedern bei Strafe für jedermann.

Das so apostrophierte „leichtferttig Volkh“ änderte danach die Orte seiner Tätigkeit. Die „Landtfarer, Singer und Reimsprecher“ begaben sich auf den öffentlichen Marktplatz. Nach dem Aufkommen von Zeitungen (in Wien 1621) bezeichneten sie sich als „Zeitungssinger“. Beim Marktvolk und bei den Marktbesuchern lösten sie Wohlgefallen aus, beim Wiener Hof neues Ärgernis. Die „Newe Infections Ordnung“ des Jahres 1656 bestimmte, dass „Zeitungssinger, bey welchen sich gemeiniglich eine mänge Volcks zu versambeln pflegt, [...] von dem Marckt hinweg zu schaffen“ sind.⁷ Sie wurden „hinweggeschafft“, kamen aber immer wieder, dokumentiert in der „Neüen Infections-Ordnung“ des Jahres 1679⁸ sowie in einem 1703 ergangenen Dekret des Wiener Bürgermeisters an den „Rumormeister“, dem Hauptmann der anno 1646 installierten „Rumorwache“.⁹ Eingangs wurde ihm mitgeteilt, dass

[...] durch das schier auff allen plätzen verüebende liedersingen nicht allein die dienstpohten an ihren obliegenden verrichtungen abgehalten, auch wohl in der gleichen Erkhauffung zuer vntreü mit anwendung des ihnen anvertrauten gelts angeratizet, sondern grosse fürsten und Herren mit ungezüemblichen calumnien vnd schmachworten angegriffen, nicht wenig andere erdichtete vnd vnwarhafftige Zeitungen eingemischet werden, welches alles mann länger zu gedulden nicht gesonnen ist.¹⁰

⁵ Walter Grab: *Ein Volk muß seine Freiheit erobern. Zur Geschichte der deutschen Jakobiner*. Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg 1984, 401-428.

⁶ zit. nach Gustav Gugitz: *Die „Liederweiber“ in Alt-Wien. Ein Beitrag zur Geschichte des Volksliedes*. In: *Zeitschrift für Bücherfreunde*. N.F. 20 (1928), 10-16 und 24-35; hier 10.

⁷ *Neue Infections Ordnung*. Wien 1656, 29.

⁸ *Neue Infections-Ordnung*. Wien 1679, 30.

⁹ Die „Rumorwache“ wurde in jenem Jahr eingerichtet, in dem sich die Regierung bei der Universität Wien als Institution für Angelegenheiten der Zeitungszensur

beschwerte, dass in Wiener Zeitungen und Extraausgaben „unwarhafftige, auch ungereumbte unndt gar Gefährliche sachen in publicis und privatis ein Khomen thuen, welche berichtlich offensiones erwökhen möchten“. Archiv der Universität Wien, V Z 2. Alois Veltze: *Die Wiener Stadtguardia*. In: *Berichte und Mitteilungen des Altertums-Vereines zu Wien*. 36/37 (1902), 132. Die Regierung stellte die Zeitungszensur unmittelbar nach dieser Beschwerde unter ihre eigene Obhut.

¹⁰ Wiener Stadt- und Landesarchiv, Alte Registratur, 40/703.

Danach wurde ihm anbefohlen, den Liedersingern ernstlich kundzutun, sich künftighin ihres Tuns zu enthalten. Widrigenfalls werde ihnen die „Gesänger ipso facto“ entzogen, d.h. die gedruckten (oder handschriftlich erzeugten) Lieder widrigen Inhalts und Gehalts.

Dieses Dekret ging just in jenem Jahr aus, in dem in Wien zwei Zeitungen gegründet wurden.¹¹ Sie entstanden nach einem öffentlichen Aufruf der Regierung, neuen Zeitungsunternehmern bedeutende Vorteile zubilligen zu können,¹² um „das arg darnierliegende Zeitungswesen Wiens mit allen Kräften zu heben“, wie Ernst Victor Zenker angibt,¹³ zeitgenössisch von Kaspar Stieler belegt, dass die Wiener Zeitungen im Vergleich mit anderen nicht sehr wohl klingen.¹⁴ Die erste Neugründung trug den Titel *Post=täglicher Mercurius*. Sein Herausgeber versprach mit Einwilligung des Hofes, die „wichtigsten in Europa vorgehenden Affairen und Actionen mit couriosen Raisonements und Politischen Reflexionen“¹⁵ zu vermengen. Der Begründer des zweiten Blatts, des *Wienerischen Diariums*, legte sich fest, die „hin und wider in der Welt merckwürdigsten/wahrhaftigsten/ und allerneuesten/ so schriftlich als gedruckter allhier einlaufenden Begebenheiten/ ohne einigen Oratorischen und Poetischen Schminck ordentlich“¹⁶ vorzustellen. Mit dem Programm beider Blätter sollte, von „oben“ durch die Zensurbehörde stets steuerbar,

- das Image der Wiener Presse gehoben,
- das Bedürfnis nach „ordentlicher“ Information, Kommentar und Unterhaltung gestillt
- sowie letztlich ein Gegengewicht zum nicht kontrollierbaren Tun der „Lieder- bzw. Zeitungssinger“ gebildet werden.

Die „Singer“ schufen gemeinsam mit ihren ZuhörerInnen auf öffentlichen Orten einen kurzweiligen Kommunikationsraum, für die Obrig-

keit einen opaken. Der Erwerb von gedruckten (oder handschriftlich vervielfältigten) Liedern sorgte für eine „unterirdische“ Verbreitung in der kaiserlichen Residenzstadt, v.a. von Dienstboten ausgehend – ein Affront schlechthin für die Obrigkeit. Hatten die „Singer“ eine primäre Gegenöffentlichkeit dargestellt, schufen v.a. die Dienstboten eine sekundäre. Groß war die Attraktivität der „Liedersinger“ für ihr Publikum, groß war offenbar die von ihnen ausgehende Bedrohung von Zucht und Ordnung, d.h. der von „oben“ diktierten Herrschaftsordnung, als unbändigbar erwiesen sich die „Singer“ mit ihren „ungezüemblichen calumnien vnd schmachworten“ sowie eingemischten „erdichtete[n] vnd vnwarhaffe[n] Zeitungen“.¹⁷

Im Frühjahr 1704, neun Monate nach Erlass des ersten Dekrets gegen die „Liedersinger“, musste der Bürgermeister schon das nächste Dekret ausgeben. Darin war von Dienstboten die Rede, die ihre „Geschäfte“ beim Zuhören von Liedern verabsäumen, aber auch davon, dass der Müßiggang forciert wird und „auch andere Scandala mit eingeführet“ werden.¹⁸ Im Falle weiteren Betretens drohte den „Liedersingern“ nicht nur die Wegnahme ihrer „Gesänger“, nun drohten ihnen auch Arreststrafen. Doch selbst diese Anordnung erbrachte nichts. Nur zehn Monate später musste der Bürgermeister den „Rumormeister“ erneut ermahnen, sich einer besseren Handhabung der erlassenen Dekrete zu bedienen. Und nicht einmal zwei Jahre später musste er feststellen, dass sich die „Liedersinger“ inzwischen auch vor der Stadt sowohl am Vor- wie auch am Nachmittag einfanden, an den Wochentagen nicht nur die Dienstboten von der Verrichtung ihrer Arbeit abhalten, sondern an Sonn- und Feiertagen die Kirchgänger durch „bisswider gantz unziembliche und ärgerliche Sachen“ zum Fernbleiben des Gottesdienstes verleiten.¹⁹ Wieder drohte er ihnen Arreststrafen an. Wiederum ohne Erfolg.

¹¹ Der *Post-tägliche Mercurius* sowie das *Wienerische Diarium*.

¹² vgl. dazu Wolfgang Duchkowitsch: *Absolutismus und Zeitung. Die Strategie der absolutistischen Kommunikationspolitik und ihre Wirkung auf die Wiener Zeitungen 1621-1757*. Phil. Diss. Wien 1978, 147 ff.

¹³ Ernst Victor Zenker: *Die Geschichte der Wiener Zeitung in ihrem Verhältnisse zur Staatsverwaltung auf Grund archivalischer Forschungen dargestellt*. In: *Jubiläum-Festnummer der kaiserlichen Wiener Zeitung*. Wien 1903, 1-12; hier 2.

¹⁴ Kaspar Stieler: *Zeitungs Lust und Nutz*. Vollständiger Neudruck der Originalausgabe von 1695. Hrsg. von Gert Hagelweide. Bremen: Schünemann 1969, 37.

¹⁵ *Post=täglicher Mercurius*, Nr. A vom 31. Jänner 1703.

¹⁶ *Wienerisches Diarium*, Nr. 1 vom August 1703.

¹⁷ Der Begriff „Zeitungen“ meint Nachrichten im

ursprünglichen Wortsinn. In den „Zeitungen“ der in Wien aufgetretenen „Liedersinger“ mag manches „erdichtet“ worden sein. Da kein einziges Produkt ihres Tuns überliefert ist, kann mehr dazu nicht gesagt werden. Das Attribut „unwahrhaft“ erweist sich bei analytischer Betrachtung aller erhaltenen Zensurakten als „Standardformel“ des Absolutismus. Denn als „unwahrhaft“ wurden alle Nachrichten in Druckschriften bezeichnet, die mit den Interessen der Herrschaft konfligierten, auch wenn sie wahr waren sowie jene wenigen, die aus Recherchemissgeschick oder um einer Sensation willen publiziert wurden.

¹⁸ Wiener Stadt- und Landesarchiv, Alte Registratur, 112/704.

¹⁹ w.o. Alte Registratur, 97/706.

Insbesondere aktivierte das Ableben Joseph I. (1711) die „Zeitungssinger“. Der Wiener Hof reagierte irritiert: Es zeige die „tägliche erfahrenheit“, dass

[...] über den höchstbetriebten zeitlichen Hinterrith Unsers allergnädigsten Herrns vnd Landesfürsten Josephi primi Christmildesten angedenkens mehrmalen verschiedene gesänger und Lieder [...] mit vielfältig: enthalten: vnbesonnenen gleichnüssen vnd allusionibus verfasst vnd in druckh gegeben, vnd sodann [...] öffentlich abgungen [werden].²⁰

„Denen von Wien“, also dem Bürgermeister und Stadtrat, teilte der Hof mit, dass jene „auf denen Bänckchen gewöhnlichermaßen aufstehende singer von nun an alsogleich“ abzuschaffen sind.²¹ Möglicherweise wurden sie im Anschluss daran wirklich aus der Stadt verwiesen. Doch spätestens 1720 waren sie wieder in Wien tätig, diesmal in „Tranck- und Schenckstuben“.²²

Hat der Ortswechsel der „Liedersinger“ – weg von öffentlichen Plätzen in und vor der Stadt hinein in „Tranck- und Schankstuben“ – zu einer inhaltlichen Verflachung ihres Agierens geführt? Die Anordnung an die Besitzer solcher „Stuben“, den „Singern“ ein weiteres Auftreten zu versagen, spricht nicht dafür. Auffallend ist die Verlagerung obrigkeitlicher Interessen auf die Ebene einer „Befriedung“ von „Liedersingern“ durch Wirtshausbesitzer. Sie lässt zwei Interpretationen zu: 1. Das Problem der „Singer“ sollte in Form einer Quasi-Selbstregulierung gelöst werden. 2. Der selbst vorgenommene Rückzug der „Singer“ von öffentlichen Plätzen benötigte ein weiteres Verbot ihres Gewerbes²³ nicht mehr.

Den „Liederweibern“ und „Papierweibern“ schreibt Gustav Gugitz eine Fortsetzung dieses Gewerbes zu. Es habe darin bestanden, „Zeitungslieder“ abzusingen und zu verkaufen. Zum Vertrieb ihrer darüber hinaus angebotenen Drucke „in Prosa oder Versform, mit oder ohne Holzschnitt“, über die „Merckwürdigsten in- und ausländischen Begebenheiten, Kriegsvorfällen und Alltagsgeschichten, Neujahrswünschen und

dergleichen mehr“ haben sie „Gassenbuben“, Halbwüchsige aus der Verwandt- oder Bekanntschaft, engagiert. Diese „überschwemmten“, so Gugitz in Nähe zur Herrschaftsgeschichte, mit derartigen Drucken die Alt- und Vorstadt.²⁴

Das *Patriotische Blatt*, ein Blatt der josephinischen Zeit, betrachtete diese Vertriebsform anders. Die Verbreitung von „Volksliteratur“ und die Existenz eines „volkstümlichen“ Vertriebs sei notwendig. Denn dadurch fühlen sich die unteren Volksschichten zum Lesen bewegt und bilden sich auf diese Weise doch,²⁵ ein Argument „volkspädagogischen“ Zuschnitts, das viele Aufklärer forcierten und im Buch „Kultur und Presse“ des Kulturjournalisten und Schriftstellers Emil Löbl erneuerten Niederschlag gefunden hat, veröffentlicht in der geistig einzigartigen Atmosphäre in „Wien um 1900“.²⁶

Eine Impression über die Tätigkeit der „Liederweiber“ bzw. „Papierweiber“, wie sie amtlich bezeichnet wurden, liefert das „Wiener Theater-Almanach“ in seiner Ausgabe für 1794: „Als in Wien noch öfters Missethäter hingerichtet wurden, verkauften sie auch die sogenannten Urtheile, welche eine kurze Lebensgeschichte des Missethätters und sein Todesurtheil enthielten“. Nun seien ihre ergiebigsten Gegenstände: „Große Feuersbrünste, Überschwemmungen, Todtschläge, Vergiftungen oder der Einzug des türkischen Gesandten u. dergl. mehr“. Volkslieder verkaufen sie auf ihre eigene Kosten, „wenn sich nicht besonderes zuträgt“. Sie haben dafür einen eigenen „Dichter im Solde“ und halten sich zumeist vor den Stadttoren auf. Sie „unterrichten die Küchenmägde, Spinner, Stricker, Wäscher-mädchen u.s.w. bei dem Verkaufe zugleich in der Melodie.“²⁷

In dieser Schilderung erscheint das Gewerbe der „Liederweiber“ vergleichsweise mit jenem der „Singer“ politisch harmlos, nicht so aber im kaiserlichen Befehl gegen Ende 1793, „den Verkauf derlei Blätter durch Ausrufen und Herumziehen bei Zuchthausstrafe zu verbieten.“²⁸ Wenige Monate danach lag ein Gutachten des „treuehorsaamsten Directorii in Cameralibus et publico“

²⁰ w.o., Alte Registratur, 15/1711.

²¹ ebda.

²² w.o., Alte Registratur 176/1720.

²³ Anm.: Die „Liedersinger“ haben in Wien bereits zu Beginn des 18. Jahrhunderts eine feste Berufsform dargestellt. Gugitz, *Die „Liederweiber“ in Alt-Wien*, a.a.O., 13.

²⁴ Gugitz, *Die „Liederweiber“ in Alt-Wien*, a.a.O., 14.

²⁵ *Patriotisches Blatt*, 1789. H. 2, 144 ff.

²⁶ Emil Löbl: *Kultur und Presse*. Leipzig: Duncker und Humblot 1903, 235.

²⁷ Wiener Theater-Almanach für das Jahr 1794. Wien 1793, 176-177.

²⁸ zit. nach Gustav Gugitz: *Lieder der Straße. Die Bänkelsänger im josephinischen Wien*. Wien: Hollinek 1954 (= Österreichische Heimat. 18.), 16.

vor: Es habe die Erfahrung schon mehrmals gezeigt, dass

[...] durch den Weg, welche geringe unbeschäftigte Buchdrucker oft suchen, ihre schlechte ware, sogenannte Laufer, einzelne nach dem Geschmack des Pöbels geschriebene Blätter, durch die Ständelweiber, oder durch herumschreiende und Straßen und Häuser durchlaufende Gassenbuben schleunig abzusetzen, mancherlei Unfug und Ärgeris veranlasst wird, denen die Polizei gemeinlich erst dann Einhalt zu thun vermag, wenn die mehresten Sücke schon ans neugierige und durch den geringen Preis gelockte Publikum verkauft sind und nun in Bier- und Weinhäusern von Hand zu Hand gehen, wo auch die im Entdeckungsfalle erfolgende Bestrafung das geschehene übel nicht austilgen kann.²⁹

Aus Angst vor dem „Schreckgespenst“ der Französischen Revolution, v.a. aber auch vor der „Jakobiner-Literatur“, die 1793 in der „Mainzer Republik“ ihren Höhepunkt erlebte, stellte das Gutachten über die „Laufer“ anschließend fest:

Nutzen für das Publikum ist daraus schlechterdings nicht zu erwarten, vielmehr dienen solche Produkte nur dazu, den Begriff des gemeinen Mannes und den gesunden Geschmack des Publikums zu verderben, zu geschweigen des Unanständigen und des unruhigen Wesens, welches das Herumlaufen und widrige Geschrei mit sich führt und des bedenklichen Missbrauches, wozu es bei einem oft leichtsinnigen Pöbel ausarten könnte. In jetzigen Zeiten scheint dergleichen doppelte Aufmerksamkeit zu verdienen, indem geschehen könnte, daß ein durch böse Menschen und Versprechungen verleiteter dummer Mensch oder ein seiner Bürgerpflicht vergessener Nichtwürdiger, es sei aus sträflicher Gewinnsucht oder aus noch ärgerem Beweggrunde durch diesen Weg, in solchen heimlichen gedruckten und einer Menge unverständiger Weiber und müßiger Buben übergebenden Blätter in wenigen Stunden höchst schädliche und für die allgemeine Ruhe gefährliche Dinge allenthalben ausbreitete, er

selbst aber bei diesem Wagstück unerkant bliebe oder sich mit der Flucht rettete.³⁰

Gemäß dieser Betrachtungen empfahl das Gutachten, den „Verkauf neugedruckter Blätter, es seien unschickliche Gebete, Lieder, Kriegsnachrichten oder Gaukeleien und Possenstücke, ein für allemal und ohne Ausnahme, unter Strafe des Zuchthauses für die Verkäufer und noch empfindlicher für die Urheber“ zu untersagen. Einzelne Fälle zeigen, dass dies tatsächlich so gehandhabt wurde, wiewohl die Zeit der „Liederweiber“ allmählich zu Ende ging.

Die „Liedersinger“ schufen gemeinsam mit ihrem Publikum den Marktplatz, einen kurzweiligen Kommunikationsraum.

2 Geschriebene Zeitungen

Geschriebene Zeitungen, die sich aus Anlagen zu Briefen von Privatpersonen entwickelt und sich so nach und nach verselbständigt haben, erreichten in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts eine Hochblüte. Nach Karl Schottenloher tauchten sie besonders in Zeiten strenger Verbote immer wieder auf.³¹ Ähnlich argumentiert Kurt Koszyk: „Zu Zeiten verschärfter Überwachung und in Ländern mit besonders strengen Zensurgesetzen (wie etwa in Österreich zur Zeit Maria Theresias) hatte die Geschriebene Zeitung besondere Bedeutung.“³² Gustav Gugitz, der in seinen Arbeiten nie den Begriff Geschriebene Zeitungen verwendet, sondern stets von „brieflichen“ oder „handschriftlichen“ Zeitungen schreibt, sieht ihre Hochblüte im 18. Jahrhundert gekommen, namentlich in Wien: „Sie wurden geradezu zum Ventil und Verständigungsmittel für die angeregten Geister, die mit der Unzulänglichkeit der öffentlichen Zeitungen nicht zufrieden waren.“³³ Diese „Geister“ fingen sich „mit der zunehmenden Polarisierung aller Stände zu regen an und zwar im Gegendruck umso mehr als sich die Maßnahmen des Absolutismus bemerkbar machten.“ Leonhard Olscha erklärt den speziellen Einfluss, den Geschriebene Zeitungen auf die Mei-

²⁹ zit. nach Gugitz: *Die „Liederweiber“ in Alt-Wien*, a.a.O., 28.

³⁰ ebda.

³¹ Karl Schottenloher: *Flugblatt und Zeitung*. Berlin 1922, 249.

³² Kurt Koszyk: *Die Zeitung. 17. Jahrhundert bis zur*

Gegenwart. In: *Handbuch der Publizistik*. Bd. 3. Berlin 1969, 76-97.

³³ Gustav Gugitz: *W. L. Wehrlins Aufenthalt in Wien und die Wiener handschriftlichen Zeitungen*. In: *Zeitungswissenschaft* 9 (1934), 2, 49-62; 3, 104-119; hier 108.

nungsbildung in der Zeit des Absolutismus gewonnen hatten, aus ihrer Entwicklung zu politischen Oppositionsblättern:

Ohne Mitwirkung der Druckerpresse entstanden und polizeilicher Verfolgung schwer erreichbar, waren die geschriebenen Zeitungen, welche sich um alles andere eher, denn um die staatlichen Gedankenwächter kümmerten, aus nüchternen Neuigkeitsboten und bescheidenen Vorläufern der Journalistik, allmählich zu politischen Oppositionsblättern herangereift, welche die öffentlichen Angelegenheiten freimütig erörterten und der Stimmung der Bevölkerung und ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen rücksichtslos Ausdruck gaben.³⁴

Olscha lehnt sich in dieser Merkmalsbeschreibung an die vielen Verbote an, die im 17. und 18. Jahrhundert gegen die Geschriebenen Zeitungen ergangen waren. Das früheste Verbot stammt von Ferdinand II.: Er hat der Universität Wien als unmittelbar zuständige Zensurinstanz 1632 befohlen, 1. alle „Novelanten undt Zeittungs Schreiber so Jährlich: oder Monatliche Bestallung haben“ auszuforschen, 2. „Zeittung Schreiben ins gemein zuverbieten“ – gemeint war nicht das Verfassen von gedruckten Zeitungen – und 3. „mit denen Verbrechern mit straff zuverfahren“.³⁵ Ob die „Verbrecher“ ausgeforscht und sodann wirklich bestraft wurden, lässt sich anhand der erhalten gebliebenen Akten nicht eruieren. Ebenso wenig lässt sich erheben, wann Geschriebene Zeitungen als Nachrichten- und Erwerbszweig neuerlich Tritt in Wien gefunden haben.

Laut der denkwürdigen Arbeit von Adolph Wiesner über die Zensur in Österreich, publiziert 1847, stellte ihre Zunahme *das* Motiv dar, die Gründung neuer Zeitungsunternehmen in Wien zu fördern;³⁶ laut Helmut W. Lang in seiner 1969 approbierten Dissertation, „die einzige Möglich-

keit, die Flut der geschriebenen Blätter einzudämmen“,³⁷ in dieser Diktion der Herrschaftshistoriographie verpflichtet.

1671 war es dann soweit. Drei neue Zeitungen traten auf den Plan. Im Zuge dieser Erweiterung von zwei auf fünf Zeitungsbetriebe stellte die Niederösterreichische Regierung einen eigenen Zensor für die Geschriebenen Zeitungen ab, d.h. sie genehmigte ihre Existenz unter den Bedingungen der Zensur. Aber nicht einmal ein Jahr verging, bis sie beschloss, diese Duldung aufzugeben. Was sie zu diesem Schritt bewog, ist nicht bekannt. Lang glaubt festhalten zu können, wiederum der Herrschaftsgeschichtsschreibung zugehen: „Damit hatte die Regierung ihr Ziel erreicht.“³⁸

Das seine Aussage wertlos ist, belegt die Erwähnung einer geschriebenen „welschen Zeitung“ durch Wiesner.³⁹ Sie wurde zumindest von 1661 bis 1717 produziert, vermutlich von Personen, die sich im Diplomaten- oder Verwaltungsmilieu des kaiserlichen Hofes bewegten.⁴⁰ Dafür spricht u.a. die Beschreibung einer Jagd des Kaisers sowie eines Jagdausflugs der schwangeren Kaiserin „con numeroso seguito di Cavalieri“ im „Prater“ (einem beliebten kaiserlichen Jagdgelände). Beide Meldungen sind mit einem politischen Kommentar verbunden, mit einer Polemik gegen Frankreich in einem Fall, „Stante il proverbio quando la volpe predica guartae le galline“,⁴¹ und im zweiten Fall, „conforme al proverbio Spagnolo: Bien cuenta la madre meior cuenta el Infante“.⁴²⁴³ Von einem „Oppositionsblatt“ kann also keine Rede sein. Dass der Hof diese Geschriebene Zeitung nicht gekannt hat, ist füglich zu bezweifeln. Immerhin hatte die Steiermärkische Landesregierung sie jahrzehntelang abonniert gehabt,⁴⁴ immerhin dürfte sie auch in Verwaltungskreisen der Stadt Wien gelesen worden sein.⁴⁵

³⁴ Leonhard Olscha: *Wie die Zeitung entstand*. Als Habilitationsschrift vorgelegt. Wien 1950, 222.

³⁵ Archiv der Universität Wien, Consistorialakten, V Z 2.

³⁶ Adolph Wiesner: *Denkwürdigkeiten der oesterreichischen Zensur vom Zeitalter der Reformazion (!) bis auf die Gegenwart*. Stuttgart: Krabbe 1847, 80.

³⁷ Helmut W. Lang: *Die deutschsprachigen Wiener Zeitungen des 17. Jahrhunderts*. Phil. Diss. Wien 1968, 54.

³⁸ w.o., 57.

³⁹ Wiesner, *Denkwürdigkeiten der oesterreichischen Zensur vom Zeitalter der Reformazion (!) bis auf die Gegenwart*, 80.

⁴⁰ Doris Tautscher-Gerstmayr: *Die Geschriebenen Zeitungen des 18. Jahrhunderts in Wien*. Phil. Diss. Wien 1982, 51 ff.

⁴¹ dem Sprichwort gleich: Wenn der Fuchs predigt, hütet die Hennen!

⁴² mit einem spanischen Sprichwort konform, wonach die Mutter wertvoll sei, der Infant aber noch mehr.

⁴³ zit. nach Tautscher-Gerstmayr, *Die Geschriebenen Zeitungen des 18. Jahrhunderts in Wien*, 55-56.

⁴⁴ Landschaftliches Archiv-Graz, Schubert 721, fol. 74 und 319. Zit. nach Tautscher-Gerstmayr, *Die Geschriebenen Zeitungen des 18. Jahrhunderts in Wien*, 51 und 52.

⁴⁵ Dafür spricht die Verwahrung einiger Exemplare in der Wiener Stadt- und Landesbibliothek, Handschriftensammlung, Ic 35406. Zit. nach Tautscher-Gerstmayr, *Die Geschriebenen Zeitungen des 18. Jahrhunderts in Wien*, 52 ff.

Neben ihr existierten etliche deutsch Geschriebene Zeitungen in Wien. Dies belegt, wie wertlos der angeführte Kommentar zum Verbot der Regierung anno 1772 ist, Geschriebene Zeitungen zu verfassen. Eine ist aus dem Jahr 1774 erhalten. Ihr Autor ist unbekannt, wie es auch die Verfasser der italienisch Geschriebenen Zeitung sind. Über den (in der „welsch“ Geschriebenen Zeitung gemeldeten) Jagdausflug „Ihrer Majestät“ berichtete er kommentarlos inmitten politischer Meldungen: „Die Leibesschwängerung der regierenden Kayserin ist nunmehr gewiß, daher dan sind Ihr MMt. heüdt zum erstenmahl in sässel in den Prather zum fuchs pröllen getragen worden.“⁴⁶ Auf seine enge Kommunikation zum höfischen Arkanraum lässt die folgende Nachricht schließen:

Der Fürst von Lothringen erwartet stündlichen des nacher Pohlen ad explorandum abgefertigten Commissarii undt ist willens gleich darauf einen Abgeordneten in(xta) rei exigentiam an etliche fürnehmbe Senatores dorthin abzuschicken.⁴⁷

Insbesondere deutet die Formulierung „undt ist willens“ auf ein Wissen hin, das nur aus hohen Hofkreisen kommen konnte. Wie dieses Beispiel zeigt, besaß er intime und verlässliche Kenntnis über Intentionen der hohen Diplomatie. War er vielleicht selbst Mitglied des Hofes? Bediente sich der Hof vielleicht selbst des nicht öffentlich hergestellten, aber für eine (begrenzte) Öffentlichkeit bestimmten Mittels der Geschriebenen Zeitung, um auf diese Weise manche Pläne zu lancieren? Fragen, die vorläufig nicht beantwortet werden können – zukünftig vielleicht, etwa auf Basis einer Analyse von Botschaftsberichten und jenen Nachrichten, die auf welchem Wege auch immer ans Licht der Öffentlichkeit kommen.

Zunächst soll es dabei belassen sein, dass Verfasser von Geschriebenen Zeitungen im letzten Viertel des 17. Jahrhunderts, so gewalttätig eine solche Periodisierung ist, auch in unmittelbarer Nähe zum Hof agierten und agitierten. Bisweilen erweisen sich Ausgaben von Geschriebenen Zeitungen funktional sogar als Trägerelement der Hofberichterstattung, die heute in teilweise abgeänderter Form vorzüglich bunte Magazine füllt und ebenso gegenwärtig Urstände im regelmäßigen Spartenangebot der Boulevardpresse fei-

ert, geschweige denn im Format „Seitenblicke“ des ORF. Datiert mit 4. Juni 1682, berichtete eine Geschriebene Zeitung:

Ihr Mtt. der Kayser hatte eben selbige nacht sehr an Zahnschmerzen, mit welchen Er schon einige Zeit her geplaget, gelitten, die Kayserin aber, weil sie sanfft geschlaffen hat, nicht beunruhigen wollen, in deme Ihm aber nach Mitternacht ein Schlaff zuzugehen anfangt, wird er von der Kayserin gezupfft, daß es nun ernst sey, alsbald dar auff der Kayser in Schlaffpeltz und Pantoffeln aus dem Zimmer begeben, und gleich nach der Aya, Cammerfrauen und Hebammen geschickt, auch der Frau Mutter eilende Post gethan worden. Ehe sie aber alle zusammen kommen, ist der Printz Gott Lob, schon vorhanden gewest.⁴⁸

In der Ausgabe einer Geschriebenen Zeitung vom 26. Juni 1702 wurde die Abreise des kaiserlichen Herrschaftspaares nach Rom in Form einer Reportage gestaltet:

Abends umb 5 Uhr versamblete sich die gantze Suite, welche ihre mten begleitten sollte, auf der Burg, u. wurden die chaisen, Post Caleschen u. Bagage=wägen mit dem äuseren Platz in gehörige ordnung gestellet. mitten auf demselben hielt die Kay. hatschier garde zu Pferde u. liessen sich die Trompetter und Pauker zu verschiedenen mahle hören. gegen 6. uhr fandte sich der Cardinal Collonitsch, der Venetianische Botschaffter und Bischoff von Wien, nicht weniger die hiesige so wohl als frembde Ministeri nebst der übrigen Nobles bey Hoffe ein, um dem abzuge mit bey zu wohnen. Nachdemen die darzu bestimpte Stunde herankom, verfügeten sich Beyde Königl. mten aus dero Zimmern nach des Kaisers Quartiere in einer Gallerie welche mit dero retirade communication hatt, der König gieng zu dem Kayser, und die Königin zu der Kayserin, u. wie Sie sich ziembl. lange miteinander unterhalten, nahmen sie einen fömrlichen abschied, und küseten ihnen die händ, wogegen sie einen hertzl. Glückwunschungs Segen auf die Reise empfangen.

Nach einer weiteren Beschreibung der Abschiedszeremonien, wobei auf die an den Tag gelegte innige Herzlichkeit zwischen beiden Potentaten besonders hingewiesen wurde, setzte der Bericht minutiös fort:

⁴⁶ Wiener Stadt- und Landesbibliothek, Handschriften-sammlung, Ic 35406, fol. 1r.

⁴⁷ ebda.

⁴⁸ w.o., Ic 35.406, fol. 39r.

Ihre Kay. mt. begleiteteten den König und Königin nur bis an die Thür der retirade, des Herrn Hertzogs dhl. u. die 4 Ertz Hertzoginnen aber benebst dem Cardinal, Botschaffiern und vornehmsten Adel folgten Ihnen in der ordnung, wie Sie sonst zu gehen pflegen, bis an die Postwagen, so auf der Burg bastey gleich für der Treppe hielt. Wie man für demselben kommen, fingen alle Postmeister! nach deme der graff von Baar den anfang gemacht:// und postillions durch die ganze Burg anzu blasen. Ihre mt. stzten sich neben einander, jedoch der König, wie gewöhl. oben an, in eine mit 4 Postpferden bespanneten Königl. chaise, welche der Postmeister von der ersten Post zulangen Entzerstorff mit einem postillion führte. [...] Die ganze Postfahrt geschah von der Burg, wo Kay. mt. aus dem fenster sahen über den Koblmarck, graben und wohlzeit un gegenwart einer unzehligen menge volcks, so antheils ohrten Ihren mt. Glück auf ihre Reisse zu ruffen, zu dem Stuben-Thor hinaus.

Das Volk als staunende, applaudierende Staf-fage vorbereiteter Aufzüge des Fürsten und seiner höfischen Komparsen,⁴⁹ um Größe und Legitimität seiner Autorität zu suggerieren, später in Lehrbüchern verankert, da der „gemeine Mann“ nur durch jene „Dinge, so in die Augen fallen und seine übrigen Sinne rühren [...] einen obzwar undeutlichen, doch klaren (!) Begriff von seiner Majestät“ bekommt⁵⁰, den Herrscher verpflichtend, in allen Äußerlichkeiten zu strahlen und zu glänzen, „wie Gott sich mächtig erweist durch das Weltgebäude, durch die Sonne, Blitz und Donner“⁵¹ – all dies machte Hofberichterstattung aus. Etliche der in der Wiener Stadt- und Landesbibliothek erhaltenen Geschriebenen Zeitungen aus der Zeit um 1700 standen in diesem Dienst. Im Vergleich zu Hofmeldungen, die damals gedruckte Zeitungen offerierten, waren sie mit mehr „Geräusch“ verbunden. Anlässlich der usuell pompös gestalteten Abreise des Kaisers und seiner Gemahlin meldete die oben zitierte Geschriebene Zeitung, dass es allerhand Dispute „wegen des ranges und immediaten vorfahrens

vor dem Königl. Postwagen“ gegeben hat.⁵² Abgesehen von oder mitsamt dieser Meldung, präsentierten herrschaftstreu agierende Geschriebene Zeitungen eine „Naheinstellung“ ihres „Objekts“, wie sie in gedruckten Blättern nur selten vorkam.

Der Gegenbesuch des Römischen Königspaares im November 1702 stellte daher einen willkommenen Stoff für die folgende plastische Schilderung des Ankunftszeremoniells dar, gleichsam aus dem Mund eines offiziösen Reporters sequenzweise vermittelt:

Als die Kay. Kutsche noch etwa 30 schritt vor der Königlichen, und des herrn Ertzherzogs dhl bereits mit der Obristen Hoffmeister, fürsten Anton von Lichtenstein ausgestiegen waren, und beede Königl. MMten an den wagen empfangen, giengen darauf der Kay. Carossen entgegen, da dann Ihre Kay. Mitten allererst ausstiegen, als Sie etwa noch 15 schritt von Ihren Königl. MMten waren. Ihre Kay. MMten embrassierten den König und die Königin, welche Ihnen die hände küßeten, gar tendrement. Nach solchen komen die Ertzheroginnen, und umarmeten sich mit ihren Königl. MMten mit großen freuden. Als nun die 4 MMten eine kurtze zeit miteinander gesprochen, und der König und die Königin die Dames und Cavallieres zum hand kuß gelassen setzten sich beede Kay. MMten in ihren wagen und geschah also der Einzug mit ungefehr 30 wagen.⁵³

Zwei Tage nach diesem emphatisch betriebenen Konterfei meldete die Ausgabe einer Geschriebenen Zeitung:

Der Graff von Lamberg welcher die Liechtensteinsche Princessin entführet, hatt sich auf Kay Citation hir wieder eingefunden, worauf ihm der arrest angedeutet worden. S. gemahlin soll sich zu Brück ins Kloster retiriret haben.⁵⁴

Stammt diese Meldung vom selben Autor, der eben erst den Festeinzug des Römischen Königspaares akklamierend beschrieben hat?⁵⁵ Brach sie in

⁴⁹ Kruedener, Jürgen, Frh.von: *Die Rolle des Absolutismus*. Stuttgart: Fischer 1973. (= Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. 19), 39.

⁵⁰ Christian Wolff: *Vermünfftige Gedaneln von dem gesellschaftlichen Leben. Zu Beförderung der Glückseligkeit des menschlichen Geschlechts, den Liebhabern der Wahrheit mitgetheilt*. 5. Aufl. Frankfurt u. Leipzig 1740, 505.

⁵¹ So der Zeremonienmeister Johann von Besser in der Lobschrift auf August den Starken. Zit. nach Anton Tautscher: *Wirtschaftsgeschichte Österreichs auf der Grundlage abendländischer Kulturgeschichte*. Berlin:

Duncker & Humblot 1974, 298.

⁵² Wiener Stadt- und Landesbibliothek, Handschriften-sammlung, Ic 36.406, fol. 36v-37r.

⁵³ w.o., Ic 35.406, fol. 35r.

⁵⁴ w.o., fol. 39r.

⁵⁵ Diese Frage lässt sich nicht klären. Die aus dieser Zeit in der Wiener Stadt- und Landesbibliothek verwahrten Geschriebenen Zeitungen sind nicht in Urschrift, sondern als Abschrift erhalten. Ein Schriftvergleich erledigt sich also von selbst.

die Privatsphäre des Adels ein? Verkörperte sie schon Opposition, von der Olscha schrieb? Und wie verhält es sich mit folgender Meldung, die 1700 über die Plünderung des Hauses von Oppenheimer in Wien detailliert berichtete?

Mittwoch abends hat sich zugetragen, daß bey dem Juden Oppenheimer in ein Pirhaus gegen über ein Rauchfangkörer getruncken, und mit dem messer auf den tisch gedapset, welches die Juden nit leiden wollen, dieser Jud in das birhaus khomen, und den Rauchfangkörer mit wortten angegriffen, auch durch die rumor=wacht einführen lassen, worauf etliche Jungen den Jud, als er in sein haus gehen wollen mit steinen chargerirt, worüber noch mehrers volckh zusammen gelauffen, und mit den stein werffen ins fenster continuirt, hierauf hat ein rauchfangkörer mit Hilff seiner Cameraden und vier anderen mit einer laither das thor gesprengt, und folgendes unter Juhruf mehrers Vockh das ganze Haus gesturmet, alles paares gelt, kleinodien, Silber, und mobilien hianusgeworffen, theils Preis gemacht, die rumor wacht, so in haus war, hat die blinderung nit steyern khönen, biß entlich die staats guardi darzu khomen, weillen sich aber die thäter gesezt, somit sye beim sieget gewesen, feyr gegeben, wobey beedeseits vil blessirt worden, weillen aber der tumult allzugroß, hat man etliche stuckh auf den Peters-freydthoff in allen gäsen gepflanzet, wodurch es still worden, ein rauchfangkörer, und schwerdfegergesöll aber noch selbe frühe morgens als die anfänger umb 3. Uhr unter des Juden fenster gehenckt worden.⁵⁶

Sechs Jahre später kam es neuerlich zu einem Exzess gegen Oppenheimer, diesmal von Studenten angeführt. Zur Beschreibung dessen zog der österreichische Historiker Eduard Vehse 1852 die *Lettres historiques*, ein Den Haager Blatt, heran:

[...] Die Zahl der Meuterer stieg durch die Populace, die sich ihnen anschloß, dergestalt, daß das Garnionregement in der Burg und die Stadtwaiche Feuer auf sie geben mußte. Sieben fielen, eine größere Anzahl ward verwundet und gefangen, Was am nachdenklichsten war, war das, daß man mehrere Ungarn und Baiern unter den Gefangenen betraf. Sie waren mit Degen, Pistolen und Keulen bewaffnet. Um den weiteren Unordnungen vorzubeugen, fand man für räth-

lich, die ganze Bürgerschaft zu bewaffnen, denn die Populace in den Vorstädten hatte sich ebenfalls zusammengerottet und ein schönes Haus und Garten, die einem Juden gehörten, geplündert. Von da waren die Meuterer, an 1000 Mann stark, nach Nußdorf gezogen, wo sie das Haus eines anderen reichen Juden geplündert hatten und sie würden es ganz ausgeraubt haben, wenn sie nicht von fünfzig Reitern, die man hinschickte, behindert worden wären. Man ließ nun die Dragoner kommen, die außerhalb der Stadt cantonniret. Auf den Hauptposten der Stadt wurden Garden gestellt. Den Bürgern wurde angesagt, Abends vier Uhr ihre Häuser zu schließen, zwei Tage hielt man die Stadthore gesperrt.⁵⁷

Von wem konnten die *Lettres historiques* diese detaillierte Schilderung bezogen haben? Von ihrem Korrespondenten in Wien oder von einem Verfasser einer Geschriebenen Zeitung? Von einer Person, die vielleicht beiden Funktionen nachging, ohne sich als „Reporter unterwegs“ zu begreifen? Vom *Wienerischen Diarium* jedenfalls nicht. Angesichts der erschossenen, verwundeten und gefangen genommenen „Meuterer“ sowie des zweitägigen Ausnahmezustandes in Wien fiel die Meldung des *Wienerischen Diariums* drastisch verkürzt, verhüllend aus, das Objekt der Ausschreitungen dagegen verallgemeinernd:

Heute Abens hat sich ein Auslauff wieder die Juden dahier erreget; es wurde aber/ nachdeme die Anstalt dargegen vorgekehret worden/ bald wieder gedämpffet/ und nach den Urhebern scharffe Nachforschung gehalten; wie dann deswegen verschiedene gefänglich eingezogen worden.⁵⁸

Im Vergleich zum sozialen Bedeutungsausmaß des Exzesses gegen Juden und seiner Niederschlagung widmete das *Wienerische Diarium* einer anderen Begebenheit desselben Tages einen ungleich größeren Raum: der Hinrichtung von zwei Frauen, eine wegen Abtreibung, die andere wegen Ermordung eines Kindes.⁵⁹ Was lässt sich daraus ableiten? Unvortreffliches für das Image der Stadt Wien wurde hinter die Erfolgsmeldung ordnungsgemäß vollzogener Justiz gereiht. Dies mag plausibel erscheinen. Reicht es aus, um Phänomene von Geschriebenen Zeitungen, die aus der Zeit um 1700 in Wien erhalten sind, allge-

⁵⁶ Wiener Stadt- und Landesarchiv, Ic 35.406, fol. 32r-v.

⁵⁷ Eduard Vehse: *Geschichte des österreichischen Hofes und Adels und der österreichischen Diplomatie*. Abth. 2, Th. 7.8. Hamburg 1852. (= *Geschichte der deutschen Höfe seit der*

Reformation. 13), 66-67.

⁵⁸ *Wienerisches Diarium*, 1706. Nr. 257 vom 20. Jänner.

⁵⁹ ebda.

mein zu erhellen? Allgemein nicht, aber in zweierlei Hinsicht. Jene Geschriebenen Zeitungen, die sich obrigkeitserwarteten Verhaltens beflößigten, stellten darauf ab, Nachrichten über den Hof in engerer Beziehung zu ihm und ausführlicher als gedruckte Zeitungen zu beleuchten. Ähnliches gilt für ihre Lokalnachrichten. Außerdem berichteten sie immer wieder von Aktionen oder Plänen der hohen Diplomatie, mitunter mit Wendungen wie der folgenden versehen: „Worin Er aber selbige bestehen mache, kann ich nicht wissen.“

Neben diesen Geschriebenen Zeitungen gab es auch andere, die offenbar deshalb nicht einer überzeitlichen amtlichen Verwahrung in der Stadt Wien für wert befunden wurden, weil sie gegen das öffentliche Wohl (des damaligen Zuschnitts) verstoßen sowie „Hoche standts Personen“ an ihren „Ehren und Dignitäten angegriffen und prostituiert“ hatten.⁶⁰ Im Patent vom 7. September 1705 gab Joseph I. sein Ungemach über solche Zeitungen zu verstehen, der absolutistischen Norm gemäß, Privatleuten jegliche eigene Nachrichtenproduktion abzusprechen:

[...] zumahlen sich dieses zeitungen schreiben fast ein Jeder privat Mensch bedienet, welcher was Er schreibt nicht versteht oder wohl auch nach seinem Einfall und passion zu praejudiz des gemeinen Weesens, oder Ehr verlezlichlichen nachtheil selbsten die zeitungen höchst schädlich Schmidet, auch solche aller orthen außschikht, und communiciret [...] und aus diesem dem Publico, sehr vill nachtheillig= und schädlichkeiten zuewachsen und entstehen.⁶¹

Um Geschriebene Zeitungen („so wohl in teütscher, alß anderen Sprach“) zu kanalisieren, gab Joseph I. gleichzeitig bekannt, dass

hinführo allein dem Kayl. Post Ambt alhier verwilligt, und zuegelassen, daß Selbes berührt

geschribenen Zeitungen, zuverfassen, außzugeben, und zuerschickken befuegt sein, doch daß solche alle Wochen zwaymahl [...] in Duplo ad Censuram eingegeben, [...] nach beschehener revidierung weithers nichts mehr beygesetzt [...] werden soll.⁶²

Kopien der im Hofpostamt aufliegenden Geschriebenen Zeitungen seien gegen Entgelt erlaubt und könnten folglich auch versendet werden. Jene Privatleute aber, die sich nicht dieser Norm unterwerfen und eigene Geschriebene Zeitungen verfassen, hätten mit „wohl Empfindtlichen Geldt, und nachgestalten Dingen, und beschaffenheit der Sachen, mit schwerer Leibsstraff gewiss und unfehlbar“ zu rechnen. Als Patent für das gesamte Reich ausgegeben, löste die beabsichtigte Oberhoheit über Geschriebene Zeitungen bei Johann Peter Ludwig, der in der Universität in Halle an der Saale ein „Zeitungskolleg“ abhielt, Amüsement aus.⁶³

Geschriebene Zeitungen lebten in Wien fern normierter Fassung und trotz ihres Verbots in den 10er und 20er Jahren des 18. Jahrhunderts fort.⁶⁴ Offenbar deshalb, weil sie nicht in Konfliktzonen eingedrungen sind. Dies änderte sich 1728, als offensichtlich mehrere Geschriebene Zeitungen, „so genante Gassen=Zeitungen in allen Würths= und Caffee-Häusern herum getragen“, über Unregelmäßigkeiten im Magistrat der Stadt Wien berichteten. Eine Ausgabe, die sich der Magistrat besorgt hatte, meldete:

Demnach vor einigen wochen dem Kayl. Hof von ein: und anderen Mitglied aus dem allhiesigen Magistrat die bey dieser Stelle passierend eigen mißliche, und sowohl der burgerschafft, alß der ganzen gemeinde sehr schädliche Müessbräuche, wie auch der verkauffung deren Statt-diensten umb hohes geld an untüchtige Persohnen umständlich, Clar, und deutlich vor augen gelegt, und erwiesen worden, als ist endlich diese Sache nicht allein in dem österrichl: geheimben Rath vorgenommen, und elaboriret, sondern auch hierauf ein in 17. pögen groß bestehendes sehr scharf-

⁶⁰ Archiv der Stadt Wien, Patent Sammlung 74/100-9.

⁶¹ ebda.

⁶² ebda.

⁶³ Johann Peter Ludwig: *Gesamte kleine teutsche Schriften*.

Magdeburg 1705. 89.

⁶⁴ Vgl. dazu z.B. Meldungen im *Wienerischen Diarium*, 1715, Num 1221; 1717, Num 1327 und 1722, Num. 58.

fes Kayl: Decretl: in welchem all seither in schwung gegangenes ungerechtigkeiten ordentlich specificiret, und experimiret, solche aber, wie auch die vernere ersezung deren diensten, so uns künfftige alle vom Hof aus vergeben werden, hier mit nachtruckh verboten und also demselben ville müßbräuchliche einkünfften abgeschnitten seyend:/ erwehnten Statt Magistrat, wie sich derselbe künfftig=hin zuverhalten habe, zugeschickht [...].⁶⁵

Geschriebene Zeitungen hatten damit einen Skandal großer Dimension aufgedeckt. Erstmals lässt sich aus den erhaltenen Akten jene Position erkennen, die Olscha den Geschriebenen Zeitungen zugewiesen hat; erstmals ist dokumentiert, dass sie (stadt-)politischen Zündstoff besaßen, indem sie sich „ungehörig“ einmischten; erstmals ist beweisbar, dass sie über große Reichweite verfügten und als Basis für gedruckte Blätter in Städten des Reichs dienten. Eine in Nürnberg herausgegebene Zeitschrift gab fast Wort für Wort jenen Bericht auszugsweise wieder,⁶⁶ der zuvor schon in Wien kursierte.

Fassungslos und empört reagierten der Bürgermeister und Rat der Stadt Wien in ihrem nachfolgenden Schreiben an den Kaiser. Fassungslos, weil jemand die kaiserliche Resolution zur Abstellung weiterer Missbräuche „zu unserer nicht geringen öffentlichen prostitution“ weitergeleitet hat, „wo doch derley von allerhöchsten Orth an die untergebenen Stellen ergehende geheimbe resolutiones mit Aydbündiger verschwiegenheit“ zu behandeln seien; empört, weil diese Resolution „mit villen Ehren beschimpfflichen expressionen angeführt [eine unwahre Beschuldigung] und iedermänniglich in öffentlichen Truckh kundt gemacht“ wurde. Der Bitte, ihren beschädigten Ruf öffentlich wiederherzustellen, entsprach der Kaiser nicht. Er beschied aber der Regierung, die Verfasser von Geschriebenen Zeitungen ausfindig zu machen und anzuzeigen.⁶⁷

Anfang 1730 erinnerte der Kaiser die Regierung, dass „geschriebene Zeitungen, Relationes und andere Beschreibungen, absonderlich die sogenannte Gassen=Blättel ohnedem verboten“ sind. Es gelte nun „die Conciipienten dergleichen verdächtiger Schriften genau zu erforschen [...], widrigenfalls auch die erlaubte Zeitungs=Schreiber wohl empfindlich gestraffet werden sollen.“⁶⁸

Dieser Befehl fruchtete nicht. Ebenso wenig führten die später erlassenen Verbote von Geschriebenen Zeitungen (1740, 1751, 1753, 1762, 1769 und 1771) zum gewünschten Erfolg. Ihre Begründung variierte nur im Wortlaut: in das „Publicum einschlagend“, partikulare Interessen in- und ausländischer Politik betreffend, falsch, unwahr, Unbekömmlichkeiten hervorrufend.

Geschriebene Zeitungen entwickelten sich während dieser Verbotszeit zu einem substantiellen Angebot des Nachrichtensortiments. Sie brachten weiterhin ans Licht, was gedruckten Zeitungen nicht zu entnehmen war. Sie erfreuten sich des Genusses in öffentlich zugänglichen Orten, „bey Caffé Siedern und Wasser Brennern.“⁶⁹ Sie sonnten sich als Beilagen zu den halbwöchentlich verschickten Lageberichten von Botschaftern und Gesandten.⁷⁰ Sie waren als Mittel einer Gegenöffentlichkeit nicht mehr wegzudenken, selbst wenn manche ihrer Verfasser in den späten 30er Jahren und danach ausgeforscht und aus Wien verwiesen wurden.⁷¹ Ihre Namen sind nicht bekannt.

Nichts kennzeichnet die Bedeutung der ins Exil getriebenen Verfasser besser als die ideologisch-polemische Aussage von Gugitz aus dem Jahr 1934: „Sie verschwanden fast restlos in das geheimnisvolle Dunkel, aus dem sie gekommen waren.“⁷²

Geschriebene Zeitungen sind für Gugitz ein „Übel“ gewesen.⁷³ Über eine, die von Dezember

⁶⁵ Archiv der Stadt Wien, Alte Registratur 37/1728.

⁶⁶ *Historische Nachrichten deren neueren Europäischen Begebenheiten*, 16. Stuckh; nur in einer Abschrift erhalten, w.o.

⁶⁷ Archiv der Stadt Wien, Alte Registratur 37/1728.

⁶⁸ Codex Austriacus, Band IV, 616. Anm.: Jene Zeitungsschreiber waren erlaubt, die im Dienste des Hofpostamtes standen.

⁶⁹ Niederösterreichisches Landesarchiv, HR und

Berichtskonzepte 1753, Juli.

⁷⁰ Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Reichsarchiv, Geschriebene Zeitungen, fol 12, Fasz. 2-6.

⁷¹ Archiv der Stadt Wien, Alte Registratur, 10/740.

⁷² Gustav Gugitz: *W. L. Wehrlins Aufenthalt in Wien und die Wiener handschriftlichen Zeitungen*. In: *Zeitungswissenschaft*. Jg. 9 (1934), 110-112; hier 110.

⁷³ Gugitz, *W. L. Wehrlins Aufenthalt*, a.a.O., 110.

1772 bis März 1773 in Wien existierte, befand er von seiner Warte aus:

Die Tendenz und der Inhalt [...] ist die übliche dieser Gattung: Sensation und Pikanterie, Mitteilungen von politischen und rein persönlichen Angelegenheiten, denen die heikle Censur niemals das admittitur erteilt hätte. Die lokalen, persönlich-skandalösen und literarischen Nachrichten überwiegen fast die politischen und militärischen.⁷⁴

Die Geschriebene Zeitung, über die Gugitz so urteilte, herrschaftliches Denken, Gehabe und Walten treuhänderisch verwaltend, hat Wilhelm Ludwig Wekhrin zweimal pro Woche verfasst, gleich dem damaligen Rhythmus gedruckter Zeitungen in Wien. Er, 1739 in Botnang bei Stuttgart geboren, seinen Angaben zufolge, vom Oktober 1772 an für die „Direktion des Wiener Artikels“ im *Wienerischen Diarium* verantwortlich gewesen zu sein, wurde 1773 wegen Spionageverdacht verhaftet, ausgiebig verhört und anschließend aus Wien verwiesen. Nur wenige Wochen danach kehrte er heimlich nach Wien zurück. Materielle Nöte zwangen ihn dazu. In Verwicklung mit einem neuerlichen Spionagefall wurde er prompt aufgegriffen und veranlasst, Details über die illegitime Beschaffung von Informationen höchster Geheimhaltung preis zu geben. Nach seiner Freilassung lebte er einige Monate incognito vom Spitzeldienst für die österreichische Polizei.⁷⁵ In jeglicher Hinsicht war Wekhrin also keine „Lichtgestalt“. Was zeichnet ihn trotzdem aus?

Er war ein „radikaler Publizist“, er überschritt gemeinsam mit Karl Friedrich Barth „am Vorabend der Revolution [= der „Französischen Revolution“, 1789] die Grenzen des liberalen konstitutionellen Monarchismus“.⁷⁶ Er machte sich mit Barth zum Sprecher der recht- und besitzlosen Menschen. Seine Tätigkeit als Herausgeber der Zeitschrift *Das graue Ungeheuer* in Nürnberg führte 1787 zu einer Haft, die bis 1792 währte. Noch im selben Jahr wurde er, wegen Kontakten zu den Jakobinern in Frankreich angeklagt, neuerlich verhaftet. Kurz danach starb er im Gefängnis.

3 „Da tritt der Österreicher hin vor jeden ...“ oder: „Wenn man über der Grenze ist ...“

Der jahrzehntelang mit Inbrunst von manchen Schulmeistern und Politikern zitierte Satz: „Da tritt der Österreicher hin vor jeden, denkt sich seinen Teil und läßt die anderen reden!“ galt für seinen Verfasser, Franz Grillparzer,⁷⁷ im Vormärz nicht. Er gehörte jenen Persönlichkeiten des kulturellen Lebens in Wien an, die als Gegenkräfte zum verhassten System Metternichs immer „lauter“ agierten. Sie glichen einander im Mühen, strukturelle Probleme zu thematisieren. Sie griffen Mängel auf, sie prangerten Missstände an, sie sorgten mehrmals für „despektierliche“ Diskussionen in Segmenten der Öffentlichkeit. Teilweise enttabuisierten und destabilisierten sie sogar die obrigkeitlich akkreditierte Ordnung und Zucht, die von „negativen“ Schlüsselbegriffen (Aufklärung, Irreligion und Philosophie) und „positiven“ Werten (Bescheidenheit, Zufriedenheit und Gemütlichkeit) getragen war. Eine dynamische, sich tendenziell homogenisierende Bewegung der Emanzipation ist in ihnen jedoch nicht zu erkennen.

Pochen auf Mündigkeit und Mitbestimmung bildete nicht das zentrale Moment dieser Gegenöffentlichkeit. Es konstituierte sich vielmehr in Petitionen an Metternich, an den Polizeipräsidenten und an den Kaiser, ihnen zumutbar betrachtete Anliegen zu akzeptieren und entsprechend zu agieren. Zumutungen galten ökonomischen Problemen angesichts des Absinkens immer weiterer Schichten des Mittelstandes in proletarische Existenzformen, die bloß durch Wohltätigkeitsbemühungen aus adeligen Kreisen nicht zu sublimieren waren. Weitere betrafen die Frage einer freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift. Unmittelbar Betroffene, teilnehmende Beobachter und Sympathie bekundende Akteure, die sich im „Politisch-juridischen Leseverein“ zusammenfanden – in dem sich die Leute zu „Verbrechern“ lesen,⁷⁸ wie der Polizeipräsident Sedlnitzky meinte – bezogen erwartungsvoll Sichtung- und Bewertungspositionen. Sie richteten kollektive Denkschriften an den Kaiser mit dem Ersuchen, die Zensur zu lockern und erhielten nicht einmal

⁷⁴ w.o., 110-111.

⁷⁵ Verwaltungsarchiv, Perglen Akte XI A. 2 Ludwig Wekhrin.

⁷⁶ Walter Grab, *Ein Volk muß seine Freiheit selbst erobern. Zur Geschichte der deutschen Jakobiner*, a.a.O., 42.

⁷⁷ Am Beginn der „Lobrede auf Österreich“ im Trauerspiel

„König Ottokars Glück und Ende“, uraufgeführt 1825 in Wien.

⁷⁸ zit. nach Wolfgang Häusler: *Von der Massenarbeit zur Arbeiterbewegung. Demokratie und soziale Frage in der Wiener Revolution von 1848*. Wien, München: Jugend und

eine Antwort. Ihre Bitt- und Denkschriften wurden ad acta gelegt. Von wenigen Satiren und Theaterstücken auf das Beamtentum oder das Spitzelsystem Metternichs abgesehen, wie etwa Eduard von Bauernfelds „Großjährig“, vermochten sie den allgemein verpassten Maulkorb nicht abzuhängen. Sie verblieben ergrimmt, aber sie blieben, wo sie waren.

Jenen Publizisten, die sich nicht beschieden, gelegentlich die Zensur zu umgehen oder ihre kritischen Reflexionen bei ausländischen Verlegern zu publizieren, blieb kein anderer Weg, als anstelle ihrer Publikationen selbst ins Ausland zu gehen. Carl Magnus Postl war einer der ersten. Er emigrierte in die Vereinigten Staaten und nannte sich fortan Charles Sealsfeld. 1828 klagte er in Erinnerung an seine verlassene Heimat: Der österreichische Schriftsteller sei das „wohl meist gequälte Geschöpf auf Erden“, er

[...] darf keine wie immer benannte Regierung angreifen, auch keine Minister, keine Behörde, nicht die Geistlichkeit oder den Adel, er darf nicht freisinnig, nicht philosophisch, nicht humoristisch, kurz, er darf gar nichts sein.⁷⁹

Zentrum der österreichischen Opposition war Leipzig. Die dort lebenden Exilanten⁸⁰ gruppieren sich um zwei Zeitschriften, um die *Grenzboten* und den *Kometen*. Daraus formierte sich das „Junge Österreich“. Es pflog rege Kontakte zu fast allen fortschrittlich gesinnten Publizisten. Es trat an, um die gelebte Ordnung der Metternich-Gesellschaft von außen zu unterlaufen. Im Kampf gegen die Politik Metternichs wandte es sich insbesondere gegen den Adel, den Klerus und die Bürokratie. Es bezog Position für die Trennung von Kirche und Staat, für die Aufhebung der Standesprivilegien, für öffentliche Gerichtsverfahren, Gewerbe-, Religions- und Pressefreiheit sowie Lehr- und Lernfreiheit.⁸¹ Während sich die Gegenkräfte in Österreich aus verschiedenen Berufen und Generationen zusam-

mensetzten, wurde die Opposition im Leipziger Exil vorwiegend von jungen Publizisten einer Generation getragen. Die Zeitschrift *Die Grenzboten* nahm eine besondere Exilfunktion wahr. Sie übernahm eine Vermittlerrolle „zwischen den österreichischen Liberalen in und außerhalb der Monarchie“ ein, indem sie die Leserschaft in Österreich „über die revolutionäre Bewegung im Ausland und über die rückständigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in Österreich aufklärte“.⁸²

Unter den Exilanten in Leipzig, über die der österreichische Generalkonsul Josef Alexander Hübner regelmäßig detailliert an den Hof in Wien berichtete, befand sich Moritz Hartmann, ein „berühmter“ Literat in den Augen Sedlnitzkys.⁸³ Er schrieb 1846 seinem Freund Alfred Meißner,⁸⁴ der sich damals mit dem Gedanken trug, ebenfalls zu emigrieren: „Du weißt nicht, wie sehr man seine Heimat liebt, wenn man über der Grenze ist, und wie sehr es schmerzt, nicht zurückkehren zu können.“⁸⁵

Meißner kehrte seiner Heimat dennoch den Rücken. Er emigrierte und trat in den Dienst der *Grenzboten*. Als Meister des freien Worts und der gebundenen Sprache verfasste er Gedichte, in der sich die soziale Anklage zur unverhüllten Drohung wandelte:

*Ihr habt das Gold, ihr seid die Reichen,
Ihr habt die Macht und macht das Recht,
Mit oder ohne Wappenzeichen –
Ihr seid ein stolz und schmöd Geschlecht.
Ihr nennt die alte Zeit begraben
Und wollt kein neues Morgenrot,
Die Presse frei – in kleinen Gaben –
Und Freiheit – die nicht frei macht – haben.
Das arme Volk will schwarzes Brot.
[...]
O stolzes Volk der Reichen
Sieh um dich her, erbebst du nicht?
Den Harten wird in Flammenzeichen*

Volk 1979, 125.

⁷⁹ zit. nach Helmut Reinalter: „... eine Pflanzschule für Propagandazwecke“. *Vereine in der Wiener Revolution. In: 1848. „das tolle Jahr“*. Wien: Historisches Museum der Stadt Wien 1998, 22.

⁸⁰ Auf die Problematik der Unterscheidung zwischen Emigranten und Exilanten kann hier nicht eingegangen werden.

⁸¹ Reinalter, „... eine Pflanzschule für Propagandazwecke“, a.a.O., 22.

⁸² w.o., 23.

⁸³ Karl Glossy (Hrsg.): *Literarische Geheimberichte aus dem Vormärz. Mit Einl. und Anmerkungen*. Wien: Carl Konegen 1912, A 124.

⁸⁴ Er hatte 1846 im Epos „Ziska“ die revolutionäre Tradition seiner böhmischen Heimat beschworen. Häusler, *Von der Massenarbeit zur Arbeiterbewegung*, a.a.O., 121.

⁸⁵ *Literarische Geheimberichte aus dem Vormärz*. Separatabdruck aus dem Jahrbuch der Grillparzer-Gesellschaft, Jg. 21–23. Mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Karl Glossy. Wien: Konegen 1912, A 106.

*Entsetzlich nah ein Strafgericht.
Die Zeit des Herrn, sie ist gewesen
Der Zorn der Unterdrückten loht,
Und sind des Menschenrechtes Thesen
Dereinst in Feuerschrift zu lesen,
So nimmt man mehr als schwarzes Brot.⁸⁶*

Solche Gedichte dienten gemeinsam mit Liedern, die nicht nur in urbanen Räumen, sondern auch in ländlichen Gebieten kursierten oder dort zustande kamen,⁸⁷ der geistigen Formierung von Widerstand. Sie schufen Bereitschaft für den Kampf um die Veränderung der Gesellschaft.

Univ.-Doz. Dr. Wolfgang DUCHKOWITSCH (1942)

Doz. am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien; Herausgeber mehrerer kommunikationshistorischer Bücher, zuletzt: *Die österreichische NS-Pressen 1918-1933* (2001); Verfasser zahlreicher Aufsätze und Bücherbeiträge sowie Leiter mehrerer kommunikationswissenschaftlicher Forschungsprojekte.

⁸⁶ Jost Hermand (Hg.): *Der deutsche Vormärz*. Stuttgart: Reclam 1967, 231 f.

⁸⁷ Dem Ausstellungskatalog *1848. 'das tolle Jahr'*, a.a.O., ist eine CD beigelegt, die solche Lieder hören lässt.

„Wir gehen solange, bis Ihr geht“

„Widerstand“ gegen die ÖVP/FPÖ-Regierung in Österreich

Elisabeth Boyer

Der folgende Artikel untersucht die Ereignisse seit der Regierungsbildung von ÖVP und FPÖ im Februar 2000 unter dem Blickwinkel von Gegenöffentlichkeit und Zivilgesellschaft, zwei zentralen Begriffen im Selbstverständnis der Protestbewegung. Die Bewegung ist jung, und es gibt nur wenige theoretische Reflexionen über deren Grundlagen. Wichtig und viel gelesen sind in diesem Zusammenhang etwa *Österreich allein zuhause* von Rubina Möhring¹, das einen – auch politischen – Querschnitt der Auswirkungen der Wende auf Politik, Medien und Justiz zieht. *Wien Feber Null* von Gerald Raunig² nennt sich eine Untersuchung der Ästhetik des Widerstands, die Initiativen in Grenzbereichen von Politik und Kunst, wie sie seit der Regierungsbildung unter Labels wie Performing Resistance, Volkstanz oder Gettoattack entstanden sind, analysiert. *Österreich. Berichte aus Quarantainen* von Isolde Charim und Doron Rabinovici³ schließlich versammelt Essays rund um die *conditio austriaca*, Geschichte, Gegenwart und Zukunft im alten und neuen Österreich.

Gegenöffentlichkeit und Zivilgesellschaft spielen in den zum Thema vorliegenden Büchern nur am Rande eine Rolle. Dies liegt vor allem daran, dass die vorliegenden Theorien zur Gegenöffentlichkeit nur teilweise auf die Phänomene der widerständischen Öffentlichkeit zu Übertragen sind. Habermas unterschied in den 60er Jahren zwischen „manipulativer“ und „kritischer“ Öffentlichkeit, entwickelte damit die Begriffe „verzerrte“ und „wahre“ Kommunikation.⁴ Oskar Negt und Alexander Kluge nannten es „bürgerliche“ und „proletarische“ Öffentlichkeit, erachteten aber den umfassenden Kontext des Handelns als wichtig.⁵ Um die Konzeption von „Wahrheit“ im

Zusammenhang mit Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit geht es heute – zum Beispiel in der Theoriediskussion der Cultural Studies – nicht mehr. In der Praxis jedoch geht es vielen Protestierenden im gegenwärtigen Österreich sehr wohl um die eigene „Wahrheit“ im Gegensatz zu den „Lügen“ der Regierungsparteien. Slogans wie „Lord of the Lies“ bezogen sich auf Jörg Haider oder „Diese Regierung lügt“ geben Zeugnis davon, dass Wahrheit stets ein umstrittenes Gut ist.

Ich verwende den Begriff Gegenöffentlichkeit im Sinne einer nicht-staatlich organisierten oder institutionalisierten, nicht-parteilich gesteuerten Öffentlichkeit, die sich sowohl des öffentlichen Raums der Straßen und Plätze, als auch verschiedener alternativer und Mainstream-Medien bedient.

Erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik ist innerhalb der Gegenöffentlichkeit – zumindest innerhalb derjenigen, die explizit gegen die Regierung von ÖVP und FPÖ auftritt – sehr wenig institutionalisiert. Es gibt wenige Vereine (die sich aber eher solidarisch und weniger aktiv im Protest gegen die Regierung verhalten), aber dafür viele Verbände, Initiativen und lose Gruppen sowie ein großes Pool von grundsätzlich an Aktionen Interessierten, die von Fall zu Fall aktiv werden. Eine hohe Kommunikationsbereitschaft zeichnet diese neue Zivilgesellschaft aus, die auch die globalen Kontakt- und Austauschmöglichkeiten gut zu nützen weiß.

Der Journalist Hans Rauscher nennt Österreich eine „verspätete Zivilgesellschaft“, was die Durchdringung der Institutionen des öffentlichen Bereichs, der Bürokratie, der Politik generell mit

¹ Rubina Möhring (Hg.): *Österreich allein zuhause. Politik, Medien und Justiz nach der politischen Wende*. Frankfurt am Main; London 2001.

² Gerald Raunig: *Wien Feber Null. Eine Ästhetik des Widerstands*. Wien 2000.

³ Isolde Charim/Doron Rabinovici (Hg.): *Österreich. Berichte aus Quarantainen*. Frankfurt am Main 2000 (edition suhrkamp 2184).

⁴ Jürgen Habermas: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Öffentlichkeit*. Neuwied/Berlin 1962; Neuauflage mit einem relativierenden Nachwort, Frankfurt am Main 1990.

⁵ Oskar Negt, Alexander Kluge: *„Öffentlichkeit und Erfahrung“. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit*. Frankfurt am Main 1972.

rechtsstaatlichem Denken, mit Bürgersinn und einer Auffassung von liberaler Demokratie betrifft.⁶ Boris Buden wiederum sieht den „Ärger“ mit der Zivilgesellschaft – neben dem „ambivalenten Charakter des Begriffs“ in der politischen und ideologischen Besetzung dieses Begriffs – in Österreich etwa durch den ÖVP-Politiker Andreas Khol, der die Idee der „Bürgergesellschaft“ vertritt.⁷ Es sei, so Buden, vielmehr die „globale politische und ideologische Szene, auf der Zivilgesellschaft nicht nur als Mainstream-Begriff, sondern gleich als neue Supermacht auftritt, und wo sie ihre volle Kraft und Wirkung entfaltet.“ Und weiter heißt es:

Der Aufbruch der österreichischen Zivilgesellschaft, von dem man sich eine Subversion des jetzigen politischen Status quo erwartet, scheint also wie abgeschrieben vom hegemonialen Konzept einer globalen Zivilgesellschaft als dekorative Kontrollmacht, mit dem sich der Status quo des globalen Kapitalismus und seiner neoliberalen Ideologie schmückt.

Seine Schlussfolgerung daraus:

In und mit der Zivilgesellschaft lässt sich somit nichts politisch Relevantes bewegen, da die Zivilgesellschaft nur noch den Leerlauf der heutigen Politik darstellt – die wahre Form der Entpolitisierung.⁸

Dieses Unbehagen mit dem Begriff der Zivilgesellschaft wird von RegierungsgegnerInnen durchaus wahrgenommen und/oder sogar geteilt. Dennoch hat sich dieser in breiten Teilen der Bewegung durchgesetzt. Die AkteurInnen der, wie es Rauscher schreibt, „verspäteten Zivilgesellschaft“ sehen zwar die Gefahren der Vereinnahmung. Andererseits ist die Notwendigkeit, eine solche Zivilgesellschaft in Österreich überhaupt einmal zu bilden, ebenfalls unbestritten.

In einer Beschreibung des Buchs *Organisierte Privatinteressen. Vereine in Österreich* heißt es:

Vereine bilden als freiwillige interessenbezogene Gruppenbildungen einen wesentlichen Bestand-

teil zivilgesellschaftlicher Interessensvertretungen und des politisch-sozialen Systems demokratischer Herrschaft. In der internationalen Diskussion über zivilgesellschaftliche Modelle gelten sie als Gradmesser für das Funktionieren nationaler Gesellschaften, weil sie flexible Formen der Bürgerpartizipation und damit eine kontrollierte Gegenöffentlichkeit zu staatlichen Institutionen anbieten.⁹

Die im obigen Zitat angesprochene Kontrolle der „neuen“ Gegenöffentlichkeit, die Vereine beinahe ausschließt, ist größtenteils nicht erfolgt. Es gibt natürlich polizei-interne Informationen über GegnerInnen, AktivistInnen und Demonstrierende. (Die ja auch teilweise zu Anzeigen geführt haben). Doch die umfassende und flexible Verwendung zum Beispiel des Internet oder von Mobil-Telefonen machen die Aktivitäten von AktivistInnen weniger kontrollierbar als etwa die vierteljährlichen Vereinsnachrichten, die per Post an die Mitglieder verschickt werden.

„Widerstand, Widerstand, Widerstand.“ Diese Worte waren bisher auf jeder Demonstration gegen die Regierung von ÖVP und FPÖ zu hören. Seit dem 4. Februar 2000, dem Regierungsantritt der beiden Parteien, wird in Österreich gegen diese Regierung demonstriert und in vielfältiger Weise agiert. Initiativen, Netzwerke, Aktionen, Texte, Bilder, Slogans, Sticker, Plakate, Bücher, Filme und vieles andere sind im Rahmen dieser Proteste entstanden. Wut, Ärger und Ablehnung des „Wortbruchs Schüssels“ und vor allem der Regierungsbeteiligung der FPÖ haben zu einer neuen Vielfalt an politischen Ausdrucksformen geführt. Dabei ist eine neue – heterogene – Gegenöffentlichkeit entstanden, deren Gemeinsames die Ablehnung dieser Regierung ist.

Die Begriffe „O5“ und „Widerstand“ werden neu besetzt

„73 % Didn't Vote For Haider“; dieser Text auf einem Plakat der ersten Demonstrationstage brachte es für viele RegierungsgegnerInnen auf

⁶ Hans Rauscher: *Österreich, die verspätete Zivilgesellschaft*. In: Rubina Möhring (Hg.): *Österreich allein zuhause*, 79.

⁷ Boris Buden: *Wachturm Zivilgesellschaft? Politisierung der Kultur vs. Kulturalisierung der Politik*. In: Gerald Raunig (Hg.): *sektor 3/kultur*. Wien: IG Kultur

Österreich, 2000, 57.

⁸ ebd.

⁹ zitiert nach:

<http://members.eunet.at/orfg/text/info/3ö85165ö402ö1.html>, 5. Februar 2002, 14.34 Uhr.

den Punkt. Das Wort „Widerstand“ hallte über Straßen und Plätze und war schon von weitem auf handbemalten Plakaten zu sehen. Bald waren auch Graffiti auf den Häuserwänden und Straßen Wiens zu sehen. Eines dieser Graffiti zeigte zwei schlichte Zeichen: „O5“ hieß es da. Beide Begriffe/Zeichen lösten heftige Diskussionen aus.¹⁰

„O5“ und „Widerstand“ tauchten im österreichischen Sprachgebrauch nun vermehrt auf – seit dem Februar 2000 nicht mehr einzig im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus. Ehemalige O5-Widerstandskämpfer protestierten gegen die Verwendung des Wortes „Widerstand“ im neuen Zusammenhang. Eine Teilnahme an Demonstrationen sei eben nicht zu vergleichen mit dem Widerstand gegen das Regime der Nationalsozialisten. Einige DemonstrantInnen störte das ebenfalls, andere wiederum meinten, gerade wenn die FPÖ an der Regierung beteiligt sei, wäre es legitim, solche Worte zu verwenden. Mittlerweile ist „Widerstand“ un widersprochener Teil des Sprachgebrauchs der Zivilgesellschaft geworden.

Manche verwenden es aber bewusst nicht und sagen stattdessen zum Beispiel Protest. Das englische Wort „Resistance“ hatte es da schon leichter, in den Sprachgebrauch der Demonstrierenden aufgenommen zu werden. Einerseits fehlt die direkte Konnotation mit dem historischen Hintergrund des Nationalsozialismus. Andererseits wurde damit auch die Verbindung zum Internet, das für die Aktivitäten der neuen Zivilgesellschaft eine große Rolle spielt, hergestellt. Auch die Verbundenheit mit und zu anderen internationalen AktivistInnen wird mit dieser Wortwahl zur Geltung gebracht.

Botschaft im eigenen Land

In die Tage des Februar 2000, als in Wien täglich demonstriert wurde, fällt auch die Gründung der „Botschaft der Besorgten BürgerInnen“ (BBB). Sie versteht sich als Botschaft für das „andere“ Österreich. Am 9. Februar 2000, also fünf Tage nach der Angelobung der neuen Regierung wurde sie gegenüber dem Bundeskanzleramt auf dem Ballhausplatz errichtet. Im Leitbild der BBB heißt es unter anderem:

[...] Die Botschaft besorgter Bürgerinnen und Bürger wird von Betroffenen betrieben, die sich durch die derzeitige Regierung nicht vertreten fühlen. [...] Die Botschaft ist Treffpunkt, Ort und Ausgangspunkt für Veranstaltungen des Widerstands gegen blauschwarz [...].¹¹

Braucht der Widerstand also doch eine Institutionalisierung? Nun, in gewissem Sinne könnte frau/man die BBB als institutionalisierte Anlaufstelle bezeichnen. Daneben ist sie auch Ausgangspunkt der Donnerstagsdemonstrationen und der donnerstäglichen Widerstandslesungen. Andererseits lebt auch sie von der Vielfalt und der Unterschiedlichkeit. Sie bezeichnet sich überdies selbst als „Drehscheibe“. Die Staatsmacht unterstützt weder den Betrieb noch die Aktivitäten der BBB. Im Gegenteil: Immer wieder gab es Auseinandersetzungen mit Behörden wegen des unerlaubten Aufstellens des Containers, Verantwortliche wurden gesucht, aber nicht gefunden. Die mehrmalige Ankündigung eines Abrisses der BBB wurde bisher nicht in die Tat umgesetzt. Die BBB wird also von der Staatsmacht geduldet.

Demonstrationen

Seit mehr als zwei Jahren ist die Botschaft auch Treffpunkt vor der Donnerstagsdemonstration, die allerdings an einem Samstag geboren wurde. Bei der großen Kundgebung am Heldenplatz am 19. Februar 2000, als rund 300.000 Menschen gegen die Regierung demonstrierten, wurde der Donnerstag zum Demotag ausgerufen. In ihrer Kontinuität sind diese Demonstrationen einzigartig in der Geschichte der Zweiten Republik.

Unter dem Motto „Wir gehen solange, bis Ihr geht“ sollen die Demonstrationen bis zur erhofften „Abwahl“ der Regierung weitergeführt werden. Einzigartig ist auch, dass keine dieser Kundgebungen, wie die Demonstrationen im entsprechenden Gesetzestext heißen, behördlich angemeldet ist. Unterschiedliche Menschen gehen aus unterschiedlichen Motiven am Donnerstag zur Demonstration. Das Einende: Sie sind gegen diese Regierung. Sie drücken dies unter dem breiten Konsens „Keine Gewalt“ mit gemeinsamen „Wanderungen“ durch die Stadt aus. Begleitet

¹⁰ O5 war das geheime Zeichen der Mitglieder einer Widerstands-Gruppe von Österreichischen Konservativen gegen das Nationalsozialistische Regime während des Zweiten Weltkrieges. Die Zahl 5 steht dabei für den

fünften Buchstaben im Alphabet; in der Entzifferung des Codes heißt es dann also Ö und steht für Österreich.

¹¹ <http://botschaftbesorgterbuergerinnen.cjb.net/>, 5. Februar 2002, 16.23 Uhr.

werden sie dabei von PolizistInnen, MitarbeiterInnen der Wiener Verkehrsbetriebe, FotografInnen und JournalistInnen.

Das Parlament befasste sich mehrmals mit den Demonstrationen gegen die schwarz-blaue Regierung und ihren Auswirkungen.¹² Politische GegnerInnen der Demonstrierenden begannen allerdings keine ihrer Wortmeldungen in Diskussionen im Parlament oder verschiedenen Medien, ohne darauf hinzuweisen, dass sie natürlich für das Recht auf Demonstrationenfreiheit eintraten.¹³

Im August 2001 wurde die Wiener Donnerstagsdemonstration sogar Vorbild für eine ähnlich organisierte donnerstägliche Demonstration im Washington Square Park in New York. Ein US-Amerikaner, der die Donnerstagsdemonstrationen in Wien miterlebt hatte, rief die „Thursday Night Bush Bash“ ins Leben. Wie in Wien gab es auch in New York ein kulturelles Rahmenprogramm und Musik auf der Demo. Bereits nach einem Monat wurden diese Demonstrationen allerdings wieder aufgegeben: Der Anschlag auf das World Trade Center am 11. September brachte das Aus für Demonstrationen gegen die Regierung Bush.

Kommunikationsmittel und alternative Medien

Die Zweite Republik hat bei ihrer Konstruktion auf alles Wert gelegt, nur nicht auf die Herstellung von Öffentlichkeit.¹⁴

Mit den Worten, das sei doch nur eine Sache der *Alt-68er* und der *Internetgeneration* hatte Bundeskanzler Schüssel in den ersten Tagen auf die Demonstrationen und den Widerstand in der Bevölkerung reagiert. Tatsächlich waren und sind nicht nur ganz unterschiedliche Menschen vereint in ihren Protesten gegen diese Regierung. Das Internet spielte und spielt allerdings eine

wichtige Rolle in der Verbreitung der neuesten Aktionen, dem/im Austausch von Meinungen, Informationen und Aktionen, in der Vernetzung von vielen unterschiedlichen Initiativen.

Am 1. Februar 2000 entstand zum Beispiel der *Medien Unabhängige Nachrichten Dienst (MUND)*, eine Mailing-Liste, die seitdem interessierte Menschen täglich mit Nachrichten und Informationen versorgt. Die Informationen der Liste sind auch auf deren Internet-Site abzurufen. Die Initiative beschreibt das Ziel wie folgt:

Ziel des widerst@nd-MUND (Medien Unabhängiger Nachrichten Dienst) ist die unzensurierte und möglichst rasche Information über gesellschaftspolitisch relevante Termine, Hinweise und Diskussionsbeiträge zu Widerstand und Antirassismus sowie verwandte Themen.¹⁵

Die vielen Aktivitäten – vor allem in den ersten Monaten – wurden von den rasch installierten Websites angekündigt, dokumentiert und weiterkommuniziert.

Rund 300 Internet-Initiativen konnten bald zum Thema „Widerstand“ im Internet aufgerufen werden. Manche Adressen waren klar deklariert, etwa gegenschwarzblau.net (ebenfalls ab 1. Februar 2000 im Netz) oder gettoatack.at. Andere konnten nur als Unterseiten von Unterseiten irgendeiner Internetadresse gefunden werden. Doch die Geheimtipps wurden so schnell durch Mundpropaganda oder über E-Mails und SMS weitergegeben, dass sie nicht lange Geheimtipps blieben. Zudem wurde bald der Webring gegründet, der die entsprechenden Sites miteinander verknüpfte. Das schaffte für SurferInnen einen schnelleren Überblick und erleichterte die Kommunikation und Koordination unter den Website-BetreiberInnen.¹⁶ Auch in den Chatrooms der Online-Ausgaben der heimischen Medien wurde in den ersten Monaten die „Wende“ und der Protest dagegen heftig diskutiert.

¹² siehe dazu zum Beispiel Anfragebeantwortung 4/ABPR XXI.GP, Anfragebeantwortung 1935/J XXI.GP, Anfrage 2437/J XXI.GP, Anfragebeantwortung 2424/AB XXI.GP; bzw. <http://parlinkom.gv.at>.

¹³ siehe dazu auch Österreichisches Staatsgrundgesetz von 1867, Artikel 12: *Die Österreichischen Staatsbürger haben das Recht, sich zu versammeln und Vereine zu bilden. Die Ausübung dieser Rechte wird durch besondere Gesetze geregelt.* Auch auf die Europäische Menschenrechtskonvention wurde in diesem Zusammenhang wiederholt hingewiesen. Dort heißt es im Artikel 11: *Alle Menschen haben das Recht, sich friedlich zu versammeln und sich frei mit anderen zusammenzuschließen, einschließlich des Rechts,*

zum Schutz ihrer eigenen Interessen Gewerkschaften zu bilden und diesen beizutreten.

¹⁴ Armin Thurnher: *Medienkonzentrat in Österreich.* In: Rubina Möhring (Hg.): *Österreich allein zuhause. Politik, Medien und Justiz nach der politischen Wende.* Frankfurt am Main; London: Holger Ehling Publishing 2001, 153.

¹⁵ <http://www.no-racism.net/MUND/>.

¹⁶ vergleiche Netzwidestand. Eine Auswahl an Internetadressen zu den Donnerstagsdemonstrationen. Zusammengestellt von Elisabeth Boyer. In: *Wiener Wandertage. Eine Dokumentation*, 510-513 sowie <http://www.wienerwandertage.at>.

Bereits bestehende Alternative Medien befassten sich ebenfalls intensiv mit dem Protest und der neuen Zivilgesellschaft. Die freien Radios, in Wien Radio Orange, berichteten zu Beginn täglich, Anrufende mit neuen Informationen wurden live ins Studio geschaltet. Später berichteten drei Orange-ReporterInnen regelmäßig von den Protesten.

Ein Redakteur von Radio Orange über die Bedeutung der Alternativen Medien:

Die Alternativen Medien in ihrer Gesamtheit wurden so zur Basis neuer kritischer Öffentlichkeiten, zum Organisationsrahmen für einen Widerstand, der theoretische Auseinandersetzung ebenso braucht wie fantasievollen Aktionismus. [...] Sie waren Teil jener so wundervoll unberechenbaren Strukturen, mit denen sich Behörden und Polizei ebenso schwer taten, wie traditionelle Politikadertgruppen. Hierarchien und Disziplin schienen abgelöst zu werden vom kritischem Diskurs und Kreativität.¹⁷

Mainstream-Medien

Die durchgehenden Demonstrationen der ersten vier Wochen stellte die heimischen Medien in ihrer Berichterstattung vor eine neue Situation. Durch die konstante Präsenz auf den Straßen konnte kein Massenmedium umhin, die Protestaktionen gegen die Regierung zu ignorieren. Zu Beginn waren die Protestaktionen der RegierungsgegnerInnen fester Bestandteil der aktuellen Berichterstattung in Print- wie auch in elektronischen Medien. Während im Printsektor zum Beispiel *Der Standard* und *Der Falter* versuchten, differenziert zu berichten und auch die Demonstrierenden zu Wort kommen zu lassen, schrieben andere, zum Beispiel die *Neue Kronen Zeitung* über „Randalierer“ und „Berufsdemonstranten“ sowie über die Schäden der Demonstrationen.

Der ORF berichtete laufend in allen Nachrichtensendungen von den aktuellen Ereignissen mit Live-Einstiegen; die Mitternachts-ZIB brachte viele Diskussionen zu den Themen „Wende“ und Proteste. Ein Video, das im *Diagonale*-Programm „Die Kunst der Stunde ist Widerstand“ lief, zeigte zum Beispiel die Live-Einstiege des ORF am 4. Februar hintereinander geschnitten.¹⁸

¹⁷ Gerhard Kettler: *Kein Donnerstag ohne Demobericht auf Radio Orange*. In: *Wiener Wandertage*, 191.

¹⁸ siehe auch: <http://www.diagonale.at>.

¹⁹ *Neue Kronen Zeitung*, Wien-Ausgabe vom 5. Februar

Nach einiger Zeit wurden die Berichte allerdings immer weniger, nur mehr Großereignisse wie etwa Checkpoint Austria oder die Opernball-Demonstrationen rückten die Proteste gegen die Regierung wieder in den Mittelpunkt der Chronik-Seiten. Innerhalb der „Widerstands-Szene“ wurde das Totschweigen der weiteren Ereignisse immer wieder beklagt. Einzig der *Online-Standard* berichtete jede Woche mit einer kommentierten Diashow über die Donnerstagsdemonstrationen und ermöglichte es damit auch Interessierten aus den Bundesländern, Informationen über die Wiener Geschehnisse zu erhalten. Seit November 2001 ist auch diese Berichterstattung, wegen der „Vorhersehbarkeit“, wie es in der redaktionellen Begründung hieß, eingestellt. Vor und nach der 100. Donnerstagsdemonstration am 24. Jänner 2002 fanden sich allerdings wieder Berichte in den österreichischen Medien.

Ein Bild, zwei Versionen

Einzigartig in der Berichterstattung heimischer Medien war sicherlich das Cover der *Kronen Zeitung* am 5. Februar 2000. In der Nacht zuvor hatte es Auseinandersetzungen in der Wiener Kärntnerstraße gegeben, wobei auch Wasserwerfer eingesetzt wurden. Am nächsten Tag titelte sie: „Proteste gegen neue Regierung uferten aus: Straßenschlacht, Viele Verletzte!“ Dazu brachte die *Kronen Zeitung* ein Foto, das einen verummten Demonstranten zeigt, der einen Polizisten hinter einer Absperrung mit einem Stock schlug (bzw. berührte).

Dazu der Fototext:

MIT EINER GEWALTORGIE endeten in der Nacht zum Freitag die Protestaktionen gegen die Angelobung der schwarz-blauen Koalition. Der harte Kern der Demonstranten bewarf in Wiens Innenstadt Polizisten mit Flaschen, Pflastersteinen und Eisenstangen. Dutzende Beamte und Passanten wurden verletzt. Schließlich löste die Polizei die Unruhen mit Wasserwerfern auf.¹⁹

Das Originalfoto der Presseagentur *Reuters* zeigte die Situation allerdings anders: In Wahrheit war der Demonstrant mit dem Stock etwa einen Meter weiter weg gestanden und hatte somit den Polizisten keineswegs berührt.²⁰ Am 12. Februar

2000. Cover.

²⁰ siehe dazu auch die beiden Bilder in: *Wiener Wandertage*, Abb. 3 und Abb. 4.

entschuldigte sich die *Kronen Zeitung* weit hinten im Blatt. „Technische Panne“ und „bedauerliches Missverständnis“ hieß es. Das ursprünglich „querformatige Bild“ sei „spätnachts reprotchnisch so verzerrt“ worden, „dass der Demonstrant etwas näher bei der Polizei zu stehen schien als es tatsächlich der Fall war“.

Der Österreichische Presserat, Kontrollorgan für die heimischen Medien, befasste sich zwar mit dieser Angelegenheit, fällte auch eine Entscheidung, dass damit die Berufspflichten der Presse verletzt wurden, verzichtete aber auf die Veröffentlichung des Spruchs, da er [der Presserat, Anm.] „die nachträgliche Information der Leser anerkennt, dass es sich hierbei um eine Bildbearbeitung handelt“.²¹

Kunst und Kreativität: Politik der Symbole

Ein bedeutendes Symbol der Protestierenden war zum Beispiel der Anti-Regierungs-Sticker mit dem durchgestrichenen *Mascherl*²², den sogar einige Delegierte des EU-Rats im März 2000 trugen. Diese Buttons konnten und können auch aus dem Internet heruntergeladen werden. Bekannte und unbekannte KünstlerInnen aus ganz Österreich produzierten am laufenden Band „Widerstands-Material“.

Der Künstler Martin Krenn zum Beispiel machte für eine Salzburger Galerie Fotoplakate von Menschen, die an Demonstrationen teilnahmen. Und gab ihnen dabei auch die Möglichkeit, ihre unterschiedlichen Motivationen auszudrücken.²³ Die Künstlerin Bady Minck berichtete täglich für zehntausende Menschen in 18 Ländern mit ihrem „elektrofrühstück“ über die neuesten Ereignisse. Später ging auch ihre „Elektrozelle“ als Schnittstelle zwischen Kultur und Politik in Ausstellungen in mehrere Länder.²⁴ Viele andere KünstlerInnen wurden ebenfalls aktiv. Videos, die sich mit den Vorgängen vor und nach der

Regierungsbildung sowie der neuen Zivilgesellschaft beschäftigten, wurden etwa bei der *Diagonale*, dem *Festival des Österreichischen Films*, unter dem bereits erwähnten Titel „Die Kunst der Stunde ist Widerstand“ gezeigt und fanden auch internationale mediale Anerkennung.

Entstanden sind natürlich viel mehr als Fotos und Videos, Grafiken, Cartoons, Accessoires, wie zum Beispiel das „Demogewand“ der Künstlerin MILCH. Auch Widerstands-Kekse wurden gebacken sowie „Demo-Devotionalien“ produziert. Beispielsweise gab es sehr bald neue Passhüllen zu kaufen: „Ich habe unsere Regierung nicht gewählt“ steht darauf in sieben Sprachen geschrieben. Ein Entschuldigungsformular wurde konzipiert, das jene ausfüllten, die einmal nicht zur Demo kommen konnten. Protest-Accessoires wie Schirme, T-Shirts oder Ohrringe wurden produziert.

Auf der anderen Seite entstanden viele Beiträge im – vor allem deutschsprachigen – Feuilleton und in Büchern, die sich politisch-analytisch der Wende widmeten. Aber auch Satirisches wie etwa *Wende-Wolfis geheimes Tagebuch*²⁵ wurde publiziert. Elfriede Jelineks jüngster Theatertext *Das Lebewohl*, der die aktuelle politische Situation thematisierte, wurde im Juni 2000 bei der BBB uraufgeführt.

Die hier beschriebenen Teilaspekte der österreichischen Zivilgesellschaft vereinen klassische Formen der Kommunikation wie Demonstrationen, das Besetzen von Orten (Botschaft der Besorgten BürgerInnen) und alternative Medienarbeit mit neuen Formen der Vernetzung mittels Internet und legen einen starken Fokus auf symbolische Politik, die sich stark im kreativ-aktionistischen Handeln ausdrückt. Diese neue Gegenöffentlichkeit ist noch lange nicht theoretisch durchdrungen. Der vorliegende Artikel soll ein Beitrag dazu sein.

Elisabeth BOYER (1971)

Freie Journalistin in Wien, Herausgeberin (gemeinsam mit Frederick Baker) des Buchs *Wiener Wandertage. Eine Dokumentation*. Wieser Verlag, Klagenfurt/Celovec 2002.

²¹ Österreichischer Presserat: Österreichischer Presserat gegen das Titelbild von Neue Kronenzeitung vom 5. Februar 2000. In: *Wiener Wandertage*, 90 f.

²² Das *Mascherl* (Fliege) war das langjährige Markenzeichen von Wolfgang Schüssel. Seit dem EU-Rat am 23.3.2000

in Lissabon trägt der Bundeskanzler nur mehr Krawatten.

²³ siehe dazu auch: <http://www.t0.or.at/demonstrate/>.

²⁴ siehe dazu auch: <http://elektrofruestueck.netbase.org>.

²⁵ Aigelsreiter, Alfred: *Wende-Wolfis geheimes Tagebuch*. Edition Va Bene, Wien-Klosterneuburg 2001.

Publizistik-Shop

Ein Buch-Shop des WUV

Willkommen in der Welt des Wissens

Publizistik-Shop

1180 Wien

Kutschergasse 23

Tel.: 407 77 80

Öffnungszeiten

Mo – Fr 9.30 bis 17 Uhr

Fachbücher und Skripten

- Rezeptionsforschung
- Journalismus
- Radio
- Film und Fernsehen
- Neue Medien
- Medien allgemein
- PR und Werbung
- Medienpädagogik
- Technologie und Ökologie
- Recht
- Information und Dokumentation
- Kultur und Cultural Studies
- Gender
- Theorie
- Philosophie und Semiotik
- Medienpsychologie

Copycards

Mit *einer* WUV | Copycard kannst Du sämtliche Kopiergeräte am Institut sowie 200 weitere in ganz Wien (z. B. an der UB) benutzen.

NEUERSCHEINUNG



Wolfgang Duchkowitsch (Hrsg.)

Die österreichische NS-Presse 1918–1933

Bestandsaufnahme und Dokumentation

Bis zuletzt konzentrierte sich die kommunikationshistorische Forschung bei der Betrachtung der österreichischen NS-Presse weitgehend auf die Jahre 1933 bis 1945.

Dabei existierte schon lange vor dem Verbot der NSDAP in Österreich im Juni 1933 bzw. vor dem „Anschluß“ im März 1938 eine Vielzahl von nationalsozialistischen Zeitungen und Zeitschriften in Österreich, reichen doch die Wurzeln des Nationalsozialismus bis in die österreichisch-ungarische Monarchie zurück.

Das vorliegende Buch ist die erste systematische Bestandsaufnahme der NS-Zeitungen und -Zeitschriften in Österreich von 1918 bis 1933 vor dem Hintergrund der österreichischen NS-Parteigeschichte und -Pressepolitik. Damit stellt es eine unverzichtbare Quellensammlung für künftige Forschungen auf diesem Gebiet dar.

Schriften des Ludwig Boltzmann Instituts für neuere österreichische Kommunikationsgeschichte, Band 2

316 Seiten, brosch., illustr., ATS 240,- (Euro 17,44)
Wien: Literas Universitätsverlag, 2001
ISBN 3-85249-172-8

Bei Unzustellbarkeit
bitte zurück an:

ZN: 02Z033628 M

medien & zeit

A-1180 Wien, Postfach 442

P.b.b.,
Erscheinungsort Wien,
Verlagspostamt 1090 Wien,
2. Aufgabepostamt 1010 Wien